

Dossier

Der Erste Weltkrieg

Einleitung



Verdun (© picture-alliance/akg)

Der Erste Weltkrieg ist die Zäsur des beginnenden 20. Jahrhunderts: Er zerstörte alle naiven Fortschrittshoffnungen und offenbarte die Zerstörungspotentiale der industriellen Moderne. Diese "Urkatastrophe" (George F. Kennan) des 20. Jahrhunderts erfasste alle Bereiche von Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur – und prägte den weiteren Verlauf der neueren Geschichte maßgeblich. Die europäische Landkarte wurde umgestaltet, die regierenden Monarchien in Rußland, Österreich-Ungarn und Deutschland wurden revolutionär umgestürzt, die sozialen Verhältnisse und kulturellen Orientierungen wandelten sich grundlegend. Durch den amerikanischen Kriegseintritt 1917 und die russische Revolution zeichnete sich schon früh auch die Systemkonkurrenz ab, die die Blockkonfrontation der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ausmachte. Im Zentrum des "Zweiten Dreißigjährigen Krieges" in Europa während der ersten Hälfte des Jahrhunderts stand das Deutsche Reich. Es hatte die Auslösung des Ersten Weltkriegs wesentlich mitzuverantworten, vermochte die Kriegsniederlage nicht zu verarbeiten und unternahm nach der NS-Machtergreifung schließlich den radikalisierten Versuch, die Niederlage zu revidieren und die Vorherrschaft in Europa zu erobern. Dabei stützte es sich auf seine Lehren aus dem Ersten Weltkrieg, auf den "totalen Staat", die "totale Mobilmachung" und den "totalen Krieg".

Inhaltsverzeichnis

1.	Europäischer und globaler Charakter des Krieges	4
2.	Auslösung und Beginn des Krieges	16
3.	Kriegsverlauf und Außenpolitik	32
4.	Burgfrieden und Innenpolitik	37
5.	Strategien und Waffen im industrialisierten Krieg	47
6.	Soldatische Kriegserfahrungen im industrialisierten Krieg	57
7.	Kriegsideologie und moderne Massenkultur	66
8.	Frauenarbeit und Geschlechterverhältnisse	73
9.	Ökonomie des Krieges	80
10.	Zivilisationskrise und moderne Kunst	87
11.	Kriegswirtschaft und Kriegsgesellschaft	94
12.	Das Ende des Kaiserreichs: Militärischer Zusammenbruch und Revolution	104
13.	Redaktion	114

Europäischer und globaler Charakter des Krieges

Von Wolfgang Kruse

6.5.2013

Apl. Prof. Dr. Wolfgang Kruse, geb. 1957, ist Akademischer Oberrat und außerplanmäßiger Professor im Arbeitsbereich Neuere Deutsche und Europäische Geschichte am Historischen Institut der Fernuniversität Hagen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Geschichte des Ersten Weltkriegs, die Geschichte der Französischen Revolution, Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und die Geschichte des politischen Totenkults. Von Kruse ist u.a. erschienen: Wolfgang Kruse: Der Erste Weltkrieg, Darmstadt 2009 (Geschichte Kompakt der WBG).

Der Erste Weltkrieg wird vielfach als der erste "totale Krieg" angesehen. Er entlud bereits vorhandene Spannungen und Widersprüchlichkeiten in den konfliktgeprägten Dauerzustand des 20. Jahrhunderts, das durch Krieg, Bürgerkrieg und Blockkonfrontation gekennzeichnet war. Und er war die erste Auseinandersetzung, die neue technische Möglichkeiten nutzte – und so die Zerstörungspotentiale der industriellen Moderne offenbarte.



Totaler Krieg: Munitionslager der französischen und englischen Artillerie, angelegt als Nachschubbasis für die Kämpfe an der Somme. (© picture-alliance/akg)

In Frankreich und England wird der Erste Weltkrieg noch heute als der "Große Krieg" erinnert. Dies verweist auf seine exzeptionelle Bedeutung für die moderne europäische, aber auch globale Geschichte. In der Tat war der Erste Weltkrieg nicht nur, wie man es nach seinen Entstehungszusammenhängen vermuten könnte, ein europäisches Großereignis, sondern er entwickelte sich in kürzester Zeit auch zu einem weltumfassenden, globalen Geschehen. Und seine

Dynamik blieb darüber hinaus keineswegs auf die äußere Ausweitung begrenzt. Vielmehr brachte dieser Krieg auch in seinen vielfältigen Erscheinungsformen eine so außergewöhnliche Intensivierung mit sich, dass es heute üblich geworden ist, im Ersten Weltkrieg den ersten "totalen Krieg" der modernen Geschichte zu erkennen. Schließlich erscheint dieser Krieg aus der rückblickenden Perspektive des Historikers als die große "Urkatastrophe" des 20. Jahrhunderts, die eine generell von Krieg und Bürgerkrieg geprägte Phase der Weltgeschichte eingeleitet hat und ohne die kaum eine Entwicklung des 20. Jahrhunderts hinreichend erklärt werden kann.

Wolfgang Kruse: Der Erste Weltkrieg

Jede wissenschaftliche Behandlung historischer Ereignis und Zusammenhänge ist auf die Verwendung von Konzepten und Begriffen angewiesen, die das Geschehen zum einen erschließen und analysieren helfen, zum anderen aber auch spezifische Deutungsmuster enthalten.

In Bezug auf den Ersten Weltkrieg haben seit Langem vor allem zwei Konzeptbegriffe Konjunktur: Der Krieg selbst wird zumeist als erster "totaler Krieg" der neueren Geschichte begriffen. Ein zeitgenössisches, vor allem in der Nachkriegszeit ausformuliertes politisches Projekt, dass auf die Mobilisierung der gesamten Gesellschaft an der "Heimatfront" für die industrialisierten Volkskrieg abzielte, ist dabei zu einem analytischen Konzept weiterentwickelt worden, dem es wesentlich darum geht, die alle Bereiche der Gesellschaft erfassenden und durchdringenden Wirkungen dieses Krieges in den Blick zu nehmen. Und für seinen allgemeinere historische Einordnung ist es schon fast zu einem Allgemeinplatz geworden, den Ersten Weltkrieg mit Georg S. Kennan als "Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts" zu deuten. Denn dieser Krieg hat in der Tat der weiteren Entwicklung des 20. Jahrhunderts seinen gewaltsamen Stempel aufgedrückt, so sehr, dass kaum ein Geschehen der folgenden Jahrzehnte, zumal in Europa, ohne Rückbezug darauf erklärbar erscheint.

Trotzdem wird der Erste Weltkrieg hier noch in einen etwas anders konturierten Zusammenhang gerückt: Er soll als Zivilisationskrise der europäischen Moderne gedeutet werden. Zuvor hatte das 'lange' 19. Jahrhundert der europäischen Geschichte im Zeichen einer säkularen Modernisierungsprozesses gestanden, der – angetrieben von industrieller Revolution, politischer Demokratisierung und sozialer Emanzipation – eine neuartige, bürgerliche Gesellschaft hervorbrachte und mit einem umfassenden Fortschrittsoptimismus verbunden war. Wohlstand, Freiheit, Bildung und Zivilisation waren die Zielpunkte, auf die eine neuzeitlich bewegte Geschichte hinauszulaufen schien. Doch am Ende stand schließlich ein Krieg, der alle produktiven gesellschaftlichen Kräfte für die Zwecke der Zerstörung und Vernichtung mobilisierte. Weit mehr als 10 Millionen Tote, eine noch weit größere Zahl von zerstörten Existenzen, zerrüttete Gesellschaften, zusammenbrechende politische Ordnungen, und auch nach dem formellen Kriegsende nicht enden wollende gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen und innerhalb der Völker Europas: Das waren die Ergebnisse und Folgen des sogenannten Großen Krieges, die nicht einfach über das moderne Europa hineingebrochen, sondern die trotz allem Fortschrittsoptimismus tief und ursächlich in ihm verwurzelt waren. Wie es hellseherische und sensible Geister schon lange prophezeit hatten, trug diese Moderne ganz offensichtlich Widersprüche, Abgründe und Zerstörungspotentiale in sich, die alle Fortschritte und davon ausgehende Entwicklungsperspektiven nicht nur zunichte machen, sondern sie auch selbst für ihr Destruktionswerk nutzbar machen konnten.

Der Rekurs auf den Krisenbegriff beinhaltet trotzdem noch ein Weiteres. Denn Krisen haben ein Janusgesicht, das auch den Ersten Weltkrieg ausgezeichnet hat. Sie zerstören nicht nur die alte Ordnung, aus der sie erwachsen sind, sondern sie setzen zugleich neue, in die Zukunft weisende Kräfte frei, die aus dem Versuch hervorgehen, ihre zerstörerische Kraft zu beherrschen oder zu überwinden. Revolution, Demokratisierung und Selbstbestimmungsrecht der Völker, neuer Mensch, Massenkultur, Avantgarde oder Völkerbund lauteten die Stichworte, die das schöpferische Potential der Auseinandersetzung mit dem Zivilisationsbruch des großen Krieges anzeigen, aber auch totale Mobilmachung, Volksgemeinschaft, Gewaltkult und Führertum. Die hier vorgelegte Einführung in die Geschichte des Ersten Weltkrieges unternimmt deshalb den Versuch, die verschiedenen Ebenen des

Kriegsgeschehens immer unter der doppelten Perspektive von umfassender Destruktion und schöpferischem Aufbruch zu betrachten; Erscheinungen des totalen Krieges allerdings, die – und darin liegt das eigentliche historische Drama – oft in kaum auflösbarer Weise miteinander verbunden waren. [...]

Aus: Wolfgang Kruse, *Der Erste Weltkrieg*, Darmstadt 2009, S. 1f.

Der europäische und globale Charakter des Krieges

Im Kern war der Erste Weltkrieg ein europäischer Krieg. Er entstand auf dem Balkan, ihm lagen die imperialistischen Bestrebungen der europäischen Großmächte zugrunde, und ausgetragen wurde er im wesentlichen zwischen zwei europäischen Machtblöcken und auf dem europäischen Kontinent: Der Entente mit England, Frankreich und Russland, 1915/16 erweitert durch Italien und Rumänien, standen die Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn gegenüber, denen sich 1915 Bulgarien anschloss. Und auch in allgemeinerer, gesellschaftsgeschichtlicher Weise gründete dieser Krieg in einer umfassenden Krise der europäischen Moderne, deren Entwicklung im Laufe des ‚langen‘ 19. Jahrhunderts vielfältige Widersprüche, Gegensätze und Konflikte hervorgebracht hatte: Aus der Idee eines nationalen Völkerfrühlings hatten sich aggressive, in scharfen Feindbildern gegeneinander profilierte Nationalismen gebildet. Der ökonomische Fortschritt hatte nicht nur materiellen Wohlstand, sondern auch nationale Sinnkrisen, klassengesellschaftliche Interessengegensätze und hochgerüstete Militärapparate hervorgebracht. Auf politischer Ebene schließlich waren überall die Demokratisierungstendenzen in der Gesellschaft einerseits, die Herrschaftsansprüche traditioneller Eliten andererseits, in ein höchst virulentes und instabiles Spannungsverhältnis geraten. So war es kaum verwunderlich, dass der Krieg nicht nur die europäische Landkarte umstürzte, sondern auch die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in Europa.

Trotzdem war dieser Krieg von Anfang an auch ein globaler Krieg mit weit über Europa hinausreichenden Wirkungen. Der Krieg zwischen den europäischen Kolonialmächten wurde auch in den Kolonien ausgetragen, wobei in Afrika die deutschen Kolonien schnell auf verlorenem Posten standen. Die Guerillakriegsführung der Schutztruppe von General Lettow-Vorbeck fügte den Briten allerdings bis Kriegsende immer wieder empfindliche Schläge zu. Auch die Auswirkungen auf die Bevölkerung waren erheblich, denn vor allem durch die Rekrutierung von Hilfstruppen wurde sie direkt in den Krieg involviert und es gab zahlreiche Opfer zu beklagen.“ Ferner war mit dem Kriegseintritt Großbritanniens die Beteiligung des gesamten Empires verbunden, so dass neben französischen Kolonialtruppen auch Australier und Neuseeländer, Kanadier, Südafrikaner und Inder auf dem europäischen Kriegsschauplatz zum Einsatz kamen. Zweifellos wurden dadurch ihre Selbstständigkeitsbestrebungen nachhaltig gestärkt, so dass der Erste Weltkrieg auch Tendenzen zur Dekolonialisierung anstieß, die bei Kriegsende mit der vom amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson, aber auch von den revolutionären Bolschewiki vertretenen Parole des Selbstbestimmungsrechts der Völker weitere Nahrung erhielten. Und schließlich wurden mit der Zeit auch große Teile der internationalen Staatenwelt in den Krieg hineingezogen.



Mit deutscher Hilfe errichtete Waffen-, Geschütz- und Munitionsfabrik in der Türkei (vermutlich in Sirkedijj). (© picture-alliance/akg)

Von vergleichsweise geringer Bedeutung war der frühe Kriegseintritt Japans auf Seiten der Entente. Denn abgesehen von der Besetzung der kleinen deutschen Kolonie Kiautschou blieb das ostasiatische Inselreich weitgehend inaktiv. Weit wichtiger stellte sich der im November 1914 verkündete Kriegseintritt des Osmanischen Reiches auf Seiten der Mittelmächte dar. Mit dem Schicksal dieses Vielvölkerreiches stand nicht nur seine zukünftige Rolle im Kreis der europäischen Mächte zur Disposition, sondern auch die Entwicklung der bislang von den Osmanen beherrschten arabischen Völker in Nordafrika, Klein- und Vorderasien. Während der Sultan in Istanbul am 14. November 1914 zum "Heiligen Krieg" der Muslime aufrief und von Deutschland Versuche ausgingen, die arabischen Völker zum Kampf gegen die englische Herrschaft in Ägypten aufzustacheln, waren die entgegengesetzten Initiativen des englischen Obersten und Abenteurers Lawrence (von Arabien) weit erfolgreicher. Ihm gelang es, die Araber zum gemeinsamen Kampf gegen die Osmanische Herrschaft zu stimulieren. Die versprochene Selbständigkeit wurde ihnen nach Kriegsende dafür allerdings nicht zugestanden, denn bereits 1916 hatten Engländer und Franzosen im Sykes-Picot-Abkommen ihre Interessensphären im arabischen Raum untereinander aufgeteilt. Auch die 1917 vom englischen Außenminister Arthur Balfour zugesagte Schaffung einer Heimstatt für die auswanderungswilligen europäischen Juden in Palästina wurde schließlich nicht verwirklicht.

Daniel Marc Segesser: Der Erste Weltkrieg in globaler Perspektive

War der Erste Weltkrieg tatsächlich der erste Weltkrieg und kann der von uns als solcher bezeichnete Krieg auch wirklich als Weltkrieg bezeichnet werden?

Auch wenn verschiedene Politiker und Militärs im Vorfeld des Krieges von 1914-18 immer wieder davon sprachen, dass die Welt auf einen Weltkrieg zusteure, so machten sich die wenigsten davon Gedanken zu der Frage, was sie denn selbst darunter verstehen wollten. Gerade im Deutschen Reich herrschte die Überzeugung, dass schon nur ein Kriegseintritt Großbritanniens und seines Weltreiches dazu führen müsse, dass es zu einem Weltkrieg komme. Zudem erwartete der deutsche Generalstab auch, dass Frankreich in einem neuerlichen Krieg wie schon 1870/71 Kolonialtruppen aus Nord- und Schwarzafrika zur Verteidigung seines Landes einsetzen werde. Ob ein Krieg in Europa sich dann

allerdings auch auf die außereuropäischen Besitzungen der europäischen Staaten ausweiten würde, dies war für die meisten Politiker und Militärs ebenso unklar wie die Frage, ob sich außereuropäische Staaten wie die USA, Japan, China oder der lateinamerikanischen Republiken an einem solchen Krieg beteiligen würden. Nachdem der Krieg 1914 begonnen hatte und sich nicht auf Europa beschränkte, setzte sich bei vielen jedoch die Überzeugung durch, dass es sich um einen Weltkrieg handle. Diese Ansicht wurde auch nach dem Krieg kaum in Frage gestellt [...]

Ein genauerer Blick in die Geschichte zeigt hingegen, dass globale militärische Auseinandersetzungen keineswegs ausschließlich ein Phänomen des 20. Jahrhunderts waren. Der seit dem 15. Jahrhundert im Gang befindliche und im Zeichen der europäischen Expansion nach Übersee stehende Globalisierungsprozess war geprägt von militärischen Konflikten, die auch immer wieder größere Teile des Globus betrafen, dies sowohl in der Form von Auseinandersetzungen zwischen europäischen und indigenen Mächten als auch in der Gestalt von global geführten Kolonialkriegen zwischen den europäischen Staaten. Beispiele für letzteres sind der Österreichische Erbfolgekrieg von 1740-48, der Siebenjährige Krieg von 1756-63 oder der Amerikanische Unabhängigkeitskrieg von 1775-83. Die meisten Auseinandersetzungen waren also europäische Konflikte, die zwar weltweit ausgetragen wurden, an welchen sich außereuropäische Mächte aber kaum beteiligten. Waren letztere beteiligt, so handelte es sich meist um einen Konflikt regionaler Natur. Für die Zeit bis zum Ende des 18. Jahrhunderts ist es daher wohl angemessen, von Kriegen mit globalen Hintergründen zu sprechen, nicht aber von wirklichen Weltkriegen [...]

Stig Förster folgend, ist es wohl besser, erst dann von einem Weltkrieg zu sprechen, wenn es sich um einen Großkonflikt unter maßgeblicher Beteiligung sowohl europäischer als auch autochthoner außereuropäischer Mächte handelte. (...) Inwiefern die Napoleonischen oder Französischen Kriege von 1792 bis 1815 als Weltkriege bezeichnet werden können, wie dies Förster tut, ist umstritten. Es ist zwar durchaus richtig, dass in dieser Zeit nicht nur in Europa Krieg geführt wurde und nur europäische Mächte am Krieg beteiligt waren. Persien, das Osmanische Reich, indische Herrscher, die Wahabiten Arabiens, die Shawnee Indianer in Nordamerika sowie die 1787 entstandenen Vereinigten Staaten beteiligten sich aktiv an dieser Auseinandersetzung. Dennoch waren einige Teile der Welt in diesen Konflikt nicht wirklich verwickelt. Dies gilt einerseits für Australien und den Pazifik, andererseits aber auch für die in globaler Perspektive in der Zeit um 1800 wichtigen Japan und China. Die damaligen Auseinandersetzungen zwischen Japan und Russland um die Kurilen waren nicht Teil eines weltweiten Konfliktes, sondern vielmehr ein regionaler Konflikt im Rahmen der Expansion einer einzelnen europäischen Macht in den außereuropäischen Raum.

Es gibt daher gute Gründe, den Ersten Weltkrieg wirklich als den ersten Weltkrieg zu betrachten, dies nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund der noch zu beschreibenden Intensivierung des von Europa ausgehenden Globalisierungsprozesses, der gerade durch die Revolutionierung des Transport- und Kommunikationswesens Krieg führenden Mächten neue Möglichkeiten eröffnete, die auf globaler Ebene im Ersten Weltkrieg erstmals in erheblichem Ausmaß zum Tragen kamen. Hans Ulrich Wehler, *Das Ende des „Langen 19. Jahrhunderts“ und der Beginn des „Kurzen 20. Jahrhunderts“*.

Aus: Daniel Marc Segesser, Der Erste Weltkrieg in globaler Perspektive, Wiesbaden 2012, S. 8-10.

Den letzten und in mancher Hinsicht kriegsentscheidenden Globalisierungsschub erfuhr der Krieg im April 1917 mit dem Kriegseintritt der USA, in deren Gefolge auch die Länder Südamerikas und China den Mittelmächten den Krieg erklärten. Langfristig wurde damit nicht nur das ökonomische und militärische Kräfteverhältnis nachhaltig zugunsten der Entente verschoben. Auch die Koordinaten der Weltpolitik gerieten in Bewegung: Die USA begannen nun immer deutlicher Großbritannien als weltpolitische Vormacht abzulösen, und mit der russischen Revolution und dem Aufbau des Sowjetstaates zeichnete sich zugleich bereits der weltpolitische Konflikt der Zukunft ab. Kurzfristig allerdings wirkte sich das gewachsene Potential noch kaum zugunsten der Entente aus, denn die USA mussten erst einmal Wirtschaft und Gesellschaft auf den Krieg umstellen sowie eine Streitmacht für den Krieg in Europa mobilisieren. Im Laufe des Jahres 1918 jedoch begann sich die strukturelle

Überlegenheit der Entente nun auch immer deutlicher auszuwirken. Und spätestens im Herbst 1918 war der amerikanische Präsident Woodrow Wilson zur entscheidenden Politikerpersönlichkeit der Weltpolitik aufgestiegen, der die Bedingungen der Kriegsbeendigung weitgehend diktierte.

Die Totalisierung des Krieges

Die neuartige Qualität des Krieges trat aber nicht nur in den globalen Dimensionen und in einer auf Sieg oder Kapitulation abzielenden Kriegspolitik zutage. Auch die Kriegsführung an der Front selbst und die Ausrichtung der Gesellschaft auf den Krieg an der sogenannten Heimatfront gewannen im Ersten Weltkrieg einen immer intensiveren, schon zeitgenössisch als "totaler Krieg" gekennzeichneten, später vor allem von den Nationalsozialisten zum Programm erhobenen Charakter. Dieser Begriff ist in der modernen Geschichtswissenschaft zu einem Konzept ausgearbeitet worden, das vor allem die Industrialisierung des Krieges zu fassen versucht, die militärisch in der wachsenden Bedeutung von Kriegsmaschinen, zivil in der Ausrichtung von Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur auf die Bedürfnisse der Kriegsführung, somit auch in der kriegspolitischen Auflösung der Trennung zwischen Militär und Zivilgesellschaft zum Ausdruck kam. Kanonen und Granaten, Maschinengewehre und Patronengurte, Flugzeuge und Bomben, Unterseebote und Torpedos, Giftgasgranaten und bald auch Panzerwagen prägten dem Kriegsgeschehen einen neuartigen Stempel auf. Und alle diese Waffen mussten von den Industrien der kriegführenden Länder produziert werden, in immer größeren Mengen, um die in rascher Folge verbrauchten und zerstörten Geräte zu ersetzen und die industriellen Vernichtungskapazitäten immer weiter auszubauen. Dafür war es nicht nur nötig, Produktionskapazitäten auf- und auszubauen; auch die Arbeits- und Lebensstrukturen der Zivilisten mussten auf die neuen Erfordernisse der Kriegsproduktion eingestellt, zur Arbeit motiviert oder verpflichtet, zum Verzicht auf Freizeit und Vergnügen angehalten oder genötigt werden. Die eigentlich zivile Gesellschaft in der Heimat wurde so zu einer zweiten Front, an der der Krieg tatsächlich entschieden werden konnte. Den Krieg gewinnen konnten am Ende tatsächlich die Mächte, denen es besser als ihren Gegnern gelang, Waffen und Munition zu produzieren, gleichzeitig aber auch die Grundversorgung der Bevölkerung sicherzustellen und sie zum "Durchhalten" zu motivieren.





Die Totalisierung des Krieges kam zugleich in der Tendenz zur Außerkraftsetzung von rechtlichen und humanitären Restriktionen nicht nur gegenüber den gegnerischen Soldaten, sondern auch gegenüber der Zivilbevölkerung zum Ausdruck. So zielte die englische Seeblockade gegen Deutschland nicht zuletzt auf die Aushungerung der Bevölkerung, während der deutsche Unterseebootkrieg im Gegenzug nicht mehr zwischen Kriegs- und Handelsschiffen unterschied. Kriegsgefangene wurden nicht nur schlecht versorgt und misshandelt, sondern auch gegen alles Völkerrecht in der Kriegswirtschaft und für zwangsweise Arbeiten im frontnahen Bereich eingesetzt. Und einen Höhepunkt erlebte die Gewalt gegen Zivilisten auch im ersten großen Völkermord des 20. Jahrhunderts, in den Vernichtungsaktionen gegen das armenische Volk durch die jungtürkische Regierung, der mehr als eine Million Menschen zum Opfer fielen.

Die "Urkatastrophe" des 20. Jahrhunderts

Gefallene und Verwundete des Ersten Weltkriegs

Weltweit wurde über 60 Millionen Soldaten mobilisiert.

Nach Dupuy/Salewski	
Frankreich	1.357.800 Gefallene 4.266.00 Verwundete
Britisches Empire	908.371 Gefallene 2.090.212 Verwundete

Russland	1.700.000 Gefallene 4.950.000 Verwundete
Italien	462.391 Gefallene 953.886 Verwundete
Deutsches Reich	1.808.546 Gefallene 4.247.143 Verwundete Ca. 760.000 tote Zivilisten, nahezu alle Opfer der alliierten Blockade
Österreich-Ungarn	922.500 Gefallene 3.620.000 Verwundete 300.000 Blockadeopfer

Kriegstote nach Ferguson/Stevenson

United Kingdom	723.000
British Empire (excluding UK)	198.000
Frankreich	1.398.000
Russland	1.811.000
Italien	578.000
USA	114.000
andere Alliierte	599.000
Zusammen	5.421.000
Deutsches Reich	2.037.000

Österreich-Ungarn	1.100.000
Bulgarien, Osmanisches Reich	892.000
Vierbundmächte zusammen	4.029.000
Gesamt	9.450.000

Gesamtverluste nach Der Große Ploetz, 35. Aufl.

	Gefallene	Verwundete	Gefangene
Deutschland	1.808.000	4.247.00	618.00
Frankreich	1.385.000	3.044.000 (1.1 Mill. anerkannte Kriegsinvaliden)	446.000
Großbritannien	947.000	2.122.000	192.000
Italien	460.000	947.000	530.000
Österreich-Ungarn	1.200.000	3.620.000	2.200.000
Russland	1.700.000	4.950.000	2.500.000
Türkei	325.000	400.000	
USA	115.000	206.000	4.500

Quelle: Wolfdieter Bihl, Der Erste Weltkrieg 1914-1918, S. 298f.

Die herausragende Bedeutung des Ersten Weltkrieges spiegelt sich schließlich auch in der historischen

Periodisierung wider, die diesem Krieg in den Regel den Status einer einschneidenden Zäsur zuweist. Es hat sich seit langem eingebürgert, zwischen einem 'langen' 19. Jahrhundert und einem kurzen 20. Jahrhundert der Weltgeschichte zu unterscheiden. Das lange 19. Jahrhundert begann mit der Französischen Revolution. Es prägten vor allem Fortschritt, Industrialisierung, Demokratisierung und europäische Weltherrschaft. Das kurze 20. Jahrhundert endete mit dem Zusammenbruch des Ostblocks seit 1989 und war durch Krieg, Bürgerkrieg und Blockkonfrontation gekennzeichnet. Die Scharnierfunktion zwischen diesen beiden Hauptphasen der modernen Geschichte wird in der Regel dem Ersten Weltkrieg zugesprochen, der alle naiven Fortschrittshoffnungen unwiderruflich zerstört, die Zerstörungspotentiale der industriellen Moderne offenbart, aber auch neue, zukunftsweisende Gestaltungsmöglichkeiten hervorgebracht und generell der weiteren Entwicklung seinen gewaltsamen Stempel aufgeprägt hat.

Hans-Ulrich Wehler: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949

Im Fegefeuer des Ersten Weltkriegs ging das alte Europa unter.

Deshalb endete 1914 sein „Langes 19. Jahrhundert“, das 1789 begonnen hatte. [...] Der Rückblick enthüllt, dass Europa nach 1918 eine labile zwanzigjährige Zwischenkriegszeit durchmaß, die in Süd-, Ost- und dann Mitteleuropa den fatalen Aufstieg autoritärer System erlebte. Ihre Kulmination erreichen sie, wie es schien, im italienischen Faschismus, tatsächlich aber erst im deutschen Nationalsozialismus. Und ebenfalls in der Retrospektive zeigt sich, daß mit der Julikrise von 1914 das „Zeitalter der beiden Weltkriege“ begann, dessen innere Kohärenz es rechtfertigt, von einem neuen, „unserem“ modernen „Dreißigjährigen Krieg“ (R. Aron) zu sprechen.

In Europa standen die Revolution und der Zusammenbruch des Kaiserreichs samt dem Zerfall tausendjähriger Fürstenherrschaft am Ende des ersten Totalen Krieges, Historisch beispiellose Verluste an Menschen und Ressourcen unterwarfen die deutsche Gesellschaft einer ungeheuren Belastungsprobe. Sie wurde durch die ganz und gar neuartige Erfahrung des ersten industrialisierten Krieges überwältigt. Dazu gehörte auch die Zwangsgewöhnung, an eine Brutalisierung, die durch jahrelanges Moden den einzelnen derart veränderte, daß sie sich im inneren Bürgerkrieg der konkurrierenden politischen Lager fortsetzte.

Die Revolution im Herbst 1918 war nicht nur eine Reaktion auf die gnadenlose Zermürbung durch den ersten Totalen Krieg und unabwendbare Niederlage. Vielmehr war sie auch die Folge eines Dammbrochs nach einem langlebigen Problemstau unter den harten restriktiven Bedingungen der neueren deutschen Gesellschaftsgeschichte. Für jene Mehrheit, welche die Revolution als Kainszeichen empfand, verband sie sich mit dem Makel der Niederlage, mit dem erzwungenen Verzicht auf alle glorreichen Kriegsziele, mit dem „Schandfrieden“ von Versailles, mit der „Sklaverei“ der Reparationszahlungen. Der im Krieg hochgesteigerte Radikalnationalismus wurde tief verletzt. Unverzüglich sahen seine Gläubigen in einer umfassenden Revision der Kriegsergebnisse das einzige Heilmittel, um der Nation zu neuer hegemonialer Stärke zu verhelgen, damit ihr der Sieg in dem erwarteten künftigen Großkrieg sicher war.

Im Wirtschaftsleben beendete der Krieg die „goldenen Jahre“ zwischen 1895 und 1913 – jenen langlebigen Konjunkturaufschwung, der Deutschland in das Spitzentrio der Industriestaaten getragen hatte. Darüber hinaus zerstörte der Krieg auch die etablierten Kräfteverhältnisse der eurozentrierten Weltwirtschaft. Die Vereinigten Staaten als der eigentliche ökonomische Kriegsgewinner schoben sich an die Spitze, von der aus sie das „kurze“ 20. Jahrhundert beherrschen sollten. Hinter ihnen stiegen Neulinge des Welthandels wie das Kaiserreich Japan, die Kondominium-Staaten und ressourcenreichen Kolonialländer empor. Eine neue Weltmarktordnung mußte erst mühsam erstritten werden.

Während der Agonie des Kaiserreichs war eine massive Staatsintervention im Zeichen des Kriegskorporatismus vorgedrungen. Seine öffentlich-private Mischverfassung spiegelte auch die

Leistungsunfähigkeit und die tiefgreifende Diskreditierung des rein privatwirtschaftlichen Systems wider, und nach dem Krieg hielt der Grundsatzdisput darüber an, welche Wirtschaftsordnung der neuen Zeit angemessen sei.

Vorerst aber traten alle Interessenaggregate die Flucht in die Inflation an, da sie die Bewältigung akuter Probleme erleichterte: die Demobilmachung und den Übergang zur Friedenswirtschaft, die Lohnsteigerung und die Vermittlung von Wachstumsimpulsen, die Exportförderung und die Reparationszahlungen. Der Preis bestand wenig später aus der Hyperinflation, welche die Währung zerstörte, den Lebensstandard absenkte, die Vermögensverteilung umstülpte. Für viele Deutsche dominierten diese ökonomischen Turbulenzen in grellem Kontrast zur verklärten Sekurität der Vorkriegsjahre den Beginn des „kurzen“ 20. Jahrhunderts.

Nicht weniger tief wirkten sich die gesellschaftlichen Zerklüftungen aus. [...]

Mit dem Epocheneinschnitt, den das „lange“ 19. Jahrhundert vom „kurzen“ 20. Jahrhundert trennt, ist unvermeidbar die Frage verbunden, ob in Deutschland wegen der grundstürzenden Veränderung im historischen Prozeß Diskontinuität regierte oder ob sich in ihm trotzdem Kontinuitätsbrücken stärker als erwartet erwiesen. [...] Im Hinblick auf den deutschen „Sonderweg“, dessen Probleme sich wie ein roter Faden durch diese Analyse ziehen, sind hier freilich die Kontinuitätslinien nicht zu übersehen. Nachdem der Ausgang des Weltkriegs die positiv verklärte Vorstellung von einem deutschen „Sonderweg“, der sich im Vergleich mit den westlichen Ländern als überlegener Modernisierungspfad erweisen werde, mit militärischer Härte dementiert hatte, blieben dennoch strukturell tief verankerte Kontinuitätselemente erhalten. Zu diesen Sonderbedingungen der deutschen Geschichte seit der Epoche ihrer „Doppelrevolution“ kam jetzt die enorme Prägung des Totalen Krieges hinzu. Nur aus dieser Fusion läßt sich erklären, warum Deutschland, wie die komparative Perspektive klar zeigt, als einziges hochzivilisiertes Industrieland den „Zivilisationsbruch“ seines mörderischen Radikalfaschismus begehen konnte.

Aus: Hans-Ulrich Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkriegs bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914-1949, München 2003, S.222-25.

Der Erste Weltkrieg wird deshalb mit den Worten des amerikanischen Diplomaten und Historikers George F. Kennan gemeinhin als die "Urkatastrophe" des 20. Jahrhunderts ("great seminal catastrophe of this century", 1979) begriffen. In der Tat kann die Entwicklung des 20. Jahrhunderts ohne den Ersten Weltkrieg gar nicht verstanden werden. Alle Bereiche von Gesellschaft, Staat und Kultur wurden von ihm erfasst, und von seinen Auswirkungen wurde der weitere Verlauf der neueren Geschichte tief gehend geprägt. Das gilt für die seit 1917 mit dem amerikanischen Kriegseintritt und der russischen Revolution herausziehende Systemkonkurrenz zwischen den liberal-kapitalistischen USA auf der einen, dem bolschewistischen Russland auf der anderen Seite, von der die Blockkonfrontation in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wesentlich geprägt wurde. Zuerst einmal gilt es aber für das ebenfalls mit guten Gründen als einheitliche Epoche begreifbare Zeitalter der beiden Weltkriege von 1914 bis 1945, das in der neueren Forschung auch als "neuer 30-jähriger Krieg" oder als "Weltbürgerkrieg" gefasst wird.

Im Zentrum dieser Entwicklungen stand, das bleibt bei allen europäischen und globalen Betrachtungsperspektiven festzuhalten, das Deutsche Reich. Nicht nur, weil es die Auslösung des Ersten Weltkriegs wesentlich mit zu verantworten und den Zweiten Weltkrieg gezielt herbeigeführt hatte, sondern weil diese Konflikte auch wesentlich von dem deutschen Versuch geprägt waren, durch kriegerische Mittel die Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent zu erringen. "Totaler Staat" (Ernst Forsthoff), "totale Mobilmachung" (Ernst Jünger) und "totaler Krieg" (Erich Ludendorff) lauteten die Konzeptbegriffe, die hier in den 1920er Jahren zunehmend in das Zentrum der politischen Diskurse rückten und mit dem Nationalsozialismus erneut geschichtsmächtig wurden. Erst nach dem totalen Zusammenbruch des nationalsozialistischen Großdeutschen Reiches 1945 konnte, zuerst einmal durch die Teilung Deutschlands und Europas, die "deutsche Frage" befriedet und eine relativ

stabile Friedensordnung in Europa etabliert werden.

Ausgewählte Literatur:

Boris Barth, Genozid. Völkermord im 20. Jahrhundert, München 2006.

Roger Chickering u. Stig. Förster (Hg.), Great War, Total War. Combat and Mobilization on the Western Front, 1914-1918, Cambridge/Mass. 2000.

Ludwig Dehio, Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert, München 1956.

Marc Ferro, Der Große Krieg 1914-1918, Frankf./M. 1988 (Orig. Paris 1968).

Gerd Hardach, Der Erste Weltkrieg, München 1973.

Eric J. Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme. Weltpolitik des 20. Jahrhunderts, München 1998 (Orig. 1994).

Wolfgang Kruse, Der Erste Weltkrieg, Darmstadt 2009.

Daniel Marc Segesser, Der Erste Weltkrieg in globaler Perspektive, Wiesbaden 2012.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Auslösung und Beginn des Krieges

Von Wolfgang Kruse

6.5.2013

Apl. Prof. Dr. Wolfgang Kruse, geb. 1957, ist Akademischer Oberrat und außerplanmäßiger Professor im Arbeitsbereich Neuere Deutsche und Europäische Geschichte am Historischen Institut der Fernuniversität Hagen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Geschichte des Ersten Weltkriegs, die Geschichte der Französischen Revolution, Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und die Geschichte des politischen Totenkults. Von Kruse ist u.a. erschienen: Wolfgang Kruse: Der Erste Weltkrieg, Darmstadt 2009 (Geschichte Kompakt der WBG).

Der Kriegsbeginn im August 1914 riss weite Teile der deutschen Bevölkerung mit. Aus dem Gefühl einer existentiellen nationalen Bedrohung erwuchs ein breiter politischer Konsens zur Kriegsunterstützung: die Burgfriedenspolitik. Selbst die zuvor eher internationalistischen Sozialdemokraten unterstützten aus Pflichtpathos jenen Krieg, der als Urkatastrophe des zwanzigsten Jahrhunderts gilt.



Bundesarchiv, Bild 146-1994-022-19A
Foto: Tellmann, Oscar | August 1914

Mobilmachung 1914: Deutscher Truppentransport. Lizenz: cc by-sa/3.0/de (Bundesarchiv, Bild 146-1994-022-19A)

Aus dem Tagebuch des Schreinergergesellen Georg Schenk aus Nürnberg

Es war der 1. August. Die ganze deutsche Bevölkerung war gespannt; denn man wartete auf die Mobilmachung der deutschen Armee, nachdem schon am 31. Juli der Kriegszustand erklärt worden war. Ich fuhr von Nürnberg nach Hause, um von meinen Eltern Abschied zu nehmen. Endlich, am 1. August Abends 6 Uhr wurde bekannt, daß die allgemeine Mobilmachung Befohlen sei und nun war Alles aufs

Höchste gesteigert. So manche Träne fließt und manches Auge, das 10 Jahre trocken war, wurde feucht. Besonders waren es die Frauen und Mädchen, denn viele Männer und Burschen mußten die Heimat verlassen um für das Vaterland zu kämpfen, das von Rußland und Frankreich bedroht war. Die erste Nacht haben wenige geschlafen; denn die Sorge um den Mann, die Frau, den Bräutigam, die Braut waren schwerer als jeher, da man wußte, daß ein sehr schwerer Krieg bevorsteht. [...]

Aus: Bernd Ulrich und Benjamin Ziemann (Hg.), *Frontalltag im Ersten Weltkrieg*, S. 33.

Der Kriegsbeginn stand im Zeichen verschiedener Entwicklungen, die in hohem Maße ideologisch aufgeladen waren. Die hohe Emotionalität, Suggestionskraft und Sinnstiftungsdynamik des Kriegsbeginns wirkt teilweise bis heute fort und hat auch die geschichtswissenschaftliche Forschung beeinflusst. Vor allem die Frage nach der Kriegsschuld bzw. nach der Verantwortung für die Auslösung des Krieges hat die Historiker immer wieder beschäftigt, ebenso wie die Bedeutung des "Burgfriedensschlusses" aller gesellschaftlichen und politischen Kräfte zur "Verteidigung des Vaterlandes". Auch das sogenannte "Augusterlebnis" und der vielbeschworene "Geist von 1914", d. h. die mit Kriegsbegeisterung und nationalem Enthusiasmus einhergehende Stimmungsentwicklung des Kriegsbeginns, sind bis heute prägende und umstrittene Themen der Geschichtswissenschaft geblieben. Schließlich spielen der als "Schlieffenplan" bekannte deutsche Aufmarschplan zur schnellen Niederwerfung Frankreichs und die Gründe für sein Scheitern ebenfalls bis heute eine wichtige Rolle in den Arbeiten und Analysen der Historiker.

Die Kriegsauslösung

Alle am Krieg beteiligten Länder betonten von Anfang an in propagandistischer Manier, ihr Vaterland gegen feindliche Aggressionen zu verteidigen. Als nach Kriegsende die Sieger im Versailler Vertrag allein Deutschland die Kriegsschuld zusprachen und damit nicht zuletzt Reparationspflichten begründeten, rief dieses "Siegerdiktat" in Deutschland große Empörung hervor. Auf der politischen Rechten wurde weiterhin die These von der alliierten "Einkreisung" Deutschlands als Ursache des Krieges beschworen, aber auch gemäßigte Kräfte einschließlich großer Teile der Sozialdemokratie waren höchstens bereit, die "Schlitterthese" des englischen Kriegspremiers David Lloyd George zu akzeptieren, nach der alle Länder durch die wechselseitigen Bündnisverpflichtungen ohne eigene Absicht in den Krieg "hineingeschlittert" waren. Erst in der sogenannten Fischer-Kontroverse der 1960er Jahre wurden diese Vorstellungen grundlegend erschüttert.

Der Hamburger Historiker Fritz Fischer hatte in seinem großen Werk "Griff nach der Weltmacht" nicht nur aufgezeigt, dass in Deutschland während des Krieges umfassende, die Pläne der Nationalsozialisten in vieler Hinsicht vorwegnehmende Eroberungsprogramme entwickelt worden waren. Aufsehen erregte vielmehr vor allem seine These, die deutsche Regierung ("Reichsleitung", monarchische Spitze einer Beamtenregierung mit Staatssekretären statt Ministern) habe den Krieg gezielt herbeigeführt. Obwohl einflussreiche wissenschaftliche und politische Kräfte diese These voller Empörung bekämpften, regte die Kontroverse einen intensiven Forschungsprozess an, der unsere Kenntnisse über die Grundlagen und Zusammenhänge der Kriegsauslösung enorm erweitert hat. Dabei kann, auch wenn jüngste Forschungen für alle europäischen Mächte in der Vorkriegszeit Tendenzen zur Verschärfung der europäischen Krise aufgezeigt haben, heute kaum noch bezweifelt werden, dass die Politik des Deutschen Reiches und seines Verbündeten Österreich-Ungarn vor allem in der Julikrise die Hauptverantwortung für die Auslösung des Ersten Weltkrieges getragen hat.

Propaganda des Kriegsministeriums: Aufruf „Der Bluttausch“ von Konrad Astfalck

Laßt, Deutsche, Euer Herz vom Rausch des Weltkriegs entzünden. Des Auferstehungskrieges, der zu Recht der „Heilige“ heißt.

Der Berge berstender Granaten speit aus Feuerschlünden

Und grausig alle Menschheit fast in blutige Fetzen reißt,

Der, wie die Windsbraut, über Länder, über Seen und Meere

In rasend-wilder Wut dahinfegt, schurkisch angefacht ...
Wenn er auch mit sich wirbelt unsere Millionenheere:
Uns hat er doch die heilige deutsche Einigkeit gebracht!
Laßt mich der lieben deutschen Sprache hehrste Worte finden,
Nun unser Adler wieder auf vom Horst zum Kampfe stieg
Und laßt mich diese Worte hier zum goldenen Kranze binden,
Das wunderbaren Worte: „Deutscher Kampf heißt Deutscher Sieg!“
Das Gebot und Wille, auch in Not- und Schicksalstagen.
Denn unseren Feinden allen nimmt der Glaube Land und Ehr',
Und leichter läßt im Bewusstsein Leid und Tote tragen:
Sie gaben ja fürs Vaterland ihr rotes Herzblut her!
Ihr rotes Herzblut! ..., schreit's hinaus in abertausend Gassen:
„Wir wollen blutige Rache nehmen für ihr heiliges Blut.
Es muß das allerletzte sein, das Deutschland je gelassen!“
Drum stachelt alle auf zum Haß und zur allmächtigen Wut!
Kanonen her! – Stopft all' die heißen, blanken Stahlgußrachen
Der Mörser und Haubitzen mit Granaten und Schrapnells,
Und laßt sie jeden festen Platz zur Trümmerstätte machen,
Wie jede Feindes-Festung, sei sie auch granit'ner Fels!
Laßt Sonn' und Mond in Frankreich fürder auf „Geschlagne“ scheinen,
Laßt Schreckensfurchen hinter Euch in Russland meilenbreit ...
Das mag die trösten, die um ihre Kriegsgefallenen weinen.
Das soll Vergeltung bringen dem, der nach Vergeltung schreit!
Und sorgt, dass England, stets gewohnt des opferlosen Siegens,
Diemal in Gram und Grau'n in Blut und Flammen wird getaucht!
Laßt den Granaten dort das fürchterliche Recht des Pflügens,
So, daß kein Bauer da mehr nächstes Jahr zu pflügen braucht!
Noch steht das Wort breit auf dem Titelblatt der Weltgeschichte,
Das wuchtige Wort: „Die Weltgeschichte ist das Weltgericht!“
Die letzte Zeile aber lautet aller Tatberichte:
„... und es verkroch die Welt sich vor Germanias Angesicht!“
[...]

Aus: Richard Müller, Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 1: Vom Kaiserreich zur Republik. Mit einer Einleitung von Frank Dingel, Berlin 1974 (zuerst 1924).



Am 28. Juni 1914 wurde der österreichische Erzherzog Franz Ferdinand in Sarajevo ermordet. Das Bild zeigt die Verhaftung des Mittäters Chabrinovic. (© picture-alliance/akg)

Die feindliche "Einkreisung", von der man sich in Deutschland vor dem Krieg bedroht sah und mit der die Berechtigung eines "Präventivkrieges" begründet wurde, stellt sich in beträchtlichem Maße als eine Folge der deutschen Politik selbst dar. Mit ihren unberechenbaren Aggressionen und mit dem Bau einer großen Schlachtflotte hatte sie nicht nur in Frankreich und Russland, sondern auch in England Angst geschürt und einer Verständigung der drei Mächte den Weg bereitet. Nach dem Attentat von Sarajewo drängte die Reichsleitung die verantwortlichen Stellen in Österreich-Ungarn, möglichst schnell mit einem unannehmbaren Ultimatum und einem damit begründeten Krieg gegen Serbien vorzugehen. Und sie gab dem Bundesgenossen zugleich einen "Blankoscheck" für ihre militärische Unterstützung im Falle einer Ausweitung des Krieges. Die Habsburger Monarchie brauchte lange, doch am 23. Juli stellte sie Serbien tatsächlich ein Ultimatum und erklärte nur fünf Tage später trotz eines weitreichenden serbischen Entgegenkommens den Krieg. Die nun von deutscher und österreichischer Seite proklamierte Lokalisierung des Konfliktes auf dem Balkan hätte bedeutet, dass Russland seinen Verbündeten Serbien hätte fallenlassen müssen. Und die englischen Bemühungen um eine Initiative der europäischen Großmächte zur Beendigung des Krieges wurden von deutscher Seite teils zurückgewiesen, teils bewusst verzögert behandelt, weil man erst einmal auf einen österreichischen Sieg über Serbien setzte.

Kriegsziele der Regierung Bethmann Hollweg im „Septemberprogramm“ 1914

Sicherung des Deutschen Reichs nach West und Ost auf erdenkliche Zeit.

Zu diesem Zweck muß Frankreich so geschwächt werden, daß es als Großmacht nicht neu erstehen kann, Rußland von der deutschen Grenze nach Möglichkeit abgedrängt und seine Herrschaft über die nichtrussischen Vasallenvölker gebrochen werden.

Die Ziele des Krieges im einzelnen:

1. Frankreich. Von den militärischen Stellen zu beurteilen, ob die Abtretung von Belfort, des Westabhanges der Vogesen, die Schleifung der Festungen und die Abtretung des Küstenstrichs von

Dünkirchen bis Boulogne zu fordern ist. In jedem Falle abzutreten, weil für die Erzgewinnung unserer Industrie nötig, das Erzbecken von Briey.

Ferner eine in Raten zahlbare Kriegsentschädigung; sie muß so hoch sein, daß Frankreich nicht imstande ist, in den nächsten fünfzehn bis 20 Jahren erhebliche Mittel für Rüstung aufzuwenden.

Des weiteren: ein Handelsvertrag, der Frankreich in wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland bringt, es zu unserem Exportland macht, und es ermöglicht, den englischen Handel in Frankreich auszuschalten. Dieser Handelsvertrag muß uns finanzielle und industrielle Bewegungsfreiheit in Frankreich schaffen – so daß deutsche Unternehmungen nicht mehr anders als französische behandelt werden können.

2. Belgien. Angliederung von Lüttich und Verviers an Preußen, eines Grenzstriches der Provinz Luxemburg an Luxemburg.

Zweifelhaft bleibt, ob Antwerpen mit einer Verbindung nach Lüttich gleichfalls zu annektieren ist.

Gleichviel, jedenfalls muß Belgien, wenn es auch als Staat äußerlich bestehen bleibt, zu einem Vasallenstaat herabsinken, in etwa militärisch wichtigen Hafenplätzen ein Besatzungsrecht zugestehen, seine Küste militärisch zur Verfügung stellen, wirtschaftlich zu einer deutschen Provinz werden. Bei einer solchen Lösung, die die Vorteile der Annexion, nicht aber ihre innerpolitisch nicht beseitigenden Nachteile hat, kann franz. Flandern mit Dünkirchen, Calais und Boulogne mit größtenteils flämischer Bevölkerung diesem unveränderten Belgien ohne Gefahr angegliedert werden. Den militärischen Wert dieser Position England gegenüber werden die zuständigen Stellen zu beurteilen haben.

3. Luxemburg. Wird deutscher Bundesstaat und erhält einen Streifen aus der jetzt belgischen Provinz Luxemburg und eventuell die Ecke von Longwy.

4. Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen, unter Einschluß von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen (!) und eventuell Italien, Schweden und Norwegen. Dieser Verband, wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze, unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren.

5. Die Frage der kolonialen Erwerbungen, unter denen in erster Linie die Schaffung eines zusammenhängenden mittelafrikanischen Kolonialreichs anzustreben ist, desgleichen die Rußland gegenüber zu erreichenden Ziele werden später geprüft. Als Grundlage der mit Frankreich und Belgien zu treffenden wirtschaftlichen Abmachungen ist eine kurze provisorische, für einen eventuellen Präliminarfrieden geeignete Formel zu finden.

6. Holland. Es wird zu erwägen sein, durch welche Mittel und Maßnahmen Hollan in ein engeres Verhältnis zu dem Deutschen Reich gebracht werden kann. [...]

Aus: Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Düsseldorf 1961, S. 93f.

Mit einem solchen Ausgang wäre man auf deutscher und österreichischer Seite durchaus zufrieden gewesen. Doch um die von dem Kanzler-Berater Kurt Riezler - und nach ihm vielen deutschen Historikern - beschworene "Politik des kalkulierten Risikos", hart am Rand des großen Krieges, die nur durch Fehler der anderen Mächte zum großen Krieg geführt habe, handelte es sich dabei nicht. Denn, dass Russland die militärische Niederwerfung seines Schützlings Serbien wohl nicht einfach hinnehmen konnte, war den Verantwortlichen in Deutschland durchaus bewusst. Als Russland am 30. Juli mobil machte, reagierte das Deutsche Reich mit scharf formulierten Ultimaten zur Einstellung

dieser Maßnahmen an Russland sowie zur Erklärung der Neutralität in einem deutsch-russischen Krieg an Frankreich, auf deren Nichtbeantwortung am 1. bzw. am 3. August Kriegserklärungen an die Entente-Mächte folgten. Doch zu diesem Zeitpunkt war die Entscheidung für den Kriegsbeginn in Berlin de facto längst gefallen. Denn als hier am 1. August die Mobilmachung verkündet wurde, trat der Automatismus des Schlieffenplans in Gang, der einen möglichst schnellen Angriff auf Frankreich unter Verletzung der Neutralität Belgiens und Luxemburgs vorsah. Diese Neutralitätsverletzungen boten Großbritannien schließlich den Vorwand, dem Deutschen Reich seinerseits den Krieg zu erklären.

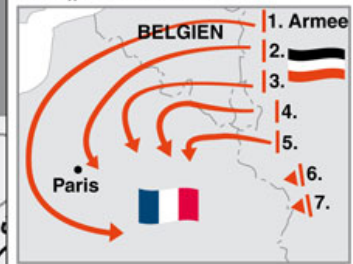
Das Scheitern des Schlieffenplans

Mit dem vom früheren Generalstabschef Alfred v. Schlieffen entwickelten Kriegsplan hatte die deutsche Militärführung versucht, das Problem eines Zweifrontenkrieges gegen Russland und Frankreich sowie eines daraus hervorgehenden Abnutzungskrieges zu lösen, in dem man langfristig zu unterliegen drohte. Da die Mobilmachung im technologisch rückständigen Zarenreich erwartungsgemäß viel länger dauern würde, sah der Plan vor, zuerst einmal den Großteil der deutschen Streitkräfte gegen Frankreich zu führen und hier eine schnelle Kriegsentscheidung zu erzwingen. Die französischen Truppen sollten durch eine riesige Umfassungsbewegung durch Belgien und Nordfrankreich hindurch und um Paris herum eingekesselt und vernichtend geschlagen werden. Anschließend hätte man sich dann nach Osten wenden und gemeinsam mit Österreich-Ungarn Russland militärisch besiegen können. Doch es kam anders.

Erster Weltkrieg: Verlauf der Westfront

Im August 1914 greift das Deutsche Reich dem „Schlieffen-Plan“ folgend Frankreich an. Im September wird der Vormarsch von französischen und britischen Truppen an der Marne gestoppt, und bis zum Jahresende erstarrt die Front in einer Linie vom Ärmelkanal bis zur Schweizer Grenze. Erst im Herbst 1918 wird das deutsche Heer geschlagen und zurückgedrängt. Am 11. November bittet Deutschland um einen Waffenstillstand.

Der „Schlieffen-Plan“



Verlauf der Westfront. (© picture-alliance)

Da Russland schneller mobilisierte als erwartet und Österreich seine Streitmacht vor allem gegen Serbien richtete, konnten russische Truppen weit nach Ostpreußen und Galizien eindringen. Die deutsche Heeresleitung sah sich deshalb genötigt, zwei Armeekorps von der Westfront abzuziehen und nach Osten zu transportieren. Der durch belgischen Widerstand und das schnelle Eingreifen britischer Berufssoldaten teilweise schon verzögerte deutsche Vormarsch, bei dem es zu erheblichen Gewaltakten wie der Niedverbrennung der Bibliothek von Löwen und Greuelthaten gegen die belgische Bevölkerung kam, musste deshalb verändert werden. Statt der geplanten Umfassung von Paris marschierte die am weitesten vorgerückte Heeresgruppe nun direkt auf die französische Hauptstadt. Doch an der Marne wurde sie gestoppt und musste sich in Verteidigungsstellungen zurückziehen. Nun begann der sogenannte Wettlauf zum Meer, in dem beide Seiten sich erfolglos zu umfassen versuchten. Daraus entstand eine bald mit Stacheldrahtverhau und Schützengräben gesicherte Frontlinie, die durch Nordfrankreich und Teile Belgiens bis an die Nordseeküste reichte und nach Süden bis an die Schweizer Grenze ausgebaut wurde.

Bericht des deutschen General-Gouverneurs Freiherr von Bissing über Vorgänge beim

deutschen Einmarsch in Belgien, 28.2.1915

Die für den Bereich des Generalgouvernements abgeschlossenen Ermittlungen haben folgendes ergeben:

A.

1. Im Bistum Namur sind 26 Priester getötet worden, 25 erschossen, 1 gehängt.
2. Im Bistum Lüttich sind 6 Priester erschossen.
3. Im Bistum Mecheln sind 13 Priester erschossen.
4. Im Bistum Tournai sind 2 Priester erschossen.

Die bischöflichen Behörden behaupten, daß alle unschuldig getötet seien. Auskunft über die Gründe der Erschießungen würden nur die beteiligten Truppen geben können, welche indessen bis jetzt nicht ermittelt sind.

Bezüglich des Berichts der Königlichen Preußischen Gesandtschaft in Rom ist folgendes festzustellen:

1. Bei der Zerstörung Löwens flüchtete ein großer Teil der Bevölkerung, darunter auch ein Trupp von mindestens 70 Geistlichen, nach Brüssel zu. Bei Tervueren wurden die Geistlichen von deutschen Truppen festgehalten, mußten dann nach Brüssel marschieren und sollten auf dem Weitemarsch der Truppen durch die einzelnen Dörfer als Geiseln dienen. Auf Verwendung des päpstlichen Nuntius beim Gouverneur v. Lüttwitz wurden die Geistlichen jedoch freigelassen. Ob Spanier und Amerikaner darunter waren, ist nicht festgestellt. Nur der Jesuitennovize Dupierreux wurde in der Nähe von Tervueren erschossen, weil er verdächtige Notizen über die Vorgänge in Löwen bei sich trug.

2. Die Pfarrer von Vueren und Gelrode sind erschossen.

3. Der Pfarrer von Schaffen hat am 25. Januar erklärt, er selber habe niemandem von auswärts irgendwelche Mitteilungen über seine persönlichen Erlebnisse im August gemacht. Zur Sache erzählt der Pfarrer, welcher einen vertrauenswürdigen Eindruck macht: Am 18. August seien die ersten deutschen Truppen eingezogen.

Am selben Morgen sei eine Radfahrerpatrouille der in Diest im Standort liegenden Karabiniers in den Ort gekommen, und diese habe die deutschen Spitzenreiter niedergeschossen. Beim Einrücken deutscher Abteilungen sei die Patrouille schleunigst abgefahren.

Die Deutschen hätten ihre toten Kameraden gefunden, sie seien des Glaubens gewesen, diese seien von der Dorfbevölkerung erschossen worden, und hätten daraufhin, wohl zweifellos in guten Glauben, an dem Dorf ein Strafgericht vollzogen.

Ihn selbst, den Pfarrer, hätten sie in seinem Garten gefunden und ihm vorgeworfen, sei vom Kirchturm aus geschossen worden.

Er habe sogleich erklärt, das sei unmöglich, denn die Kirche sei – gegen die sonstige Gewohnheit – von ihm selbst wegen der Unruhe der Zeit abgeschlossen worden; man möge sich davon überzeugen. Trotzdem habe man ihn festgenommen und von morgens neun bis abends sieben Uhr festgehalten. Dabei sei er von den deutschen Soldaten recht erheblich mißhandelt worden. Man habe ihn mit vielen anderen, nachdem das Dorf in Flammen gesetzt worden sei, auf eine benachbarte Höhe geführt und dort gezwungen, das Schauspiel des niederbrennenden Dorfes mit anzusehen.

In dem Dorfe selbst hätten die Soldaten alles in Brand gesteckt und 23 Personen, darunter auch einige Frauen, erschossen.

Abends um 7 Uhr habe dann der Führer der deutschen Truppen – deren Regimentsnummer er nicht

kenne – ihn freigelassen mit den Worten: „Sie sind ein braver Mann!“

Er sei dann fortgegangen, und dabei sei er von den deutschen Kanonieren mit ihren Kantschus durchgeprügelt worden.

Als er einige Schritte von den Truppen entfernt gewesen sei, hätten ihm Schüsse um die Ohren gepfiffen; daraufhin sei er ohnmächtig geworden, nicht aber habe er sich selbst zum Schein hingeworfen und könne das auch niemandem erzählt haben.

Er verzeihe aber seinen Peinigern, da er den Eindruck habe, daß sie unter dem Zwang eines verhängnisvollen Irrtums gehandelt hätten.

Der Pfarrer von Spontin ist nach eidlichen belgischen Zeugenaussagen sehr übel behandelt worden. Er wurde aus dem Pfarrhause nach einer Wiese beim Bahnhof weggeführt. Unterwegs erhielt er einen Kolbenstoß unter das Kinn, so daß er aus dem Munde blutete, dann drei Bajonettstiche in den Hals. Dann wurde er an Ort und Stelle an Händen und Füßen gebunden, an den Haaren in die Höhe gehoben und schließlich erschossen.

Aus: Ernst Johann, Innenansicht eines Krieges. Bilder, Briefe, Dokumente 1914–1918, S. 104-106.

Der Schlieffenplan war damit gescheitert, doch die militärische Position der Mittelmächte stellte sich zum Jahreswechsel 1914/15 trotz des englischen Kriegseintritts nicht schlecht dar. Denn nachdem die neue Heeresleitung im Osten unter den Generälen Hindenburg und Ludendorff in den Schlachten bei Tannenberg und an den masurischen Seen die russischen Invasoren vertrieben hatten und weit auf russisches Gebiet vorgerückt waren, standen deutsche Truppen sowohl im Osten als auch im Westen weit auf feindlichem Territorium. Die oft vertretene Auffassung, der Krieg sei für die Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn mit dem Scheitern des Schlieffenplans bereits verloren gewesen, ist so angesichts einer strategisch durchaus nicht schlechten Lage kaum haltbar. Es brauchte immerhin noch vier Jahre und den Kriegseintritt der USA, um den Krieg militärisch zugunsten der Alliierten zu entscheiden.

Ein Stimmungsbericht über die sozialdemokratischen Antikriegsdemonstrationen zum Kriegsbeginn

Nach Schluß versuchten die Teilnehmer aller Versammlungen, in großen meist nach tausenden zählenden Ansammlungen, nach dem Stadttinnern zu drängen und es gelang zum Teil erst durch Waffenanwendungen und unter Vornahme von Sistierungen, die sich unter Johlen und Brüllen revolutionärer Lieder fortbewegenden Massen zu zerstreuen oder nach der Peripherie abzuordnen.

Aus einem Bericht der Berliner Politischen Polizei über die sozialdemokratischen Antikriegsdemonstrationen am Abend des 28. Juli.

Aus: Wolfgang Kruse, Krieg und nationale Integration, S. 41.

Der Burgfrieden

Innenpolitisch stand der Kriegsbeginn im Zeichen des Burgfriedensschlusses, d. h. der Integration aller relevanten politischen Kräfte in eine nationale Einheitsfront. Alle politischen und sozialen Konflikte wurden vertagt, um erst einmal mit gemeinsamen Anstrengungen den Krieg zu gewinnen. Diese Entwicklung war keineswegs selbstverständlich, insbesondere nicht für die Sozialdemokratie, die bisher betont kriegsgegnerische, fundamentaloppositionelle und internationalistische Positionen bezogen hatte, während sie von den herrschenden Kräften umgekehrt als vaterlandslos und reichsfeindlich denunziert und ausgegrenzt worden war. Beim offiziellen Burgfriedensschluss anlässlich der Eröffnung des Reichstages im Berliner Stadtschloss am 4. August 1914, wo die bürgerlichen Parteiführer dem Kaiser in die Hand gelobten, mit ihm "durch dick und dünn, durch Not und Tod" zu gehen, waren die bislang monarchiekritischen sozialdemokratischen Abgeordneten dementsprechend gar nicht anwesend. Als sie anschließend jedoch trotzdem im Reichstag einstimmig die Kriegskredite bewilligten (nur zwei weniger prominente SPD-Abgeordnete, Kunert und Simon, hatten vor der Abstimmung unauffällig das Reichstagsplenum verlassen), kannte der Jubel kaum Grenzen. Der Krieg schien sich mit den Worten der konservativen Täglichen Rundschau als ein "Zauberkünstler und Wundertäter" zu erweisen, der sogar das "größte aller Wunder" vollbracht und die Sozialdemokraten nach langen Jahren der inneren Auseinandersetzungen "an die Seite ihrer deutschen Brüder" gezwungen habe.

Thronrede Wilhelm II. am 4. August 1914 anlässlich der Eröffnung des Reichstages am 4. August 1914 im Berliner Schloß

In schicksalsschwerer Stunde habe Ich die gewählten Vertreter des deutschen Volkes um Mich versammelt.

Fast ein halbes Jahrhundert lang konnten wir auf dem Weg des Friedens verharren. Versuche, Deutschland kriegsgerische Neigungen anzudichten und seine Stellung in der Welt einzuengen, haben unseres Volkes Geduld oft auf harte Proben gestellt. In unbeirrbarer Redlichkeit hat Meine Regierung auch unter herausfordernden Umständen die Entwicklung aller sittlichen, geistigen und wirtschaftlichen Kräfte als höchstes Ziel verfolgt. Die Welt ist Zeuge gewesen, wie unermüdlich wir in dem Drang und den Wirren der letzten Jahre in erster Reihe standen, um den Völkern Europas einen Krieg zwischen Großmächten zu ersparen.

Die schwersten Gefahren, die durch die Ereignisse am Balkan heraufbeschworen waren, schienen überwunden. Da tat sich mit der Ermordung Meines Freundes, des Erzherzogs Franz Ferdinand, ein Abgrund auf. Mein hoher Verbündeter, der Kaiser und König Franz Joseph, war gezwungen, zu den Waffen zu greifen, um die Sicherheit seines Reichs gegen gefährliche Umtriebe aus einem Nachbarstaat zu verteidigen. Bei der Verfolgung ihrer berechtigten Interessen ist der verbündeten Monarchie das Russische Reich in den Weg getreten. An die Seite Österreich-Ungarns ruft uns nicht nur unsere Bündnispflicht. Uns fällt zugleich die gewaltige Aufgabe zu, mit der alten Kulturgemeinschaft der beiden Reiche unsere eigene Stellung gegen den Ansturm feindlicher Kräfte zu schirmen [...]

Geehrte Herren! Was menschliche Einsicht und Kraft vermag, um ein Volk für die letzten Entscheidungen zu wappnen, das ist mit Ihrer patriotischen Hilfe geschehen. Die Feindseligkeit, die im Osten und im Westen seit langer Zeit um sich gegriffen hat, ist nun zu hellen Flammen aufgelodert. Die gegenwärtige Lage ging nicht aus vorübergehenden Interessenkonflikten oder diplomatischen Konstellationen hervor, sie ist das Ergebnis eines seit langen Jahren tätigen Übelwollens gegen Macht und Gedeihen des Deutschen Reichs.

Uns treibt nicht Eroberungslust, uns beseelt der unbeugsame Wille, den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat, für uns und alle kommenden Geschlechter.[...]

Sie haben gelesen, meine Herren, was Ich an Mein Volk vom Balkon des Schlosses aus gesagt habe. Hier wiederhole Ich: Ich kenne keine Parteien mehr, Ich kenne nur Deutsche.

(Langanhaltendes brausendes Bravo.)

Zum Zeichen dessen, daß Sie fest entschlossen sind, ohne Parteiunterschiede, ohne Stammesunterschiede, ohne Konfessionsunterschiede durchzuhalten mit Mir durch dick und dünn, durch Not und Tod, fordere ich die Vorstände der Parteien auf, vorzutreten und Mir das in die Hand zu geloben.

Aus: Verhandlungen des Reichstages, XIII. Legislaturperiode, II. Session- 1914-1916. Stenographische Berichte, Bd. 306, Berlin 1916, S. 1f.

Tatsächlich wurde die Bewilligung der Kriegskredite zu einem Wendepunkt in der Geschichte der Sozialdemokratie. Noch in der letzten Juliwoche hatte sie überall im Reich große Antikriegsproteste mit einer Massenbeteiligung von etwa einer $\frac{3}{4}$ Million Menschen organisiert und so die Ängste der bürgerlichen Öffentlichkeit vor ihrer Widerstand gegen den Krieg noch einmal bestärkt. Doch in den Zusammenhängen des Kriegsbeginns schienen die oppositionellen Positionen der Sozialdemokratie ihre Überzeugungskraft zu verlieren: Zu einem offenen Kampf gegen den Krieg war man nicht bereit und stand so der in den Krieg führenden Entwicklung ohnmächtig gegenüber. Trotzdem schienen auch bei fortgesetzter politischer Opposition Verfolgung und Illegalität zu drohen, während die Bewilligung der Kriegskredite den Nachweis nationaler Loyalität und damit verbundene Integrationsmöglichkeiten und Reformhoffnungen zu eröffnen schien. Diese integrative Perspektive wurde noch dadurch bestärkt, dass sich die Reichsleitung, deren kriegstreiberische Politik man noch vor wenigen Tagen angeprangert hatte, nun ebenfalls um eine nationale Versöhnung mit der Arbeiterbewegung bemühte. Als Angreifer und Hauptkriegsgegner stellte sie das zaristische Russland dar, das den Sozialdemokraten traditionell als "Hort der Reaktion" in Europa galt. Und die Internationale als Gegenpol zur nationalen Identität begann angesichts des Kriegsbeginns schnell zu zerfallen. In einer hektischen, von aufgepeitschten Stimmungen geprägten Situation entschieden sich Parteiführung und Reichstagsfraktion der SPD, ähnlich wie zuvor bereits die Gewerkschaften, für die Unterstützung der nationalen Kriegsanstrengungen. Die Erklärung, mit der Hugo Haase als Partei- und Fraktionsvorsitzender diesen Schritt im Reichstag begründete, war frei von Chauvinismus und beschwor einen möglichst schnellen Friedensschluss. Doch konnte dies nur oberflächlich verdecken, dass die Partei mit zentralen Grundpositionen brach, ihre fundamentaloppositionelle Haltung aufgab und damit die Hoffnung auf eine positive nationale Integration verband.

Die Stimmung Ende Juli/Anfang August 1914 in den großstädtischen Zentren Deutschlands

In der Tat machen sich Angst und Unsicherheit breit.

Bei der Reichsbank werden vermehrt Banknoten in Gold eingetauscht; Geschäftsleute, ja selbst die Reichsbahn verweigern die Annahme von Papiergeld. Die Nachricht von der russischen Teilmobilmachung löst trotz öffentlicher Beschwichtigung einen Sturm auf Banken und Sparkassen aus, der, nach kurzer Pause, am 30. Juli erneut einsetzt. Die Menschen heben ihre Guthaben ab, sie richten sich auf Krieg ein. In den Lebensmittelgeschäften herrscht schon vor dem 30. Juli ein gewaltiger Andrang. Es bilden sich Käuferschlangen, so daß am nächsten Tag Geschäfte kurzfristig schließen müssen, sogar polizeilich geschlossen werden, weil der Ansturm zu groß wird. Waren werden nur noch in begrenzter Menge abgegeben, denn der Großhandel liefert nicht mehr genug, da auch die Kommunen Vorräte anzulegen beginnen. Die Spekulation auf den Krieg beginnt, die Preise steigen entsprechend. Zucker, Kaffee, Mehl und besonders Konserven sind gefragt. Vorsichtige, die mit ihrer baldigen Einberufung rechnen müssen, versorgen sich mit Unterwäsche und Strümpfen, die ihnen der Staat nicht stellen wird. Es herrscht allgemein „Kriegsfurcht“, die auch in Geschäftskreisen Wirkungen hat, „die ohne Parallele in der Vergangenheit dastehen“.

Auf den Bahnhöfen herrscht hektischen Treiben. Alle ankommenden und abfahrenden Züge sind überfüllt, die Fahrpläne sind vollkommen durcheinander geraten, auf den Bahnsteigen türmt sich, von Schutzmännern bewacht, das Gepäck. Die Sommerfrischler kehren in Scharen vorzeitig zurück,

Österreicher kommen ihren Gestellungsbefehlen nach, aus den bedrohten Grenzgebieten im Osten treffen die ersten Flüchtlinge ein. Schaulustige drängen in die Bahnhofshallen, um an den Anschlagbrettern die neuesten Nachrichten der Telegraphenbüros verfolgen zu können. In Frankfurt am Main bildet sich auf dem Börsenplatz eine „lebendige Mauer“ vor dem Gebäude der „Frankfurter Zeitung“, wo die Nachrichten von einem neuartigen Gerät als „Lichtbildmeldungen“ abgelesen werden können.

„In einer Spannung“, so beschreibt die liberale „Frankfurter Zeitung“ die Stimmung, „die sich immer weiterer Kreise des Volkes bemächtigt und unter der nachgerade auch gute Nerven leiden, warte man jetzt noch auf die Entscheidung, die unmöglich mehr lange ausbleiben kann.“ Zum Mittag hatte ein Extrablatt des „Berliner Lokalanzeigers“ für Aufregung gesorgt; aber die Meldung von der Mobilmachung war falsch gewesen, vielleicht in provozierender Absicht gefälscht worden und muß kurze Zeit später dementiert werden. Doch am nächsten Tag, es ist der 31. Juli, wird es kurz nach 14 Uhr offiziell: Extrablätter, aus fahrenden Autos verteilt, verkünden den „Zustand drohender Kriegsgefahr“. Unter den Linden wiederholt dies in traditionellem Ritual ein Leutnant an der Spitze eines Trupps Infanterie, nachdem ein Trommler für Aufmerksamkeit und Ruhe gesorgt hat. An den Litfaßsäulen werden die Theaterplakate mit den vorbereiteten Bekanntmachungen überklebt, die die Rechtslage erläutern: Die vollziehende Gewalt ist auf das Militär übergegangen.

In kürzester Zeit sind die Straßen Berlins voller Menschen, denen bewußt wird, daß die Regierung sich auf das Äußerste vorbereitet. Am Kranzler-Eck sammelt sich die Menge, Hochrufe erschallen: „Überall macht sich die Entspannung in einer freudigen Stimmung über die endlich gefallene Entscheidung kund“, obwohl dies die eigentliche Entscheidung nicht ist: Noch ist die Mobilmachung nicht befohlen, noch ist der Krieg nicht erklärt. Selbst die „Tägliche Rundschau“, ein konservatives Blatt, das den Krieg gefordert hat, bestätigt die anfängliche Nüchternheit, mit der die Nachricht aufgenommen wird: „‘Na endlich‘. Wie ein Erlösungsschrei geht’s durch die Menge. Kein Jubel wird laut, kein Hoch wird laut, alle Mienen sind ernst – die unheimliche Spannung, die auf ganz Berlin lastet, löst sich in einem befreiten Aufatmen: Also doch!“

Erst allmählich steigert sich die Entspannung zur Begeisterung. Die Menge drängt spontan zum kaiserlichen Schloß, skandiert dort Hochrufe und beginnt mit dem Absingen vaterländischer Lieder: ‚Heil Die im Siegerkranz‘, ‚Die Wacht am Rhein‘, ‚Es braust ein Ruf wie Donnerhall‘ und immer wieder: ‚Deutschland, Deutschland über alles‘. [...]

Wie in Berlin, so war es in allen Großstädten, erst recht in den Residenzstädten zu ähnlichen „Volkskundgebungen“ gekommen. Bis spät in die Nacht dauerten die Umzüge, die Debatten in den Wirtshäusern. Am nächsten Tag, am 1. August, wird jedoch wieder normal gearbeitet. Die Welle der Begeisterung ist vorübergehend abgeebbt, aber die Spannung ist geblieben. In den Morgenausgaben melden die Zeitungen: Noch immer keine Mobilmachung, noch immer keine Entscheidung, noch immer warten. Als mittags die Schloßwache in Berlin mit klingendem Spiel aufzieht, springt der Funke plötzlich wieder über. Eine Masse von „ungezählten Tausenden“ folgt der Wache zum Schloß. Dort hindert sie die Kapelle am Abmarsch, verlangt von ihr die ‚Wacht am Rhein‘, das ‚Deutschland-Lied‘. „Die Begeisterung der Massen kannte keine Grenzen und als zum Schluß sich der einheitlich geschlossene Wille der Massen den ‚Pariser Einzugsmarsch‘ erzwang, erreichte die Begeisterung ihren Höhepunkt.“ Endlich darf die Kapelle in Richtung ihrer Kaserne abziehen. Doch als sie, an der französischen Botschaft vorbeimarschierend, eher zufällig die ‚Wacht am Rhein‘ spielt, fällt die begleitende Menge in einer spontanen Demonstration tausendstimmig ein.

Nach diesem Intermezzo beginnt erneut das Warten. [...] Punkt 17 Uhr wird die Entscheidung bekanntgegeben. Generalstabsoffiziere fahren in offenen Autos über die Prachtstraßen, winken mit ihren Taschentüchern; vor dem Schloß verkündet ein Gendarm auf Befehl des Kaisers: „Mobilmachung!“ Im Handumdrehen sind die Straßen Berlins wieder dicht gefüllt, immer neue Massen strömen herbei: „Die große Mehrheit reißt der Schwung des Augenblicks unwiderstehlich mit.“ Mobilmachung, das weiß jeder, bedeutet Krieg, auch wenn der noch nicht erklärt ist. Wieder strömt die Menge zum kaiserlichen Schloß. [...] „Wir wollen den Kaiser sehen.“ Endlich, gegen 18.30 Uhr, erscheint dieser

auf dem Balkon und spricht die berühmt gewordenen Worte: „Aus tiefem Herzen danke ich Euch für den Ausdruck Eurer Liebe, Eurer Treue. In dem jetzt bevorstehenden Kampfe kenne Ich in Meinem Volk keine Parteien mehr. Es gibt unter uns nur noch Deutsche. Und welche von den Parteien auch im Laufe des Meinungskampfes sich gegen Mich gewandt haben, Ich verzeihe ihnen allen. Es handelt sich jetzt nur darum, daß alle wie Brüder zusammenstehen, und dann wird dem deutschen Volk Gott zum Siege verhelfen.“ Als nun die Glocken des Doms erklingen, stimmt die Menge spontan den Choral an: ‚Nun danket alle Gott‘.

Nach Berichten der "Frankfurter Zeitung" und der "Täglichen Rundschau".

Aus: Gunther Mai, Das Ende des Kaiserreichs. Politik und Kriegführung im Ersten Weltkrieg, München 1987, S. 10-12.

Kriegsbegeisterung? Die Stimmungsentwicklung bei Kriegsbeginn



Preußische Soldaten beim Verlassen Berlins, August 1914. (© picture-alliance/AP)

Der sozialdemokratische Burgfriedensschluss ist oft mit einer kriegsbegeisterten Massenstimmung begründet worden, der sich die Partei nicht habe widersetzen können. In der Tat erfasste die deutsche Bevölkerung, wie in anderen Ländern auch, eine dynamische Stimmungsentwicklung, in der Kriegsbegeisterung und nationale Einheitsstimmung eine wesentliche Rolle spielten. Das lange unhinterfragte Bild, die Massenstimmung im Juli/August 1914 sei ausschließlich davon geprägt worden, ist von der neueren Forschung jedoch nachhaltig relativiert worden. Zweifellos gab es kriegsbegeisterte Massen, die auf den Straßen der Großstädte die Mobilmachung bejubelten, und der Burgfrieden wurde in der Öffentlichkeit vielfach als nationale Versöhnung des deutschen Volkes gefeiert. Doch insgesamt war die Stimmungsentwicklung bei Kriegsbeginn zuerst einmal geprägt von einer wachsenden Anspannung und Erregung der Bevölkerung, die in vielfältigen Erscheinungsformen zum Ausdruck kam und sich schließlich in einer weitgehenden Bereitschaft zum Krieg verdichtete.

Bericht eines Pfarrers über die Stimmung im Berliner Arbeiterbezirk Moabit, Herbst 1914

Aus den Fenstern hängen jetzt Fahnen heraus, in manchen Häusern bis zu sechs – ein erstaunlicher Anblick für den Kenner der Verhältnisse.

Sonst zeigte etwa an Kaisers Geburtstag die ganze Stadt nicht eine einzige Fahne; aus sozialistischen Parteikneipen heraus hört man die Klänge der Wacht am Rhein. Die eigentliche Begeisterung – ich möchte sagen, die akademische Begeisterung, wie sie sich der Gebildete leisten kann, der nicht unmittelbare Nahrungssorgen hat, scheint mir doch zu fehlen. Das Volk denkt sehr real, und die Not liegt schwer auf den Menschen. In den Fabriken wird freilich noch gearbeitet, meist jetzt für das Heer, daher haben noch viele Männer Arbeit – Frauen sind aber massenhaft brotlos geworden. Die Zahl der Eingezogenen ist doch ganz beträchtlich, sie schwankt in den Häusern zwischen 2 und 14, soweit ich habe feststellen können. Ansätze zu revolutionärer Gesinnung sind in keiner Weise vorhanden. Im ganzen muß man sagen; es herrscht eigentlich ein prachtvoller Ernst. Immer wieder hört man sagen: es muß sein, unsre Sache ist gerecht. Der sozialdemokratische Arbeiter ist stolz, daß er seine vaterländische Gesinnung zeigen kann. [...] Kriegslustig ist der sozialistische Arbeiter nicht, aber kriegsentschlossen. Das Kleinbürgertum, das bisher schon national war, ist eher etwas radaumäßig gestimmt. In Genossenschaftskreisen empfindet man teilweise das sittliche Problem des Krieges, auch das Unrechte des Krieges – der normale Kirchenmensch ist leider davon weit entfernt.

Aus: Monatsschrift für die Pastoraltheologie zur Vertiefung des gesamten pfarramtlichen Wirkens, hg. v. D. Paul Wurster und Prof. D. J. Schnell, 11. Jg., 2. Kriegsheft, Nov. 1914, S. 50f.

Auch nachdem die sozialdemokratischen Antikriegsproteste am 31. Juli angesichts der Verhängung des Belagerungszustandes abgebrochen worden waren, finden sich nur wenige Beispiele für nationalistische Kriegsbegeisterung in der Arbeiterschaft. Die SPD-Zeitungen berichteten vielmehr von Verzweiflung und Tränen beim Abschied der Einberufenen, bald auch von der wachsenden sozialen Not, die breite Bevölkerungsschichten kaum in Begeisterung versetzen konnte. Ähnliche Berichte liegen auch über die Stimmung auf dem Lande vor. Offene Begeisterung dagegen herrschte vor allem in den großstädtischen Zentren, wo die Kriegserklärungen und erste Siegesmeldungen bejubelt wurden. Ihr Träger war allem Anschein nach insbesondere das Bürgertum: Studenten und Oberschüler meldeten sich in Massen freiwillig, insbesondere viele Bildungsbürger schrieben begeisterte Gedichte und Aufrufe. Zugleich kam es aber auch zu Erscheinungsformen von Chaos und Panik, die sich vor allem in Hamsterkäufen, einem Ansturm auf die Banken und nicht zuletzt einer hysterischen Angst vor feindlichen Spionen äußerten. Hinzu kam ein aggressiver Chauvinismus. Hassphantasien auf die Kriegsgegner wurden laut und "Gott strafe England!", diese Zeilen aus Ernst Lissauers berühmten Gedicht "Haßgesang gegen England" wurden für viele zum "deutschen Gruß". Fremd aussehende oder sich der nationalen Hochstimmung verweigernde Menschen wurden in aller Öffentlichkeit beschimpft und verfolgt, fremdsprachige Geschäfts- oder Warennamen geändert. Manche Menschen dagegen verfielen tiefer Verzweiflung, und oft standen widersprüchliche Emotionen auch in einer Person unverbunden nebeneinander.

Tagebucheintrag des jungen Hamburger Sozialdemokraten Wilhelm Heberlein vom 16. August 1914

"Wegen Einberufung der Genossen muß ich Parteibeiträge kassieren – Wohnungselend, Kummer verlassener Frauen, Arbeitslosigkeit, Mutlosigkeit, vereinzelt gefaßte Menschen."

Aus: Volker Ullrich, Kriegsalltag in Hamburg, Köln 1982, S. 21.

Friedrich Stampfer: Sein oder Nichtsein!

Solange es die Möglichkeit gibt, den Frieden zu retten gibt es nur eine Pflicht: für ihn zu arbeiten. In dem Augenblick aber, in dem das weltgeschichtliche Ringen beginnt – und wir wissen nicht, um

wieviele Stunden wir von ihm getrennt sind – ändern sich auch die Aufgaben des deutschen klassenbewußten Proletariats.

Deutschland wird dann mit einem Bundesgenossen, der mit starker Heeresmacht auf einem anderen Kriegsschauplatz festgehalten ist, gegen zwei Fronten – vielleicht obendrein noch in der Nordsee gegen England zu kämpfen haben. Das ist ein Krieg, gegen den der von 1870/71 ein Kinderspiel war.

Die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes hat diesen Krieg nicht gewollt. Aber es gibt in Deutschland keine Partei, keine Gruppe und – wir glauben – keinen Menschen, der in diesem Krieg eine Niederlage Deutschlands will.

Diese Niederlage wäre etwas Unausdenkbares, Entsetzliches. Ist schon ein Krieg an sich der Schrecken aller Schrecken, so wird das Furchtbare dieses Krieges noch durch den Umstand vermehrt, daß er nicht nur unter zivilisierten Nationen geführt wird. Wir haben das Vertrauen zu unseren Klassen- und Volksgenossen in Uniform, daß sie sich von aller überflüssigen Grausamkeit fernhalten werden. Wir können dieses Vertrauen nicht haben zu den buntgemengten Völkerschaften des Zaren, und wir wollen nicht, daß unsere Frauen und Kinder Opfer kosakischer Bestialitäten werden. [...]

Niederlage aber wäre gleichbedeutend mit Zusammenbruch, Vernichtung und namenlosem Elend für uns alle. Und unser aller Gedanken bäumen sich gegen diese Möglichkeit auf. Unsere Vertreter im Reichstag haben es unzählige Male für eine Verleumdung erklärt, daß die Sozialdemokraten ihr Land im Augenblick der Gefahr im Stich lassen könnten. Wenn die verhängnisvolle Stunde schlägt, dann werden die Arbeiter das Wort einlösen, das von ihren Vertretern für sie abgegeben worden ist. Die „vaterlandslosen Gesellen“ werden ihre Pflicht erfüllen und sich darin von den Patrioten in keiner Weise übertreffen lassen. [...]

Unser Herz weiß nicht von Begeisterung für einen Krieg. Es ist erfüllt mit tiefem Abscheu vor dem Krieg. Aber wenn kein Opfer mehr hilft, um das Verhängnis aufzuhalten, wenn wir uns dann der namenlosen Schändlichkeiten erinnern, die der Zarismus an seinen eigenen Volksgenossen verübt hat, wenn wir uns weiter vorstellen, die Schergen dieser barbarischen Gewalt könnten als trunkene Sieger unser Land betreten, dann dringt ein Schrei über unsere Lippen: Nur das nicht!

Jenseits aller Greuel der Verwüstung steigt uns ein anderes, freundlicheres Bild auf: Ein freies deutsches Volk, das sich sein Vaterland eroberte, indem es dieses sein Land verteidigte. Dieses freie deutsche Volk nach billigen Friedensbedingungen im Bunde mit den großen Kulturvölkern des Westens. Unsere große Sache allüberall im Vordringen. Drüben aber im Osten die rauchenden Trümmer eines Zarenthrons.

Vielfach in der SPD-Presse nachgedruckter Korrespondenzartikel vom 31.7.1914, der die Entscheidung für die Bewilligung der Kriegskredite vorwegnahm.

Insgesamt wird man sagen können, dass der Kriegsbeginn von einer vielschichtigen Stimmungsentwicklung geprägt war, in der Äußerungen von Begeisterung, Verunsicherung und Verzweiflung sich oft auch in ein und derselben Person verbanden und im Ergebnis eine zwar nicht unbedingt begeisterte, aber schließlich doch entschlossene Kriegsstimmung vorherrschte.

Ausgewählte Literatur:

Christopher Clark, The Sleepwalkers. How Europe Went to War in 1914, London 2012.

Hans Ehlert u.a. (Hg.), Der Schlieffenplan. Analysen und Dokumente, Paderborn u.a. 2006.

Christian Geinitz, Kriegsfurcht und Kampfbereitschaft. Das Augusterlebnis in Freiburg. Eine Studie zum Kriegsbeginn 1914, Essen 1998.

John Horn u. Alan Kramer, Deutsche Kriegsgreuel 1914. Die umstittene Wahrheit, Hamburg 2004.

Wolfgang Jäger, Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland. Die Debatte 1914-1980 über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges, Göttingen 1984.

James Joll, Die Ursprünge des Ersten Weltkrieges, München 1988-

Wolfgang Kruse, Krieg und nationale Integration. Eine Neuinterpretation des sozialdemokratischen Burgfriedensschlusses 1914/15, Essen 1993.

Thomas Raithel, Das "Wunder der inneren Einheit". Studien zur deutschen und französischen Öffentlichkeit bei Beginn des Ersten Weltkrieges, Bonn 1996.

Gerhard Ritter, Der Schlieffen-Plan. Kritik eines Mythos, München 1956.

Gregor Schöllgen (Hg.), Flucht in den Krieg? Die Außenpolitik des kaiserlichen Deutschland, Darmstadt 1991.

Jeffrey T. Verhey, Der "Geist von 1914" und die Erfindung der Volksgemeinschaft, Hamburg 2000.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Kriegsverlauf und Außenpolitik

Von Wolfgang Kruse

6.5.2013

Apl. Prof. Dr. Wolfgang Kruse, geb. 1957, ist Akademischer Oberrat und außerplanmäßiger Professor im Arbeitsbereich Neuere Deutsche und Europäische Geschichte am Historischen Institut der Fernuniversität Hagen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Geschichte des Ersten Weltkriegs, die Geschichte der Französischen Revolution, Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und die Geschichte des politischen Totenkults. Von Kruse ist u.a. erschienen: Wolfgang Kruse: Der Erste Weltkrieg, Darmstadt 2009 (Geschichte Kompakt der WBG).

Das Schmieden von Allianzen und diplomatisches Geschick sind ebenso wichtige Kriegsmittel wie Waffen und militärische Gewalt. Der Erste Weltkrieg illustrierte dies im Bemühen Deutschlands, zumindest mit einer Seite des Zweifrontenkrieges Frieden zu schließen. Gleichzeitig schaffte der U-Boot-Krieg neue Möglichkeiten der offensiven militärischen Auseinandersetzung.



Seeschlacht vor dem Skagerrak am 31.5./1.6.1916. Das Bild zeigt die deutsche Flotte vor der Schlacht in voller Fahrt. (© picture-alliance/akg)

Nach dem Bewegungskrieg der ersten Wochen und Monate zeichnete sich im folgenden Stellungskrieg bald ab, dass in militärischer Hinsicht die Defensive der Offensive überlegen sein würde. Trotzdem hielten die Militärs im Zeichen eines verbreiteten Kultes der Offensive auf allen Seiten an dem Versuch fest, durch großangelegte, ungeheuer verlustreiche Angriffe eine Entscheidung zu erzwingen. Da dies misslang, entwickelte sich der Krieg immer stärker zu einem umfassenden industriellen Abnutzungskrieg. Zugleich bemühten sich die Kriegsparteien auf unterschiedliche Weise darum, ihre Kriegsbündnisse zu erweitern, ihre strategische Stellung zu verbessern und neue Angriffspunkte zu finden. Während sich dabei die Frontlinie im Westen trotz eines bislang nicht für möglich gehaltenen

Materialeinsatzes und ungeheurer Verluste bis zum Jahre 1918 kaum veränderte, waren die anderen Kriegsschauplätze von einer höheren Dynamik geprägt. Doch zu kriegsentscheidenden Veränderungen kam es auch hier lange nicht.

Diplomatie und Kriegführung

Den Mittelmächten Deutschland und Österreich-Ungarn gelang es, kurz nach Kriegsbeginn 1914 die Türkei, im folgenden Jahr auch Bulgarien in ihre Kriegskoalition zu integrieren und so den Kriegseintritt Japans (1914) und Italiens (1915) auf Seiten der Entente zu kompensieren. Militärisch konnten sie in den Jahren 1915 und 1916 mit der Eroberung großer Teile Russisch-Polens und des Baltikums, den Siegen über Serbien und über das schließlich auch auf Seiten der Entente in den Krieg eingetretenen Rumänien beachtliche Erfolge erzielen. Die Mittelmächte beherrschten nun einen geschlossenen Raum in Mitteleuropa und Kleinasien, der über eine beträchtliche wirtschaftliche und militärische Kohärenz und Stärke verfügte. Die alliierten Offensiven im Westen blieben demgegenüber ebenso erfolglos wie ihr Flottenangriff auf die Dardanellen und ihre Vorstöße in Arabien gegen Bagdad. Doch auch die militärischen Erfolge der Mittelmächte waren nicht in der Lage, dem Krieg eine entscheidende Wendung zu geben. Während das deutsche Oberkommando Ost unter den Generälen Hindenburg und Ludendorff dafür eintrat, die Hauptmacht gegen Russland zu wenden und erst einmal das Zarenreich entscheidend zu schlagen, hielt die 2. Oberste Heeresleitung (OHL) unter General Falkenhayn an der Auffassung fest, dass der Krieg im Westen entschieden werde. Falkenhayns Versuch, die französische Armee mit dem Angriff auf die strategisch und symbolisch bedeutende Festung Verdun "weißzubluten", scheiterte 1916 jedoch ebenso unter ungeheuren Verlusten auf beiden Seiten wie die englisch-französischen Offensiven an der Somme und die mit ihnen koordinierten Angriffe der russischen Armee in Polen sowie der Italiener an der Alpenfront.

Die vielfältigen internationalen Friedensinitiativen vor allem von dänischer, amerikanischer und spanisch-vatikanischer Seite haben immer wieder das Interesse der Forschung gefunden. Gleichwohl ist festzuhalten, dass die Erfolgsaussichten angesichts der immer weiter ausufernden Kriegsziele aller beteiligten Länder zweifellos gering waren. Auf deutscher Seite wurde grundsätzlich das Ziel verfolgt, entweder durch Annexionen oder in der gemäßigten Variante durch Formen indirekter Herrschaft eine hegemoniale, von den Verbündeten flankierte Stellung auf dem europäischen Kontinent zu erlangen. Zugleich unterlagen alle sog. Friedensbemühungen einem kriegsstrategischen Kalkül: Sie waren auf deutscher Seite unauflöslich mit dem Ziel verbunden, die Belastungen des Zweifrontenkrieges aufzubrechen und mit einer Seite Frieden zu schließen, um auf der anderen Seite umso erfolgreicher einen militärischen Sieg erringen zu können. Die Versuche, Russland durch militärischen Druck einen Verständigungsfrieden aufzuzwingen, scheiterten jedoch immer wieder an der bereits 1914 vom Zarenreich mit England und Frankreich im Londoner Abkommen getroffenen Vereinbarung, keinen Separatfrieden zu schließen. Und alle Verständigungsversuche im Westen mussten schon deshalb erfolglos bleiben, weil die Reichsleitung nicht bereit war, die als Vorbedingung geforderte Wiederherstellung der belgischen Unabhängigkeit zu garantieren. Mit der Ernennung der 3. OHL unter Hindenburg und Ludendorff im August 1916 setzte sich in Deutschland schließlich endgültig die Perspektive durch, den Krieg nur mit einem umfassenden Siegfriedensschluss zu beenden.

Revolutionierungsversuche, Englische Seeblockade und U-Boot-Krieg

Während die Mittelmächte auf dem europäischen Kontinent lange eine strategisch starke Stellung einnehmen konnten, gerieten sie im globalen Kontext bald ins Hintertreffen. Ihre Bemühungen, die von Russland und Großbritannien beherrschten Völker zu revolutionieren, waren kaum von Erfolg gekrönt. Insbesondere in Arabien waren die Briten mit ihrem Versuch, Aufstände gegen die Osmanische Herrschaft zu unterstützen, weit erfolgreicher. Vor allem aber beherrschten sie den maritimen Welthandel. Seit Kriegsbeginn hatte die englische Flotte im Nordatlantik und in der Nordsee, bald ergänzt durch das Mittelmeer, eine großangelegte Seeblockade errichtet, um das Deutsche Reich und seine Verbündeten vom Weltmarkt abzuschließen. Die Blockade galt anfangs nur Kriegsmaterial, wurde aber bald in völkerrechtswidriger Weise auch auf Rohstoffe und Lebensmittel ausgeweitet. Allerdings war die "Hungerblockade" lange nur begrenzt erfolgreich, weil die Mittelmächte über ihre Handelskontakte mit neutralen Nachbarländern weiterhin über Zugänge zum Weltmarkt verfügten, die erst langsam durch diplomatischen Druck der Entente verschlossen werden konnten. Die deutsche Hochseeflotte dagegen musste die strategische Überlegenheit der Grand Fleet (britische Flotte) anerkennen, auch als sie 1916 in der Schlacht am Skagerak zwar gewisse Erfolge, aber letztlich keinen Durchbruch erzielen konnte und sich zurückziehen musste.

Die militärstrategische Planung der II. OHL unter General Erich v. Falkenhayn Ende 1915

Frankreich ist militärisch und wirtschaftlich – dies durch dauernde Entziehung der Kohlenfelder im Nordosten des Landes – bis nahe an die Grenze des Erträglichen geschwächt.

Rußlands Wehrmacht ist nicht voll niedergerungen, aber seine Offensivkraft doch so gebrochen, daß sie in annähernd der alten Stärke nicht wieder aufleben kann. Serbiens Heer kann als vernichtet gelten. Italien hat zweifellos eingesehen, daß es auf Verwirklichung seiner Raubgelüste in absehbarer Zeit nicht rechnen kann, und würde deshalb wahrscheinlich froh sein, das Abenteuer auf irgendeine anständige Weise bald liquidieren zu können.

Wenn aus diesen Tatsachen nirgends Folgerungen gezogen wurden, so liegt dies an vielen Erscheinungen, in deren Erörterung man im einzelnen nicht einzutreten braucht. Nur an der hauptsächlichsten darf man nicht vorübergehen. Sie ist der ungeheuerliche Druck, den England noch immer auf seine Verbündeten ausübt. [...]

Um so notwendiger ist es, daß gleichzeitig alle jene Mittel rücksichtslos zur Anwendung gebracht werden, die geeignet sind, England auf seinem eigensten Gebiet zu schädigen. Es sind dies der Unterseekrieg und die Anbahnung eines politischen und wirtschaftlichen Zusammenschlusses Deutschlands nicht nur mit seinen Verbündeten, sondern auch mit allen noch nicht ganz im Bannkreis Englands gefesselten Staaten. Sich mit diesem Zusammenschluß zu beschäftigen, ist nicht Sache dieser Darlegung. Die Lösung der Aufgabe liegt ausschließlich der politischen Leitung ob.

Die Unterseekrieg dagegen ist ein Kriegsmittel wie jedes andere. Die Gesamtkriegsleitung darf sich der Stellungnahme zu ihm nicht entziehen.

Er zielt auf die verwundbarste Stelle des Feindes ab, in dem er ihm die Zufuhren über See abzuschneiden versucht. Gehen die bestimmten Zusagen der Marine dahin in Erfüllung, daß der unbeschränkte Unterseebootkrieg England innerhalb des Jahres 1916 zum Einlenken bringen muß, so ist selbst die Annahme einer feindlichen Haltung seitens der Vereinigten Staaten jetzt zu ertragen. Ihr Eingreifen in den Krieg kann nicht so schnell entscheidende Wirkung üben, daß es England, welches das Gespenst des Hungers und viele andere Nöte auf seiner Insel auftauchen sieht, zum Weiterkämpfen bewegen könnte. [...]

Ein Vorgehen auf Moskau führt uns ins Uferlose. Für keine dieser Unternehmungen verfügen wir über ausreichende Kräfte. Mithin scheidet Rußland als Angriffsobjekt aus. Es bleibt allein Frankreich übrig. [...]

Hinter dem französischen Abschnitt der Westfront gibt es in Reichweite Ziele, für deren Behauptung die französische Führung gezwungen ist, den letzten Mann einzusetzen. Tut sie es, so werden sich Frankreichs Kräfte verbluten, da es ein Ausweichen nicht gibt, gleichgültig, ob wir das Ziel selbst erreichen oder nicht. Tut sie es nicht und fällt das Ziel in unsere Hände, dann wird die moralische Wirkung in Frankreich ungeheuer sein. Deutschland wird nicht gezwungen sein, sich für die räumlich eng begrenzte Operation so zu verausgaben, daß alle anderen Fronten bedenklich entblößt werden. Es kann mit Zuversicht den an ihnen zu erwartenden Entlastungsunternehmungen entgegensetzen, ja hoffen, Kräfte in genügender Zahl zu erübrigen, um den Angriffen mit Gegenstößen begegnen zu können. Denn es steht ihm frei, seine Offensive schnell oder langsam zu führen, sie zeitweise abubrechen oder sie zu verstärken, wie es seinen Zwecken entspricht.

Die Ziele, von denen hier die Rede ist, sind Belfort und Verdun. Für beide gilt das oben Gesagte. Dennoch verdient Verdun den Vorzug. [...]

Aus: Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellungen, Bd. 8, S. 383-85.

Stattdessen setzte die deutsche Seekriegsleitung auf den ebenfalls offen völkerrechtswidrigen U-Boot-Krieg gegen den Seehandel mit England und Frankreich, der nicht zuletzt amerikanische Schiffe traf. Der U-Boot-Krieg wurde nach der Versenkung des Passagierschiffes Lusitania am 7. Mai 1915 mit mehr als 1.000 Toten zwar zeitweilig eingeschränkt, doch auf Druck der Obersten Heeresleitung Anfang 1917 in vollem Umfang wieder aufgenommen, was wenig später zur Kriegserklärung der USA und in deren Gefolge vieler weiterer Länder führte. Die Hoffnung jedoch, Großbritannien auf diesem Weg zum Frieden zwingen zu können, erfüllte sich trotz anfänglicher Erfolge nicht. Mit der Einführung des Konvoi-Systems, der gemeinsamen Fahrt einer großen Zahl von Handelsschiffen unter dem Schutz von Kriegsschiffen, konnten die Verluste begrenzt werden, und der amerikanische Kriegseintritt stärkte zugleich die alliierten Hoffnungen, mittelfristig das Deutsche Reich und seine Verbündeten niederringen zu können. Auf dem europäischen Kriegsschauplatz machte sich die amerikanische Verstärkung allerdings erst langsam bemerkbar, denn die USA mussten erst einmal eine entsprechende Armee aufbauen.

Kriegsentscheidung 1917/18

Als 1917 die Revolution Russland erfasste und die von der Reichsleitung eingeschleusten bolschewistischen Emigranten unter Führung von Lenin nach der Oktoberrevolution aus der Zusammenarbeit mit den Westmächten ausscherten und einen sofortigen Friedensschluss anstrebten, schien die deutsche Siegfriedensstrategie doch noch aufzugehen. In den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk wurde dem bolschewistischen Russland, gestützt auf einen umfangreichen militärischen Vormarsch, ein Gewaltfrieden mit riesigen Gebietsabtretungen in Mittel- und Osteuropa aufgezwungen. Und im Westen bereitete die Militärführung anschließend eine großangelegte Offensive vor, die auch hier eine militärische Entscheidung zugunsten des Deutschen Reiches erzwingen sollte. In den sog. Frühjahrsoffensiven des Jahres 1918 konnten die deutschen Truppen tatsächlich umfangreiche territoriale Gewinne erzielen. Trotz immer weiter forcierter Angriffsbemühungen an wechselnden Frontabschnitten gelang es jedoch nicht, einen entscheidenden Durchbruch zu erzielen. Als die nun durch frische amerikanische Truppen verstärkten alliierten Armeen im Sommer 1918 zur Gegenoffensive antraten, hatten ihnen die ausgepowerten deutschen Kräfte nicht mehr viel entgegenzusetzen, mussten sich hinter ihre Ausgangsstellungen zurückziehen und bald auch gravierende Durchbrüche zulassen. Zugleich begann sich auch der militärische Zusammenbruch der

verbündeten Armeen von Österreich-Ungarn, der Türkei und Bulgariens immer deutlicher abzuzeichnen.

Erst unter diesen Bedingungen entschied sich die OHL, nun doch auf einen Friedensschluss zu setzen. Sie erklärte gegenüber der Reichsleitung, dass die Front nicht mehr lange gehalten werden könne, und forderte sie ultimativ auf, so schnell wie möglich einen Waffenstillstand zu schließen. Dies war allerdings nicht so einfach, denn zu Waffenstillstandsverhandlungen waren die nunmehr vom bevorstehenden Sieg überzeugten Alliierten nur mit den Vertretern eines demokratischen Deutschland bereit.

Ausgewählte Literatur:

Holger Afflerbach, Falkenhayn. Politisches Denken und Handeln im Kaiserreich, München 1994.

Winfried Baumgart, Deutsche Ostpolitik 1918. Von Brest-Litowsk bis zum Ende des Ersten Weltkrieges, München 1966.

Lancelot L. Farrar, Devide and Conquer. German Efforts to Conclude a Separate Peace. 1914-1918, Boulder 1978.

Fritz Fischer, Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18, Kronberg i. Ts. 1961.

Gerhard P. Groß (Hg.), Die vergessene Front. Der Osten 1914/15. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, Paderborn u. a. 2009.

Erwin Hölzle, Die Selbstentmachtung Europas. Das Experiment des Friedens vor und im Ersten Weltkrieg, Göttingen u.a. 1975.

Vejas G. Liulevicius, Kriegsland im Osten. Eroberung, Kolonisierung und Militärherrschaft im Ersten Weltkrieg 1914-1918, Hamburg 2002.

W. R. Louis, Das Ende des deutschen Kolonialreiches. Britischer Imperialismus und die deutschen Kolonien, Düsseldorf 1971.

Melvin E. Page, Africa and the First World War, London 1987.

Wolfgang Steglich, Die Friedensversuche der kriegführenden Mächte im Sommer und Herbst 1917. Quellenkritische Untersuchungen, Akten und Vernehmungsprotokolle, Wiesbaden 1984.

David Stevenson, 1914-1918. Der Erste Weltkrieg, Düsseldorf 2006.

Frank Wende, Die belgische Frage in der deutschen Politik des Ersten Weltkrieges, Hamburg 1969.

John W. Wheeler-Bennett, Brest-Litowsk. The Forgotten Peace, March 1918, New York 1971 (zuerst 1938).

Egmond Zechling, Krieg und Kriegsrisiko: Zur deutschen Politik im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1979.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Burgfrieden und Innenpolitik

Von Wolfgang Kruse

6.5.2013

Apl. Prof. Dr. Wolfgang Kruse, geb. 1957, ist Akademischer Oberrat und außerplanmäßiger Professor im Arbeitsbereich Neuere Deutsche und Europäische Geschichte am Historischen Institut der Fernuniversität Hagen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Geschichte des Ersten Weltkriegs, die Geschichte der Französischen Revolution, Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und die Geschichte des politischen Totenkults. Von Kruse ist u.a. erschienen: Wolfgang Kruse: Der Erste Weltkrieg, Darmstadt 2009 (Geschichte Kompakt der WBG).

Innen- und Außenpolitik waren im Deutschen Kaiserreich während des Ersten Weltkrieges eng miteinander verwoben. Jahrelang hielt der "Burgfrieden" in der Politik. Als er brüchig wurde, zeigten sich auch die inneren Widersprüche: So standen beispielsweise der monarchisch verbrämten Militärdiktatur der III. Obersten Heeresleitung die Parlamentarisierungsbestrebungen der Reichstagsmehrheit gegenüber.



12. Dezember 1916: Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg verliest im Reichstag die sogenannte Friedensnote der Mittelmächte, ein Friedensangebot, das ohne Folgen blieb. (© picture-alliance/akg)

Am Beginn des Krieges standen die einstimmige Bewilligung der Kriegskredite im Reichstag und der Burgfriedensschluss aller Parteien zur Unterstützung der deutschen Kriegspolitik, der sich zur Überraschung und Freude der bürgerlichen Öffentlichkeit auch unter Einschluss der Sozialdemokratie vollzog. Die Innenpolitik der folgenden Kriegsjahre vollzog sich im Zeichen dieses Burgfriedens, der lange bewahrt wurde, zugleich aber immer mehr innere Widersprüche hervorbrachte und sich schließlich aufzulösen begann. Dabei bildeten sich verschiedene Entwicklungstendenzen heraus, die auf unterschiedliche Weise über den Status quo der konstitutionellen Monarchie der Vorkriegszeit hinauswiesen: die monarchisch verbrämte Militärdiktatur der 3. Obersten Heeresleitung (OHL) unter

den Generälen Hindenburg und Ludendorff; die Parlamentarisierungsbestrebungen der Reichstagsmehrheit aus gemäßigten Mehrheitssozialdemokraten, Liberalen und Zentrum; schließlich auch die politische und soziale Revolution, wie sie in der Abspaltung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei und in den großen Streikbewegungen der Jahre 1917/18 Gestalt zu gewinnen begann.

Kriegszieldiskussion und innenpolitische "Neuorientierung"

Außen- und Innenpolitik waren unter den Bedingungen des Krieges eng miteinander verbunden, und dies wurde insbesondere in der Frage der äußeren Kriegsziele und der inneren "Neuorientierung" deutlich. Obwohl öffentliche Diskussionen über beide Themen im Zeichen des Burgfriedens verboten waren, traten die höchst unterschiedlichen Vorstellungen der verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Kräfte doch schnell zutage und wurden zu einem Sprengsatz für die nationale Geschlossenheit. Bereits zum Jahreswechsel 1914/15 war eine Diskussion über die Kriegsziele nicht mehr zu verhindern, nachdem einflussreiche Interessengruppen weit über die proklamierte Landesverteidigung hinausweisende Eroberungen gefordert hatten. Mit Ausnahme einer Minderheit in der Sozialdemokratie traten zwar alle politischen Lager für offensive Kriegsziele ein, auch das Mitteleuropa-Programm der eher gemäßigten Kräfte ging grundsätzlich von einem Siegfriedensschluss aus und zielte auf die deutsche Hegemonie auf dem Kontinent ab. Doch wie umfangreich die gewünschten Annexionen ausfallen und in welchem Maße direkte oder indirekte Formen der deutschen Herrschaft angestrebt werden sollten, wurde bald höchst kontrovers diskutiert.

Eduard Bernstein, Hugo Haase, Karl Kautsky: Das Gebot der Stunde (Juni 1915)

Die Stunde der Entscheidung ist gekommen. Die Sozialdemokratie ist vor eine Frage gestellt, die für die Geschicke des deutschen Volkes, für die Zukunft der Kulturwelt von der größten Reichweite ist.

Forderungen, für die schon in früheren Monaten eine gewisse Presse sowie Vereinigungen [...] systematisch Stimmung gemacht hatten, sind in den letzten Wochen von Persönlichkeiten in hervorragender Stellung sowie von einflussreichen Körperschaften in teilweise sogar noch verschärfter Form vertreten worden. Programme werden aufgestellt, die dem gegenwärtigen Kriege den Stempel eines Eroberungskrieges aufdrücken. [...]

Angesichts aller dieser Kundgebungen muß sich die deutsche Sozialdemokratie die Frage vorlegen, ob sie es mit ihren Grundsätzen und mit den Pflichten, die ihr als Hüterin der materiellen und moralischen Interessen der arbeitenden Klassen Deutschlands obliegen, vereinbaren kann, in der Frage der Fortführung des Krieges an der Seite derjenigen zu stehen, deren Absichten in schroffstem Widerspruch sind zu den Sätzen der Erklärung unserer Reichstagsfraktion vom 4. August 1914, in denen diese aussprach, daß sie im Einklang mit der Internationale jeden Eroberungskrieg verurteilt.

Dieser Satz würde zur Lüge gestempelt werden, wenn die deutsche Sozialdemokratie jenen Erklärungen aus den Kreisen der Machthaber gegenüber es bei dem Ausspruch akademischer Friedenswünsche bewenden ließe. Zu deutlich haben wir es erfahren müssen, daß man auf solche Bekundungen auch nicht die geringste Rücksicht nimmt.

Was verschiedene unter uns befürchtet haben, zeichnet sich immer bemerkenswerter ab: Man erlaubt der deutschen Sozialdemokratie, die Kriegsmittel zu bewilligen, man geht aber kühl über sie hinweg bei den für die Zukunft unseres Volkes folgenschwersten Beschlüssen. Dürfen wir dieses Verhältnis fortbestehen lassen, das uns die Möglichkeit raubt, die Kraft der deutschen Arbeiterklasse für eine Politik geltend zu machen, die nach unserer innersten, auf die Erfahrungen der Geschichte gestützten Überzeugung das Interesse des deutschen Volkes und mit diesem das aller beteiligten Völker gebietet?

Ungeheuer sind die Opfer, die dieser Krieg den in ihn hineingerissenen Völkern schon verursacht hat

und die jeder Tag vermehrt. Die Weltgeschichte kennt keinen zweiten Krieg, der auch nur annähernd gleich mörderisch gewirkt hätte. Es ist die Grausamkeit barbarischer Zeitalter, verbunden mit den raffiniertesten Mitteln der Zivilisation, welche die Blüte der Völker dahinrafft. Nicht minder unerhört sind die Opfer an Gütern, die der Krieg den Völkern entreißt. Weite Gebiete werden verwüstet, und Summen, die für Kulturzwecke in einem Jahr auszugeben man sich gescheut hat, werden in diesem Krieg in einer Woche für die Tötung von Menschen und die Vernichtung von Grundlagen künftiger Wohlfahrt ausgegeben. Allen beteiligten Nationen starrt bei Verlängerung des Krieges der Bankrott entgegen.

In weiten Teilen unseres Volkes und derjenigen Völker, mit denen das Deutsche Reich im Krieg liegt, macht sich denn auch immer stärkere Friedenssehnsucht geltend. Während die Herrschenden davor zurückschrecken, diesem Friedensbedürfnis zu entsprechen, blicken Tausende und aber Tausende auf die Sozialdemokratie, die man als die Partei des Friedens zu betrachten gewohnt war, und erwarten von ihr das erlösende Wort und das ihm entsprechende Verhalten.

Nachdem die Eroberungspläne vor aller Welt offenkundig sind, hat die Sozialdemokratie die volle Freiheit, ihren gegensätzlichen Standpunkt in nachdrücklichster Weise geltend zu machen, und die gegebene Situation macht aus der Freiheit eine Pflicht. [...]

Wir wissen, daß Friedensbedingungen, die von einer Seite der Kriegführenden der anderen aufgezwungen werden, keinen wirklichen Frieden bringen, sondern nur neue Rüstungen mit dem Ausblick auf neuen Krieg bedeuten. Ein wirklicher und dauernder Friede ist nur möglich auf der Grundlage freier Vereinbarung.

Diese Grundlage zu schaffen, ist nicht der Sozialdemokratie eines einzelnen Landes gegeben. Aber jede einzelne Partei kann nach Maßgabe ihrer Stellung und ihrer Kräfte dazu beitragen, daß diese Grundlage hergestellt wird.

Die gegenwärtige Gestaltung der Dinge ruft die deutsche Sozialdemokratie auf, einen entscheidenden Schritt zu diesem Ziel zu tun. Sie ist heute vor die Wahl gestellt, diesem Gebot Folge zu leisten oder dem Vertrauen einen tödlichen Stoß zu versetzen, das sie bisher im deutschen Volk und in der gesamten Welt als Verfechterin des Völkerfriedens genoß.

Wir zweifeln nicht, daß unsere Partei diejenigen Folgerungen ziehen wird, die sich für unsere parlamentarische und außerparlamentarische Haltung hieraus ergeben. Mit den schönsten Überlieferungen der Sozialdemokratie steht die Zukunft unseres Volkes auf dem Spiel, seine Wohlfahrt und seine Freiheit. Hat unserer Partei nicht die Macht, die Entscheidungen zu treffen, so fällt doch uns die Aufgabe zu, als treibende Kraft die Politik in der Richtung vorwärts zu drängen, die wir als richtige erkannt haben.

Aus: Peter Friedemann, Materialien zum politischen Richtungsstreit in der deutschen Sozialdemokratie 1890-1917, S. 904-06.

Weitgehend in Parallelität zu den Diskussionen über die Kriegsziele entwickelte sich die Debatte über die sogenannte Neuorientierung der deutschen Innenpolitik. Von den konservativ-nationalistischen Kräften auf der politischen Rechten wurde der Burgfrieden als Bestätigung der bestehenden Ordnung und als ideale Form obrigkeitsstaatlicher Herrschaft interpretiert, die es durch militärische Siege und ausgreifende Eroberungen zu befestigen galt. Im gemäßigteren Lager der Regierung und der bürgerlichen Kräfte erkannte man dagegen, dass das kriegspolitische nationale Engagement aller Parteien und Bevölkerungsgruppen wenn nicht während des Krieges, so doch nach seinem siegreichen Ende durch Reformen honoriert werden müsse. Wie substantiell diese Reformen ausfallen sollten, war zwar umstritten, doch insbesondere das preußische Dreiklassenwahlrecht als ein Symbol der bisherigen Ungleichbehandlung schien angesichts des Kriegsengagements der Sozialdemokratie nicht mehr haltbar zu sein. In seiner Osterbotschaft 1917 kündigte schließlich auch Kaiser Wilhelm II. eine Wahlrechtsreform in Preußen an. Doch es war bezeichnend für die Reformunfähigkeit des Kaiserreichs,

dass konkrete Fortschritte in der Wahlrechtsfrage bis Kriegsende vom Preußischen Herrenhaus blockiert wurden.

Militärdiktatur und nationalistische Mobilisierung



Militärmonarchie: Der Kaiser bei der 11. Armee an der südöstlichen Front: Wilhelm II. (Mitte) mit August von Mackensen (rechts), dem Oberbefehlshaber der 11. Armee und General von Seeckt, 1915. (© picture-alliance/akg)

Das Deutsche Kaiserreich war strukturell eine Militärmonarchie, und dies trat naturgemäß im Krieg besonders deutlich zutage. Unter dem bei Kriegsbeginn verhängten Belagerungszustand ging die vollziehende Gewalt von den Zivilbehörden an die Militärbefehlshaber der Stellvertretenden Generalkommandos über. Das Militär wurde so zu einem allein vom Kaiser als Oberstem Kriegsherrn kontrollierten politischen Machtfaktor, der vielfältige Befugnisse von der Pressezensur über die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Lebensmittelbewirtschaftung bis zur Organisation der Kriegswirtschaft ausübte. Unter der im August 1916 berufenen 3. Obersten Heeresleitung mit den kommandierenden Generälen Hindenburg und Ludendorff begann sich die Militärführung darüber hinaus politisch immer mehr zu verselbständigen und diktatorische Tendenzen auszubilden. Sie setzte im zunehmend totalen Krieg auf die Mobilmachung der ganzen Gesellschaft, um doch noch einen umfassenden Siegfrieden erreichen zu können. Auf ihren Druck musste Reichskanzler Bethmann Hollweg, der als zu zaudernd galt, schließlich zurücktreten. Insbesondere in der Außenpolitik handelte das Militär nun weitgehend autonom, so als die OHL zum Jahreswechsel 1917/18 in Brest-Litowsk unter Ausschaltung ziviler Regierungsvertreter einen Gewaltfrieden gegen das bolschewistische Russland diktierte. In der Innenpolitik traten die antiparlamentarischen Tendenzen der Militärführung immer deutlicher zutage, vor allem nachdem der Reichstag im Juli 1917 eine Friedensresolution verabschiedet hatte. Im Gegenzug wurde unter Beteiligung führender Militärs im September 1917 die Deutsche Vaterlandspartei als ein Sammelbecken rechtsgerichteter Organisationen gegründet, die für einen militärischen Siegfrieden und gegen demokratische Reformen agitierte.

Gründungsaufruf der Deutschen Vaterlandspartei (September 1917)

Weite Kreise des Deutschen Volkes stimmen mit der Stellungnahme der gegenwärtigen Reichstagsmehrheit zu den wichtigsten Lebensfragen des Vaterlandes nicht überein. Sie erblicken in dem Versuch, gerade jetzt, wo des Reiches Schicksal auf dem Spiele steht, Kämpfe um Verfassungsfragen hervorzurufen und in den Vordergrund zu stellen, eine Gefährdung des Vaterlandes und eine wenn auch nicht gewollte Förderung unserer Feindes. Sie sind der Ansicht, daß der vor dem Kriege gewählte Reichstag tatsächlich nicht mehr die Vertretung des deutschen Volkswillens darstellt.

Wen gäbe es nicht, der nicht mit heißem Herzen den Frieden ersehnte! Nervenschwache Friedenskundgebungen verzögern aber nur den Frieden. Unsere auf die Vernichtung Deutschlands bedachten Feinde erblicken in ihnen nur den Zusammenbruch deutscher Kraft. Und das zu einer Zeit, da wir nach dem Zeugnis unseres Hindenburg militärisch günstiger dastehen denn je zuvor. Sichern wir dem Feinde zu, daß für ihn jederzeit ein ehrenvoller Verständigungsfriede zu haben ist, so kann er durch Fortsetzung des Krieges nur gewinnen und nichts verlieren.

Unsere Regierung befindet sich nach den Geschehnissen der Vergangenheit in einer Zwangslage. Ohne einen starken Rückhalt im Volk kann die Regierung allein der Lage nicht Herr werden. Sie braucht für eine kraftvolle Reichspolitik auch ein kraftvolles Werkzeug. Ein solches Werkzeug muß sein eine große, auf weiteste vaterländische Kreise gestützte Volkspartei.

Nicht Sonderbestrebungen zur Erringung parteipolitischer Macht dürfen jetzt das Deutsche Reich zersplittern, der unbeugsame, nur auf des Vaterlandes Sieg bedachte Wille muß es einen! In dankbarem Aufblick zu unserem unvergeßlichen geliebten ersten Kaiser und seinem eisernen Kanzlern, den Einigern der deutschen Stämme, eingedenk des Titanenkampfes gegen den verderblichen Parteigeist, den Otto v. Bismarck mit flammenden Worten vor Gott und der Geschichte anklagte, haben die unterzeichneten ostpreußischen Männer, treu den Überlieferungen ihrer Vorväter die *Deutsche Vaterlands-Partei* gegründet, um das deutsche Vaterland in dieser größten und ernstesten Stunde deutscher Geschichte vor dem Erbübel der Uneinigkeit und Parteilung zu schützen und zu schirmen.

Die Deutsche Vaterlands-Partei bezweckt die Zusammenfassung aller vaterländischen Kräfte ohne Unterschied der politischen Parteistellung. Sie besteht aus vaterländisch gesinnten Einzelpersonen und Vereinigungen. Sie will Stütze und Rückhalt sein für eine krafvolle Reichsregierung, die nicht in schwächlichem Nachgeben nach innen und außen, sondern in deutscher Standhaftigkeit und unerschütterlichem Glauben an den Sieg die Zeichen der Zeit zu deuten weiß! [...]

Wir wollen keine innere Zwietracht! Über innerem Hader vergessen wir Deutsche zu leicht den Krieg. Der Feind vergißt ihn keinen Augenblick! Die in der Deutschen Vaterlands-Partei zusammengeschlossenen Deutschen verpflichten sich, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß bis zum Friedensschluß der innere Zwist ruht. Mag der einzelne zu den inneren Streitfragen stehen, wie er will, die Entscheidung hierüber ist der Zeit nach dem Kriege vorbehalten. Dann sind unsere Tapferen aus dem Felde heimgekehrt und können am inneren Ausbau des Reiches mitwirken. Jetzt gilt es nur zu siegen! [...]

Aus: Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellungen, Bd. 8, S. 440f.

Reichstagsmehrheit und Parlamentarisierung

Die in der Kriegszielfrage gemäßigten, im Innern zu Reformen bereiten politischen Kräfte des Reichstages bildeten seit 1915 Kooperationsformen aus, die schließlich im Juli 1917 mit der Bildung des "Interfraktionellen Ausschusses" ihren Höhepunkt fanden. In diesem Ausschuss fanden sich die Linksliberalen, das Zentrum und anfangs auch die Nationalliberalen gemeinsam mit der gemäßigten Mehrheit der Sozialdemokraten zu formellen Absprachen über gemeinsame Initiativen im Reichstag zusammen, in dem sie zusammen über eine große Mehrheit verfügten. Mit der Friedensresolution der Reichstagsmehrheit im Juli 1917 formulierten sie zugleich den Anspruch, auf wesentlichen, bisher der Regierung vorbehaltenen Handlungsfeldern wie der Außenpolitik politisch mitgestalten zu wollen.

Friedensresolution des Deutschen Reichstages, am 19. Juli 1917 verabschiedet mit den Stimmen der SPD, der FVP und des Zentrums

Wie am 4. August 1914 gilt für das deutsche Volk auch an der Schwelle des vierten Kriegsjahres das Wort der Thronrede: "Uns treibt nicht Eroberungssucht."

Zur Verteidigung seiner Freiheit und Selbständigkeit, für die Unversehrtheit seines territorialen Besitzstandes hat Deutschland die Waffen ergriffen. Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker.

Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.

Der Reichstag weist auch alle Pläne ab, die auf eine wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen.

Die Freiheit der Meere muß sichergestellt werden.

Nur der Wirtschaftsfriede wird einem freundschaftlichen Zusammenleben der Völker den Boden bereiten.

Der Reichstag wird die Schaffung internationaler Rechtsorganisationen tatkräftig fördern.

Solange jedoch die feindlichen Regierungen auf einen solchen Frieden nicht eingehen, solange sie Deutschland und seine Verbündeten mit Eroberung und Vergewaltigung bedrohen, wird das deutsche Volk wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist.

In seiner Einigkeit ist das deutsche Volk unüberwindlich. Der Reichstag weiß sich darin einig mit den Männern, die in heldenhaftem Kampfe das Vaterland schützen. Der unvergängliche Dank des ganzen Volkes ist ihnen sicher.

Aus: Gunther Mai, Das Ende des Kaiserreichs, S. 209f.

Die Reichstagsmehrheit war seitdem zweifellos ein Machtfaktor in der deutschen Politik geworden, der nicht zuletzt zum Sturz des zaudernden Reichskanzlers Bethmann Hollweg beitrug. Doch in den wesentlichen Fragen konnten sich die ja weiterhin zur Unterstützung der deutschen Kriegspolitik bereiten Mehrheitsparteien gegen die OHL lange nicht durchsetzen. Erst als den Militärs im Spätsommer 1918 deutlich wurde, dass der Krieg verloren zu gehen drohte, machten sie den Weg frei für eine Parlamentarisierung der Regierung, wie sie schließlich mit den sogenannten Oktoberreformen umgesetzt wurde. Unter dem neuen Reichskanzler Max v. Baden zogen nun Vertreter der Mehrheitsparteien des Reichstages als Minister in die Regierung ein, und es wurden Verfassungsänderungen auf den Weg gebracht, die Deutschland de jure in eine parlamentarische Monarchie umwandelten. Der Krieg allerdings war immer noch nicht zu Ende, der Kaiser blieb im Amt

und die Militärherrschaft unangetastet. Diese Reformen gingen nicht nur dem amerikanischen Präsidenten Wilson nicht weit genug, der nur mit einer demokratisch legitimierten Regierung verhandeln wollte. Auch in der Bevölkerung trat der Wunsch nach einem sofortigen Kriegsende und einem grundsätzlicheren politischen Wandel immer deutlicher hervor.

Spaltung der SPD und Basisrevolutionierung

Eine wesentliche Folge der Burgfriedenspolitik war die Spaltung der SPD. Dabei ging es im Kern noch nicht um den später hervortretenden Konflikt zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, sondern vor allem um Auseinandersetzungen innerhalb der Sozialdemokratie. Obwohl eine keineswegs unbedeutende Minderheit in der SPD die politische Unterstützung der Kriegspolitik des Reiches von Anfang an kritisch betrachtet hatte, war der Burgfrieden erst einmal auch in die Partei hinein verlängert worden. Selbst der profilierteste Antimilitarist in der SPD-Reichstagsfraktion, Karl Liebknecht, hatte sich am 4. August 1914 der Parteidisziplin gefügt und den Kriegskrediten zugestimmt. Der Partei- und Fraktionsvorsitzende Hugo Haase trug sogar die Erklärung zur Kriegskreditbewilligung im Reichstag vor, obwohl er in der Fraktion dagegen gestimmt hatte. Doch als offensive Kriegsziele nicht nur der politischen Rechten, sondern auch der deutschen Regierung immer deutlicher hervortraten, wurde der Ruf nach einer selbstständigen Politik der SPD bald immer lauter. Ab Dezember 1914 stimmte Liebknecht, etwas später gefolgt von Otto Rühle, im Reichstag gegen weitere Kriegskredite, und im Frühjahr 1915 traten die Gegner der Burgfriedenspolitik auch publizistisch in der Öffentlichkeit hervor. Dabei handelte es sich keineswegs nur um die radikale, von Liebknecht und Rosa Luxemburg angeführte "Gruppe Internationale", aus der der Spartakusbund als Keimzelle der KPD hervorging. Die Kritiker der sozialdemokratischen Kriegspolitik umfassten vielmehr ein breites Spektrum parteipolitischer Richtungen, zu denen auch erklärte Revisionisten wie Eduard Bernstein zählten, der im Juni 1915 zusammen mit Haase und dem Parteitheoretiker Karl Kautsky in dem berühmten Aufruf "Das Gebot der Stunde" für eine Abkehr von der Kriegsunterstützung warb. Alle diese Kräfte sahen in der Burgfriedenspolitik eine Aufgabe grundsätzlicher Positionen der Sozialdemokratie, die möglichst schnell revidiert werden sollte.

Grundlinien der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (April 1917)

Die Opposition der sozialdemokratischen Parteien Deutschlands will im Interesse der Arbeiterklasse eine unabhängige und selbständige Politik betreiben, geleitet von den Grundsätzen und Forderungen des Parteiprogramms, der Parteitagsbeschlüsse und der Beschlüsse der internationalen Kongresse.

Sie steht in grundsätzlicher Opposition zum herrschenden Regierungssystem, zur Kriegspolitik der Reichsregierung und zu der vom Parteivorstand im Regierungsfahrwasser geführten Politik der nominellen Partei. Zur Unterscheidung von dieser Partei führt die Organisation der Opposition den Namen: Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands. Programm und Organisation der Partei sind nach den im Kriege neu gewonnenen Erkenntnissen auszugestalten, was in vollem Umfange erst möglich ist, wenn die im Heeresdienst stehenden Genossen zurückgekehrt und die Grundlagen in freier Aussprache wiederhergestellt sind. Wie das Programm für die Politik, so bildet bis dahin für die Organisation der Opposition das Organisationsstatut der sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Grundlage. Die Parteigenossen sind verpflichtet, es in demokratischem Geiste anzuwenden und besonders danach zu trachten, allen wichtigen Entscheidungen eine demokratische Grundlage zu geben. Nachdem der Vorstand den Kriegszustand zu gewaltsamen Entrechtung der oppositionellen Parteimitglieder ausgenutzt und sie widerrechtlich aus der Partei ausgestoßen hat, schließt sich die Opposition zu einer selbständigen Organisation zusammen.

Aus: Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellungen, Bd. 8. S. 434f.

Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie

Die Szene hat gründlich gewechselt. Der Marsch in sechs Wochen nach Paris hat sich zu einem Welt drama ausgewachsen; die Massenschlächtere i ist zum ermüdend eintönigen Tagesgeschäft geworden, ohne die Lösung vorwärts oder rückwärts zu bringen. Die bürgerliche Staatskunst sitzt in der Klemme, im eigenen Eisen gefangen; die Geister, die man rief, kann man nicht mehr bannen.

Vorbei ist der Rausch. Vorbei der patriotische Lärm in den Straßen, die Jagd auf Goldautomobile, die einander jagenden falschen Telegramme, die mit Cholerabazillen vergifteten Brunnen, die auf jeder Eisenbahnbrücke Berlins bombenwerfenden russischen Studenten, die über Nürnberg fliegenden Franzosen, die Straßenexzesse des spionenwitternden Publikums, das wogende Menschengedränge in den Konditoreien, wo ohrenbetäubende Musik und patriotische Gesänge die höchsten Wellen schlugen; ganze Stadtbevölkerungen in Pöbel verwandelt, bereit, zu denunzieren, Frauen zu mißhandeln, Hurra zu schreien und sich selbst durch wilde Gerüchte ins Delirium zu steigern; eine Ritualmordatmosphäre, eine Kischinjow-Luft, in der der Schutzmann an der Straßenecke der einzige Repräsentant der Menschenwürde war.

Die Regie ist aus. Die deutschen Gelehrten, die "wankenden Lemuren", sind längst zurückgepfiffen. Die Reservistenzüge werden nicht mehr vom lauten Jubel der nachstürzenden Jungfrauen begleitet, sie grüßen nicht mehr das Volk aus den Wagenfenstern mit freudigem Lächeln; sie trotten still, ihren Karton in der Hand, durch die Straßen, in denen das Publikum mit verdrießlichen Gesichtern dem Tagesgeschäft nachgeht.

In der nüchternen Atmosphäre des bleichen Tages tönt ein anderer Chorus: der heisere Schrei der Geier und Hyänen des Schlachtfeldes. Zehntausend Zeltbahnen garantiert vorschriftsmäßig! 100.000 Kilo Speck, Kakaopulver, Kaffee-Ersatz, nur per Kasse, sofort lieferbar! Granaten, Drehbänke, Patronentaschen, Heiratsvermittlung für Witwen der Gefallenen, Ledergurte, Vermittlung von Heereslieferungen – nur ernst gemeinte Offerten! Das im August, im September verladene und patriotisch angehauchte Kanonenfutter verwest in Belgien, in den Vogesen, in den Masuren in Totenäckern, auf denen der Profit mächtig in die Halme schießt. Es gilt, rasch die Ernte in die Scheunen zu bringen. Über den Ozean strecken sich tausend gierige Hände, um mitzuraffen.

Das Geschäft gedeiht auf Trümmern. Städte werden zu Schutthaufen, Dörfer zu Friedhöfen, Länder zu Wüsteneien, Bevölkerungen zu Bettlerhaufen, Kirchen zu Pferdeställen; Völker recht, Staatsverträge, Bündnisse, heiligste Worte, höchste Autoritäten in Fetzen zerrissen; jeder Souverän von Gottes Gnaden den Vetter von der Gegenseite als Trottel und wortbrüchigen Wicht, jeder Diplomat den Kollegen von der anderen Partei als abgefeimten Schurken, jede Regierung die andere als Verhängnis des eigenen Volkes der allgemeinen Verachtung preisgebend; und Hungertumulte in Venetien, in Lissabon, in Moskau, in Singapur, und Pest in Rußland, und Elend und Verzweiflung überall.

Geschändet, entehrt, im Blute watend, von Schmutz triefend – so steht die bürgerliche Gesellschaft da, so ist sie. Nicht wenn sie, gelect und sittsam, Kultur, Philosophie und Ethik, Ordnung, Frieden und Rechtsstaat mimt – als reißende Bestie, als Hexensabbat der Anarchie, als Pesthauch für Kultur und Menschheit –, so zeigt sie sich in ihrer wahren, nackten Gestalt.

Mitten in diesem Hexensabbat vollzog sich eine weltgeschichtliche Katastrophe: die Kapitulation der internationalen Sozialdemokratie. Sich darüber zu täuschen, sie zu verschleiern, wäre das Törichtste, das Verhängnisvollste, was dem Proletariat passieren könnte. "... der Demokrat" (das heißt der revolutionäre Kleinbürger), sagt Marx, "geht ebenso makellos aus der schmachlichsten Niederlage heraus, wie er unschuldig in sie hineingegangen ist, mit der neugewonnenen Überzeugung, daß er siegen muß, nicht daß er selbst und seine Partei den alten Standpunkt aufzugeben, sondern umgekehrt, daß die Verhältnisse ihm entgegen zureifen haben." Das moderne Proletariat geht anders aus geschichtlichen Proben hervor. Gigantisch wie seine Aufgaben sind auch seine Irrtümer. Kein vorgezeichnetes, ein für allemal gültiges Schema, kein unfehlbarer Führer zeigt ihm die Pfade, die es

zu wandeln hat. Die geschichtliche Erfahrung ist seine einzige Lehrmeisterin, sein Dornenweg der Selbstbefreiung ist nicht bloß mit unermeßlichen Leiden, sondern auch mit unzähligen Irrtümern gepflastert. Das Ziel seiner Reise, seine Befreiung hängt davon ab, ob das Proletariat versteht, aus den eigenen Irrtümern zu lernen. Selbstkritik, rückwärtslose, grausame, bis auf den Grund der Dinge gehende Selbstkritik ist Lebensluft und Lebenslicht der proletarischen Bewegung. Der Fall des sozialistischen Proletariats im gegenwärtigen Weltkrieg ist beispiellos, ist ein Unglück für die Menschheit. Verloren wäre der Sozialismus nur dann, wenn das internationale Proletariat die Tiefe dieses Falls nicht ermessen, aus ihm nicht lernen wollte. [...]

Auszug aus: Rosa Luxemburg: Die Krise der Sozialdemokratie [Die "Junius"-Broschüre] (1916)



Die gemäßigteren Kräfte in der Opposition setzten allerdings erst einmal darauf, um Mehrheiten in der Partei zu werben. Doch das Bestreben, ihre Positionen auch öffentlich zum Ausdruck bringen zu können, wurde von der um Integration in den nationalen Konsens bemühten Mehrheit in der Parteiführung massiv unterdrückt. Im Dezember 1915 stimmten daraufhin neben Liebknecht und Rühle weitere 18 SPD-Abgeordnete gegen neue Kriegskredite – in der Fraktion hatten zuvor sogar 44 von 110 Mitgliedern gegen die Bewilligung gestimmt. Als die Minderheit drei Monate später ohne weitere Vorankündigung auch einen Notetat ablehnte, wurden sie aus der SPD-Fraktion ausgeschlossen und gründeten die "Sozialistische Arbeitsgemeinschaft" (SAG), die von nun an auf

parlamentarischer Bühne vehement die Kriegspolitik des Reiches kritisierte. Und der Konflikt zwischen Vertretern und Gegnern der Burgfriedenspolitik blieb nicht auf den Reichstag beschränkt, er trat auch in den Partei- und Gewerkschaftsorganisationen immer schroffer hervor. Ostern 1917 schließlich spaltete sich auch die SPD, als die kriegskritische Minderheit einen gemeinsamen Kongress veranstaltete, aus der Partei ausgeschlossen wurde und daraufhin die "Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands" (USPD) gründete. In ihr fanden sich unter der Führung von Hugo Haase gemäßigte und radikale sozialdemokratische Kräfte unter Einschluss der Spartakisten zusammen, deren verbindendes Element trotz aller Unterschiede nicht nur in der Ablehnung des Krieges, sondern auch des kriegführenden Staates lag. Die neue Partei entwickelte so, nicht zuletzt unter dem Eindruck der russischen Revolution und einer wachsenden, sich in großen Streikbewegungen entladenden Unzufriedenheit der Arbeiterschaft, zunehmend eine revolutionäre Perspektive, wie sie im November 1918 schließlich geschichtsmächtig wurde.

Ausgewählte Literatur:

Udo Bermbach, Vorformen parlamentarischer Kabinettsbildung im Deutschen Kaiserreich. Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18 und die Parlamentarisierung der Reichsregierung, Köln u. Opladen 1967.

Heinz Hagenlücke, Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreiches, Düsseldorf 1997.

Karl-Heinz Janßen, Der Kanzler und der General. Die Führungskrise um Bethmann Hollweg und Falkenhayn (1914-1916), Göttingen 1967.

Konrad H. Jarausch, The Enigmatic Chancellor. Bethmann Hollweg and the Hybris of Imperial Germany, New Haven u. London 1973.

Martin Kitchen, The Silent Dictatorship. The Politics of the German High Commandt unter Hindenburg and Ludendorff 1916-1918, London 1976.

Susanne Miller, Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg, Düsseldorf 1974.

Torsten Oppeland, Reichstag und Außenpolitik im Ersten Weltkrieg. Die deutschen Parteien und die Politik der USA 1914-1918, Düsseldorf 1995.

Eugen Prager, Geschichte der USPD. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschland, Glashütten i. Ts. 1978 (zuerst 1921).

R. Schiffers, Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915-1918. Formen und Bereiche der Kooperation zwischen Parlament und Regierung, Düsseldorf 1979.

Klaus Schwabe, Wissenschaft und Kriegsmoral. Die deutschen Hochschullehrer und die politischen Grundfragen des Ersten Weltkrieges, Göttingen 1969.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Strategien und Waffen im industrialisierten Krieg

Von Dr. Bernd Ulrich

6.5.2013

Dr. Bernd Ulrich, geb. 1956, ist selbstständiger Historiker und als Publizist, (Rundfunk-) Autor und Kurator tätig. Eine Übersicht seiner Arbeiten bietet: www.berndulrich.com (<http://www.berndulrich.com>).

"Feuerwalze" und "Trommelfeuer" stehen als Begriffe sinnbildlich für die neue, industrialisierte Kriegsführung im Ersten Weltkrieg. Dazu kamen Flammenwerfer und Giftgas. Der Mensch griff nicht mehr nur den Menschen an, sondern auch seine direkte Umwelt. Vor allem das Gas gab dem Krieg eine brutale, völlig neue Qualität.

Am 3. Dezember 1914 notierte der Schriftsteller und Anarchist Erich Mühsam in seinem Tagebuch: "Die Österreicher in Galizien und den Karpathen in Bedrängnis, die Deutschen in Polen in zuversichtlicher Position, in Frankreich alles beim Alten: Entscheidungslose Blutströme." Mühsam konnte nicht ahnen, in welchem Ausmaß sein Wort von den "entscheidungslosen Blutströmen" nicht allein die Phase des Bewegungskrieges, sondern auch die noch kommenden Jahre der Materialschlachten charakterisieren würde. Um sie vor allem soll es im Folgenden gehen.

Vom Bewegungs- zum Stellungskrieg

Tatsächlich wurde kurz vor Mühsams Tagebucheintrag Mitte November 1914 die enorm verlustreiche erste Flandernschlacht abgebrochen, nachdem bereits im September an der Marne ("Wunder an der Marne") das Scheitern des deutschen Operationsplans offenbar geworden war. Dies geschah weitgehend unbemerkt von der deutschen Öffentlichkeit. Angesichts der Kriegsentwicklung an der Ostfront, vor allem aber aufgrund des spürbaren Munitionsmangels, der völligen Erschöpfung der Fronttruppe und des überraschend früh einsetzenden Winters, ordnete die 2. Oberste Heeresleitung (OHL) unter Erich von Falkenhayn auf Befehl des Kaisers mit Ende November 1914 das vorläufige Ende der Offensive an. Der Vorgänger von Falkenhayns, Helmuth von Moltke (der Jüngere), hatte nach der Niederlage an der Marne einen "Nervenzusammenbruch" erlitten und war faktisch seit dem 14. September außer Dienst.

In seinen "Allgemeinen Bemerkungen" über den nun umfassend einsetzenden Stellungskrieg (vom 25.11.1914) befahl v. Falkenhayn, was auch die britischen und französischen Kommandeure anordneten, nämlich "die gewonnene Linie unbedingt zu halten". Die militärische Führung wies die Truppe überdies darauf hin, dass "zunächst die vordersten Linien mit allen Mitteln weiter zu befestigen" seien sowie - gegen den Widerstand vieler im Geiste der Offensive erzogenen Offiziere - "gleichzeitig" den "Ausbau rückwärtiger Stellungen" zu betreiben, um eventuell durchbrechende Angriffe des Feindes aufzuhalten. Dennoch betrachtete die militärische Führung zu diesem Zeitpunkt den Bau von Schützengräben als bloß vorläufig und sprach ihm "für die nächste Zeit den Charakter von Gefechtswinterquartieren" zu. "Es wird aber auch hier wiederholt", heißt es abschließend in den "Allgemeinen Bemerkungen" zum Stellungskrieg, "daß in diesen Winterquartieren der Wille, vorwärts zu kommen, unter keinen Umständen einschlafen darf".

Zwar standen zum Jahreswechsel 1914/15 die deutschen Truppen im Osten – wo große, aber nicht kriegsentscheidende Siege zu verzeichnen waren – und im Westen auf "Feindesland". Aber von nun

an beherrschte der Stellungskrieg vor allem an der deutschen Westfront das Geschehen, während er an der Ostfront erst nach einer längeren Phase des Bewegungskrieges begann und auch dann immer wieder von raumgreifenden Offensiven unterbrochen wurde.

Aus dem Feldpostbrief eines Infanteristen über die Schlacht bei Verdun am 2.7.1916:

"In der Stellung angekommen legten wir uns todmüde in Granatlöcher - von Schützengräben oder gar Unterständen keine Rede;
das Gebiet war ja erst vor zwei Tagen erstürmt, dort lagen wir vier Tage lang zuerst ganz naß und 1/2 Meter tief im Dreck - ein Trommelfeuer ging auf uns los, dass es einem von einem Loch ins andere riß; die Schmerzensrufe und das Gestöhne der Verwundeten die elend zu Grunde gehen müssen; [...] - an ein Zurücktragen ist nicht zu denken. Tag und Nacht Granatfeuer - oft daß es in der Sekunde 10-20 Geschosse heranhagelte, uns verschüttete und wieder aufgrub. Unser Leutnant hat geweint wie ein Kind; ja wie sie da lagen, ein Fuß weg - Arme weg, ganz zerfetzt. Gott, das war furchtbar. [...] Ihr könnt Euch keine Vorstellung von diesem Schrecken machen und niemand, ders nicht mitgemacht. [...]"

Aus: Bernd Ulrich und Benjamin Ziemann (Hg.), Frontalltag im Ersten Weltkrieg. Ein Historisches Lesebuch, Essen 2008, S. 64.

Im Westen änderte sich hingegen bis zum Frühjahr 1918 an der rund 700 Kilometer langen, zwischen Schweizer Grenze und belgischer Nordseeküste verlaufenden Front kaum etwas. Fünfzig bis zu achthundert Meter betrug im Allgemeinen die Entfernung zwischen den feindlichen Gräben, die mit zunehmender Dauer des Krieges zu ganzen Grabensystemen ausgebaut werden sollten und nach hinten durch Auffangstellungen, Versorgungs- und Ruhezonen ergänzt wurden, um schließlich in das Etappengebiet überzugehen. Angriff und Gegenangriff bestimmten an einigen Frontabschnitten die Tage. Ganze Divisionen, so die bald dem industriellen Abnutzungskrieg angepasste Sprachregelung, "brannten" um kleinerer Geländegewinne willen "bis zur Schlacke aus". Die Westfront wurde zum Inbegriff des Weltkriegs. Die damit verbundenen Erfahrungen der Überlebenden prägten ihren Alltag und ihre Erinnerungen über den Krieg hinaus.

Trommelfeuer und "Feuerwalze"



Französisches 400mm-Artilleriegeschütz in der Schlacht an der Somme, Juni 1916. (© picture-alliance, Mary Evans Picture Library)

Für die militärische Führung galt es indessen als unabdingbar, den Krieg an ausgesuchten Abschnitten wieder in Bewegung bringen zu müssen, um einen Durchbruch durch das feindliche, untereinander verbundene Grabensystem und damit Raumgewinne zu erzielen. Der vermehrt angewandte Dauerbeschuss mit Granaten aller Kaliber (Trommelfeuer) und der anschließende Infanterieangriff galten als probates Mittel. Sie sind bis heute der Inbegriff des von industriellen und menschlichen Ressourcen abhängigen Materialkrieges. Schon im Jahr 1915, mit Beginn der Winterschlacht in der Champagne, begann dieses Angriffsverfahren Realität zu werden. Vor allem aber verbindet es sich mit den Schlachten um Verdun (Februar bis Dezember 1916), an der Somme (Juli bis Dezember 1916) und mit der dritten Flandernschlacht (Juli bis November 1917). Nach mitunter monatelanger logistischer Vorbereitung – Anlegen von Munitionslagern, Bau von Anfahrtswegen für den Munitionstransport und die Geschütze, möglichst unbemerkte Massierung von Truppen – begann das Trommelfeuer, das zunächst Stunden, schließlich tagelang mit wechselnden Geschützen und Bedienungsmannschaften anhalten konnte.

In dem mit rund 3.000 Geschützen durchgeführten, zehntägigen Trommelfeuer der 3. Flandernschlacht verschoss die Artillerie ca. vier Millionen Granaten. Vor diesem Hintergrund ist es kein Wunder, dass in den Phasen der Materialschlachten Artilleriegeschosse und die durch sie verursachte Splitterwirkung für bis zu 80 Prozent aller oft tödlichen Wunden verantwortlich waren. Freilich blieben die angesichts solchen Materialaufwandes kurz darauf unter hohen Verlusten errungenen Raumgewinne minimal und gingen oft schnell wieder verloren. Bereits ein oder zwei intakte, gut getarnte und geschützte Maschinengewehrnester konnten ganze Regimenter aufhalten oder vernichten.



1917: Deutsche Soldaten üben bei Sedan den Umgang mit Flammenwerfen. (© picture-alliance/akg)

Eine besondere Weiterentwicklung der Angriffstaktik stellte die eingesetzte "Feuerwalze" dar, die bereits Ende 1914 eingeübt und dann in den großen Materialschlachten des Jahres 1915 immer mehr verfeinert worden war und 1916 auch an der Ostfront zum Einsatz kam: Der Artilleriebeschuss wurde dabei in zeitlich genau festgelegten Abständen räumlich vorgeschoben, während gleichzeitig die Infanterie hinter dieser Feuerwand vorrückend an die feindlichen Gräben herangeführt wurde, um sie zu erobern. Doch brachte dieses Vorgehen ebenso wenig den erhofften durchschlagenden Erfolg wie unterirdische Minensprengungen. Dabei wurden Stollen unter die feindlichen Gräben vorangetrieben, mit Sprengstoff gefüllt und kurz vor einem geplanten Angriff in die Luft gejagt. Zurück blieben riesige Sprengtrichter, und, sofern die Erdarbeiten nicht zuvor erkannt worden waren, eine große Zahl von Toten und Verletzten. Flammenwerfer waren schon vor dem Krieg von einem Berliner Ingenieur und Feuerwehrmann entwickelt und in größerer Zahl erstmals in der Schlacht um Verdun eingesetzt worden. Sie sollten der Überwindung feindlicher Stellungen ebenso dienen wie der Einsatz von Giftgas.

Schilderung eines typischen Sturmangriffs des Jahres 1915 aus dem dokumentarischen Roman "Heeresbericht" von Edlef Köppen

Die französische Infanterie rückt hinter einer Feuerwalze ihrer Artillerie auf deutsche Stellungen in der Nähe der französischen Ortschaft Loos (im Artois) vor, das sich während der Herbstschlacht ab 22. September 1915 zeitweilig im Zentrum der Kämpfe befand.

Nach Abbruch der Offensive ohne größere Geländegewinne waren auf Seiten der Angreifer rund 170.000 Tote, Verwundete und Vermisste zu verzeichnen, auf Seiten der ihre Stellungen haltenden Deutschen über 50.000 Tote, Verwundete und Vermisste.

Der Protagonist des Romans heißt Adolf Reisiger, ist Student und Kriegsfreiwilliger und dient – wie Edlef Köppen selbst – vier Jahre lang in einem Feldartillerieregiment, zunächst als einfacher Kanonier und schließlich als Leutnant der Reserve. In der folgenden Szene ist er als Artilleriebeobachter der Infanterie im vordersten Graben zugeteilt und beobachtet das Geschehen:

"Das feindliche Feuer verdichtete sich. Die Schüsse trommelten auf den Graben. Die Einschläge drängten sich zum unaufhörlichen Donner zusammen. Der Kalk flog hoch, Bretter, Baumstämme wurden gegen den Himmel geschleudert.

Neben Reisiger standen fünf Infanterieposten, reglos, Gewehr im Anschlag. Sie rückten plötzlich zusammen. Eine Gruppe erschien im Laufschrift vom Tunnel her. Ein Maschinengewehr wurde in Stellung gebracht. Die Bedienung zwängte sich zwischen den Stämmen der Barrikade hindurch, wühlte schwarzen Dreck nach hinten, schob das M.G. an die Mulde.

(...)

Plötzlich wurde die brüllende Rauchwalze (des gegnerischen Trommelfeuers) vom Graben abgehoben. Der Feind zog sie zurück bis an die eigene Stellung.

Im gleichen Augenblick sprang ein Feldwebel auf Reisiger los: 'Der Feind greift an. Artillerie Schnellfeuer!'

(...) Reisiger nahm automatisch das Telephon, wiederholte die Worte des Feldwebels. Als er den Hörer auflegte, hackten schon überall wie bissige Hunde die Aufschläge der eigenen Batterien in die Rauchwalze des Feindes.

(...) Die Rauchwalze begann zu wandern, rückte wieder auf den deutschen Graben vor.

Und jedesmal, wenn sie aufsprang, sah Reisiger hinter ihr laufende Menschen. Der Feind! Das ist der Feind!

Er drängte sich gegen die M.G.-Besatzung: 'Da – Franzosen!' - Die Antwort, verbissen: 'Rankommen lassen ...'. (...)

Wie der letzte Rauch sich vom Boden gelöst hat, steht und liegt und kniet und kriecht und läuft und springt, graue lebendige Masse, der Feind. Und stürmt, Handgranaten hochgeschwungen, das Bajonett gereckt, gegen den Graben vor.

Da kläfft das Maschinengewehr neben Reisiger los. Da prasselt neben ihm Schnellfeuer aller Gewehre. Herrgott, was geschieht! Dutzende von Franzosen werfen die Arme hoch und fallen rücklings zur Erde. Aber andere Dutzende dicht geballt drängen weiter vorwärts. (...)

Am Maschinengewehr schreit man durcheinander. Reisiger begreift kein Wort. Manchmal lachen die Schützen, der Gewehrführer (des Maschinengewehrs) zeigt ein neues Ziel, eine triumphiert: 'Die Aasbande steht nicht wieder auf'.

Doch, doch, die Franzosen sind ja schon im Graben!

Reisiger sieht, wie fünf von ihnen (...) über die Brustwehr springen.

(...) Um eine Brustwehr streicht ein französischer Offizier. Die aufgerissenen Augen! Der aufgerissene Mund! Da stürzt sich ein Deutscher auf ihn. Der Offizier dreht den Gewehrkolben hoch. Ehe er zuschlagen konnte, packt der Deutsche einen kurzen Spaten, haut: mit gespaltenem Kopf rollt der Franzose nach hinten.

Zwischen den Gräben tanzt das deutsche Artilleriefeuer. Aber dort ist kein Feind mehr. Dort werden nur die Toten zum zweitenmal getötet, in die Luft geschleudert, zerquetscht. (...)

Als Reisiger abgelöst wurde, hörte er, daß die Kompagnie vor seinem Abschnitt wenig Verluste hat. 'Nur elf Tote.' (...)

Aber er hatte den ersten von diesen elf Mann angesehen. Das war ein älterer Soldat mit einem Vollbart, auf der rechten Hand einen Trauring.

Das begriff Reisiger nicht."

Aus: Edlef Köppen, Heeresbericht. Mit einem Nachwort von Michael Gollbach, Reinbek bei Hamburg 1979, S. 79 – 81.

"Gas!"



Die neuen technischen Möglichkeiten veränderten den Krieg massiv: Zwei deutsche Soldaten mit Maschinengewehr und Gasmasken im Stellungskrieg, 1918. (© picture-alliance/akg)

Der erste große Gaseinsatz erfolgte am 22. April 1915 bei Ypern durch deutsche Truppen. Am Morgen dieses Tages setzte das deutsche Trommelfeuer ein. Es konzentrierte sich auf ein Gebiet in Westflandern, nördlich der belgischen Stadt Ypern. Erst am späteren Nachmittag ließ das Feuer allmählich nach, sicheres Zeichen für die hier liegenden französischen und algerischen Soldaten, dass der deutsche Angriff unmittelbar bevorstand. Aber statt deutscher Infanteristen wurde gegen achtzehn Uhr eine gelbgrüne Wolke sichtbar. In einer Breite von fast sechs Kilometern bewegte sie sich langsam, aber stetig mit dem Wind auf die französischen Gräben zu. Es handelte sich um Chlorgas, abgelassen aus über 5.000 Stahlflaschen, die ein spezielles Gasbataillon Tage zuvor eingegraben hatte. Ersonnen worden war dieser erste große Giftgaseinsatz von Fritz Haber, Direktor des Kaiser-Wilhelm-Institutes für Physikalische Chemie in Berlin. Das von ihm empfohlene Gas verätzte die Luftröhre und Lunge. Es war ein Gefühl, so ein Überlebender, als "kotzte man seine Lunge stückweise aus". Eine Wirkung, die durch Beimischung von Phosgen noch verstärkt werden konnte. Fast 1.200 alliierte Soldaten starben an diesem Tag daran, 3.000 Männer überleben und bleiben mitunter ihr Leben lang geschädigt.

Man muss nicht so weit gehen wie der Kulturphilosoph Peter Sloterdijk, der kürzlich den 22. April 1915 ein "Zentraldatum der jüngeren Weltgeschichte" nannte. "Mit dem Ereignis von Ypern" sei "der Terrorismus als Element des staatlichen Normalkrieges eingeführt worden", weil "sich die Umstellung vom direkten Angriff auf den Feind zum Angriff auf die Umwelt des Feindes, auf seine Atemluft" vollzogen hatte. Kriegsentscheidend war die am 22. April 1915 beginnende chemische Kriegführung jedenfalls nicht. Geschätzte 90.000 Tote auf allen Seiten durch etwa 115.000 Tonnen abgelassene oder verschossene Giftgase waren in der nach Millionen zählenden Todesbilanz vernachlässigbar. Aber die so unheimliche wie demoralisierende Wirkung der Gase verdeutlichte mehr als andere Waffen den radikal neuen Charakter des Maschinenkrieges, der Menschen zu Ungeziefer degradierte.

Die starke Abhängigkeit von der Windrichtung und die mögliche Gefährdung eigener Truppen lenkte das militärische Interesse bald auf die Entwicklung gasgefüllter Artilleriemunition - und immer gefährlichere Gifte. Die sogenannten "Grünkreuz"-Gase etwa waren als Lungengifte für etwa 80

Prozent aller tödlichen Gasverletzungen verantwortlich. Von der deutschen Armee wurden im Juli 1917 zudem erstmals "Blaukreuz"-Kampfgase verschossen. Diese Gifte - im Militärjargon auch "Maskenbrecher" genannt - durchdrangen die damals üblichen Gasmaskenfilter, reizten Augen, Nase und Mundschleimhaut und erzwangen das Abreißen der Gasmaske. Unmittelbar darauf wurde dann ein todbringendes Gas verschossen, das sogenannte "Buntschießen".

"Dulce et decorum est": eines der herausragenden Werke des bekannten Kriegslыrikers Wilfried Owen in seiner Urfassung von 1917

Wilfried Owen (1893 – 1918) gehört zu den bekanntesten Kriegslыrikern des Ersten Weltkriegs. In dem 1917 entstandenen Gedicht "Dulce et decorum est" konterkariert Owen in lyrisch-sarkastischer Sprache die damals in allen Nationen bekannte Sentenz des römischen Dichters Horaz (65 v. Chr. – 8 v. Chr.) aus seiner zweiten Römer-Ode (Dulce et decorum est pro patria mori), indem er einen Gasangriff an der Westfront und dessen Folgen beschreibt. Die letzte Strophe lautet:

"If in some smothering dreams you too could pace

Behind the wagon that we flung him in,

And watch the white eyes writhing in his face,

His hanging face, like a devil's sick of sin;

If you could hear, at every jolt, the blood

Come gargling from the froth-corrupted lungs,

Obscene as cancer, bitter as the cud

Of vile, incurable sores on innocent tongues,--

My friend, you would not tell with such high zest

To children ardent for some desperate glory,

The old Lie: Dulce et decorum est

Pro patria mori."

"Wenn auch Du in einem Deiner erstickenden Träume

hinter dem Karren gehen könntest, in den wir ihn geworfen haben

und die weißen Augen anschaut, die in seinem Gesicht zucken,

seinem hängenden Gesicht, das dem eines sündemüden Teufels gleicht;

wenn Du ihn hören könntest, wie bei jedem Stoß das Blut

gurgelnd aus seinen schaumverdorbenen Lungen kommt

obszön wie Krebs, bitter wie Galle,

unheilbar, infame Übel auf unschuldigen Zungen, --
Mein Freund, Du würdest nicht mit so viel Begeisterung
den nach verzweifelterm Ruhm gierigen Kindern
die alte Lüge zurufen: Dulce et decorum est
Pro patria mori.“

Übersetzung B. Ulrich

Das Gedicht und weitere Informationen unter: <http://www.oucs.ox.ac.uk/ww1lit/education/tutorials/manuscript/owen/backgrnd.html> (<http://www.oucs.ox.ac.uk/ww1lit/education/tutorials/manuscript/owen/backgrnd.html>), und <http://www.warpoetry.co.uk/owen1.html> (und: <http://www.warpoetry.co.uk/owen1.html>)

Neue Kampfverfahren



Gefallene britische Soldaten an der Westfront, undatierte Aufnahme. (© picture-alliance/akg)

Am Ende waren es neue Kampf- und Schießverfahren, die auf deutscher Seite, erprobt bereits in der erfolgreichen 12. und letzten Isonzo-Schlacht (24.-27. Oktober 1917) an der österreichisch-italienischen Gebirgskriegsfront, vor allem in den letzten Offensiven ab März 1918 ("Michael") zu Anfangserfolgen führten. Ohne große - und daher immer auch verräterische - Vorbereitungen erfolgte auf zuvor ausgekundschaftete, schwach besetzte oder schlecht gesicherte feindliche Gräben und die dahinter positionierten feindlichen Geschütze ein so massiver wie kurzer Artillerieschlag. In dessen Schutz sammelten sich kleine, speziell ausgebildete und mit leichten Maschinengewehren, Granat- und Flammenwerfern, geballten Ladungen (z.B. mehrere aneinander gebundene Handgranaten) und

ersten Maschinenpistolen ausgerüstete Sturm- oder Stoßtrupps. Sie griffen sofort nach dem Ende des Artillerieüberfalls und unter Umgehung von noch intakten feindlichen MG-Stellungen an und "säuberten", das heißt, töteten die noch verbliebenen Grabenbesatzungen, die oft schon durch den massiven und überraschenden Artillerieschlag demoralisiert worden waren. In die dadurch geschaffene Lücke in der gegnerischen Front sollten dann 'normale' Infanterie- und Artillerieeinheiten "einsickern" und weiter vorstoßen.

Zunächst konnten mit diesem Verfahren überraschende Durchbrüche von bis zu 80 Kilometer Tiefe erzielt werden. Doch geländebedingte Nachschubprobleme, hohe Verluste und die immer stärker spürbare Überlegenheit der nun durch amerikanische Verbände gestärkten Alliierten besiegelten die absehbare Niederlage. Auch die ab Juli 1918 grassierende Grippe-Epidemie belastete die sowieso schon erschöpfte und ausgehungerte Truppe - Angriffsdivisionen hatten sich in eroberten alliierten Lebensmitteldepots regelrecht "festgefressen".

Der Arzt Ernst Simmel über "Kriegszitterer" und "Kriegsschüttler"

Der Arzt und Psychoanalytiker Ernst Simmel arbeitete während des Ersten Weltkriegs u.a. ab 1917 als Oberarzt im Festungslazaretts in Posen.

Auf dem V. Internationalen Psychoanalytischen Kongress in Budapest 1918 – an dem auch Sigmund Freud, in der Uniform eines österreichisch-ungarischen Militärarztes teilnahm – hielt er ein Korreferat über die "Psychoanalyse der Kriegsneurosen", in dem er erläuterte, wie er den bald im Volksmund "Kriegszitterern" oder "Kriegsschüttlern" genannten Soldaten durch Hypnose zu helfen versuchte. Dabei findet er auch erhellende Worte für die Gründe der Erkrankung:

"Man muß die Kriegsereignisse selbst oder ihre Rekapitulation in der (...) Hypnose miterlebt haben, um zu verstehen, welchen Anstürmen das Seelenleben eines Menschen ausgesetzt ist, der nach mehrfacher Verwundung wieder ins Feld muß, bei wichtigen Familienereignissen von den Seinen auf unabsehbare Zeit getrennt ist, sich unrettbar dem Mordungetüm eines Tanks oder einer sich heranwälzenden feindlichen Gaswelle ausgesetzt sieht, der durch Granattreffer verschüttet und verwundet, oft stunden- und tagelang unter blutigen, zerrissenen Freundesleichen liegt und nicht zuletzt der, dessen Selbstgefühl schwer verletzt ist durch ungerechte, grausame, selbst komplexbeherrschte Vorgesetzte, und der doch still sein, sich selbst stumm niederdrücken lassen muß von der Tatsache, daß er als einzelner nichts gilt und nur ein unwesentlicher Bestandteil der Masse ist."

Aus: Ernst Simmel, Psychoanalyse und ihre Anwendungen. Ausgewählte Schriften, Frankfurt a.M. 1993, S. 21-35, S. 23.

Dies verhinderte indessen nicht, dass aus den Stoßtruppsoldaten der letzten Monate nach dem Krieg jene "Siegfriednaturen" hervorgingen, die der Krieg angeblich nicht zu zerstören vermochte, die dem Materialkrieg als dessen "Bezwinger" getrotzt hatten. Bereits während des Krieges entstanden um den willensstarken, hochmotivierten, stahlhelmbewehrten Stoßtruppsoldaten ein eigener Mythos und eine eigene Ikonographie.

Die Alliierten setzten hingegen zunehmend auf Panzer (Tanks), die seit 1916 entwickelt und eingesetzt wurden. Sie waren zunächst noch gegenüber Flammenwerfern, Handgranaten sowie eigens entwickelten Geschützen und Tankgewehren hochgradig verwundbar und zugleich störungsanfällig. Doch konnten sie im Grabenkrieg bald Erfolge erzielen, weil sie Sperren niederwalzen, Gräben überwinden und Schutz für den Vormarsch zu bieten vermochten. Der strategisch entscheidende Durchbruch durch die deutsche Front am 8. August 1918 wurde mit Unterstützung von mehr als 400 Panzern erreicht.

Ausgewählte Literatur:

Tony Asworth, Trench Warfare 1914-1918. The Live and Let Live System, London 1980.

Jean-Jacques Becker, Gerd Krumeich, Der Große Krieg. Deutschland und Frankreich im Ersten Weltkrieg 1914-1918, Essen 2010.

Dies. (Hg.), "Keiner fühlt sich hier mehr als Mensch..." Erlebnis und Wirkung des Ersten Weltkriegs, Frankfurt a.M. 1996.

Christoph Jahr, Gewöhnliche Soldaten. Desertion und Deserteure im deutschen und britischen Heer 1914-1918, Göttingen 1998.

Eric J. Leed, No Man's Land. Combat and Identity in World War I, Cambridge u. New York 1979.

Jochen Oltmer (Hg.), Kriegsgefangene im Europa des Ersten Weltkriegs, Paderborn u.a. 2006.

Rolf Spilker, Bernd Ulrich (Hg.), Der Tod als Maschinist. Der industrialisierte Krieg 1914-1918, Bramsche 1998.

Hew Strachan, Der Erste Weltkrieg. Eine neue illustrierte Geschichte, München 2004.

Jacques Tardi, Jean-Pierre Verney, Elender Krieg, Bd. 1 1914-1915-1916, Zürich 2009; Bd.2 1917-1918-1919, Zürich 2010 (Comic).

Bernd Ulrich, Benjamin Ziemann (Hg.), Frontalltag im Ersten Weltkrieg. Ein Historisches Lesebuch, Essen 2008.

Dies. (Hg.), Krieg im Frieden. Die umkämpfte Erinnerung an den Ersten Weltkrieg, Frankfurt a.M. 1997.

Bernd Ulrich, Die Augenzeugen. Deutsche Feldpostbriefe in Kriegs- und Nachkriegszeit 1914 – 1933, Essen 1997.

Online abrufbar unter: <http://www.erster-weltkrieg.clio-online.de/default.aspx?tabid=40208182> (<http://www.erster-weltkrieg.clio-online.de/default.aspx?tabid=40208182>)

Benjamin Ziemann, Front und Heimat. Ländliche Kriegserfahrungen im südlichen Bayern 1914-1923, Essen 1997.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Soldatische Kriegserfahrungen im industrialisierten Krieg

Von Dr. Bernd Ulrich

6.5.2013

Dr. Bernd Ulrich, geb. 1956, ist selbstständiger Historiker und als Publizist, (Rundfunk-) Autor und Kurator tätig. Eine Übersicht seiner Arbeiten bietet: www.berndulrich.com (<http://www.berndulrich.com>).

Die Materialschlachten des Ersten Weltkriegs machten den einzelnen Soldaten zur Randnotiz der Geschichte. Gerade die hohen Verluste der Armeen in den Anfangsmonaten des Krieges zeigen, wie die Wirkung von moderner Artillerie und Maschinengewehren unterschätzt wurde. Im Stellungskrieg prägten dann Tod, Verwundung und seelischer Zusammenbruch den Alltag.

"Wenn es nur nicht immer das gleiche wäre", lässt Edlef Köppen den Protagonisten seines Romans "Heeresbericht" im inneren Monolog sagen. "Der Krieg ist zur Maschine geworden, zur automatischen Maschine. Infanterieangriff: Sperrfeuer. Artilleriekampf: Antwort. Und Antwort heißt: Verluste." Die gab es indessen schon in den ersten Wochen und Monaten, die für viele Soldaten und Offiziere noch ganz im Geiste eines frisch-fröhlichen Krieges begonnen hatten - jedenfalls bis zur Feuertaufe. Bereits diese Frühphase bestimmte, was dann mit Beginn des Stellungskrieges den Soldatenalltag der vordersten Linien beherrschte: Tod, Verwundung, seelischer Zusammenbruch - bei zunehmend schlechter Verpflegung und anhaltenden sozialen Missständen.

Die Verluste der ersten Monate



Ein deutscher Gefangener stützt britische Verwundete auf dem Weg nach Bernafay während der Somme-Schlacht, 19. Juli 1916. (© picture-alliance, Mary Evans Picture Library)

Bereits in den ersten drei Monaten des Bewegungskrieges waren immense Verluste durch Tod und Verwundung unter den beteiligten Armeen zu beklagen. So starben etwa im Verlauf der ersten Grenzschlachten zwischen dem 20. und 25. August 1914 allein auf französischer Seite rund 40.000 französische Soldaten, das heißt, durchschnittlich etwa 8.000 Männer pro Tag.

Während der folgenden Grenzschlachten zwischen August und November 1914 hatten insbesondere die angreifenden deutschen Divisionen Verluste, die an der Westfront im Durchschnitt selbst in den großen Materialschlachten des Jahres 1916 nicht zu verzeichnen waren. Im September 1914 beispielsweise kamen fast 17 Prozent der eingesetzten deutschen Soldaten zu Tode oder wurden verwundet, rund 260.000 Mann - eine barbarisch hohe Zahl, die noch an Bedeutung gewinnt, wenn man sich die durchschnittliche "Monatsquote im Westen" für die Jahre bis zum März/April 1918 vor Augen führt: Sie lag bei 3,5 Prozent. Erst während den letzten, zunächst erfolgreichen deutschen Offensiven ab dem 21. März 1918 und im Verlauf der Mitte Juli einsetzenden, die Niederlage besiegelnden Rückzugskämpfe im Westen schnellten die Verluste wieder massiv in die Höhen jener ersten Monate.

Feldpostbrief vom 18. November 1914 aus der Gegend um Dixmuiden (Belgien) über den Verlauf der Kampfpausen

Der Beginn des regulären Stellungskrieges ab Mitte November 1914 verstärkte die Desillusionierung vor allem jener Soldaten, die mit der Vorstellung eines frisch-fröhlichen, ritterlichen Krieges an die Front gezogen waren.

In einem Feldpostbrief vom 18. November 1914 aus der Gegend um Dixmuiden (Belgien), wo kurz zuvor von belgischen Soldaten die Seeschleusen geöffnet worden waren, heißt es über den Verlauf der Kampfpausen:

"Das Gutgehen besteht dann nämlich darin, dass es keinen Angriff über total verwässerte und durch Verwesungsgestank verpestete Wiesen zu machen gibt, dass man vielmehr geruhsam im Schützengraben liegen kann, in dem sich mehr oder weniger Stroh befindet, das noch nicht ganz

durchweicht ist. Oder die Höhe der Gefühle: Dass man ein oder zwei Tage Ruhe hat, die man in vollen Zügen genießt. Dann werden die quatschnassen Kleider, wenn nicht am Feuer, so doch am eigenen Leibe getrocknet, oder der Versuch dazu gemacht, sodass man jedenfalls, wenn es wieder in die Schützengräben geht, einigermaßen vorbereitet ist auf so und so langes Frieren.

Jetzt ist mal wieder schlimm, der Feind hat scheinbar die Dämme bei Dixmuiden durchstossen, sodass das Wasser lustig in die Schützengräben laufen kann. Es steht ca. 1/2 Meter hoch und kann noch beliebig steigen bis der Graben überläuft und man schwimmen kann. (...)

Nun am Kanal vor, wo wir ein paar Tage lang im Gefecht lagen, auch wieder einen nächtlichen Sturmangriff wagten, ohne jedoch Erfolg zu haben, vielmehr nur Verluste, grosse Verluste. Ich habe manchen Kameraden mit zur letzten Ruhe gebettet. Man stumpft aber auch dagegen allmählich ab. - Man ist ja froh, dass es einen noch nicht selber getroffen hat und man kann auch heilsfroh sein! Denn was haben die armen Verwundeten oftmals zu erdulden; wenn sie tagelang hilflos liegen, ohne Essen und Trinken, der Gefahr des Verblutens ausgesetzt."

Aus: Bernd Ulrich und Benjamin Ziemann (Hg.), Frontalltag im Ersten Weltkrieg. Ein Historisches Lesebuch, Essen 2008, S.36.

Die hohen Anfangsverluste aller Armeen gingen auf den bedenkenlosen, die Wirkung moderner Artillerie und Maschinengewehre unterschätzenden Einsatz der Männer zurück. Ob West- oder Ostfront: Immer wieder in diesen ersten Monaten des Krieges gingen oder liefen ganze Regimenter in dichten Schwarmlinien den feindlichen Stellungen entgegen, aus denen ihnen ein Geschosshagel aller Kaliber entgegenschlug. Oft geschah dies ohne jede artilleristische Vorbereitung oder die Mitführung von Maschinengewehren, ja, mitunter wurde gar ausdrücklich befohlen, etwa bei Nacht- oder Morgenangriffen, mit entladenen, nur mit dem Bajonett versehenen Gewehren vorzurücken, damit kein Schuss sich versehentlich lösen und den angestrebten Überraschungseffekt vereiteln konnte.

Über die dadurch verursachten Verluste hinaus mehrten sich in diesen ersten Wochen, wenig überraschend, die Fälle seelischer Zusammenbrüche unter den Truppen, die sowieso schon durch Gewaltmärsche und durch die in jenem Sommer besonders große Hitze erschöpft waren. Hinzu kamen zunehmend bereits sozial motivierte Klagen, die in ihrer Masse belegen, dass auch in der Armee der am 4. August verkündete "Burgfrieden" bereits zu erodieren begann, wenn er denn je im Heer je bestanden hat, das streng hierarchisch gegliedert war und auf dem entschiedenen Gegensatz von Soldaten, Unteroffizieren und Offizieren basierte.



Alltag im Stellungskrieg an der Somme: Soldaten des britischen "Border Regiment" ruhen sich im Schützengraben aus, August 1916. (© picture-alliance, Mary Evans Picture Library)

In der französischen Armee führten die ersten, oft schockartig erlebten, geradezu wie Massaker verlaufenden Gefechte schon im August und September 1914 zu auffällig vielen Desertionsversuchen, Befehlsverweigerungen und sogar zur Ermordung von eigenen Offizieren - Delikte, die gnadenlos mit standrechtlichen Erschießungen geahndet wurden. Selbst für das britische Expeditionskorps, das aus mehr oder weniger erfahrenen Berufssoldaten bestand, die zumeist in Kolonialkriegen auch schon erste Gefechterfahrungen machen konnten, wird über Panikreaktionen und ungeordnete Rückzüge berichtet.

Der französische Oberbefehlshaber Joseph Joffre sah sich schnell gezwungen, allein bis zum 6. September fast 60 untere Generalsdienstränge neu zu besetzen, um die teils in Auflösung begriffene Armee in den Griff zu bekommen. Erst der Befehl zum provisorischen Eingraben der Infanterie und deren massive Unterstützung durch das französische Standard-Feldgeschütz (Kaliber 7,5 cm), dessen hohe Feuergeschwindigkeit und Treffergenauigkeit gefürchtet war, brachte zwischen dem 6. und 9. September 1914 die deutschen Truppen an der Marne zum Stehen. In den vier Tagen der Schlacht verschossen die französischen Feldgeschütze über 400.000 Granaten - in ihrer Mehrzahl Schrapnellgranaten. Sie waren ausgestattet mit Verzögerungszündern, so dass sie unmittelbar über den Sturmkolonnen der Deutschen explodierten und ihre Ladungen mit Metallkugeln verstreuten - ein Grund für die erwähnten hohen deutschen Verluste in dieser Anfangsphase des Krieges.

KPD-Mitbegründer und führender Vertreter der Bremer SPD-Linken Johann Knief in einem Feldpostbrief vom 29. September 1914 über sein Erlebnis eines Nacht-Angriffes an der Westfront

"Leute, schreit Hurra, so laut ihr könnt, dann laufen die Franzosen von selbst weg, so ermunterten die Offiziere die Soldaten. Und sie schrien, wie weiland die Horden Hermanns des Cheruskers geschrien haben mochten, als echte Germanen.

Der Gegner verhielt sich indessen völlig ruhig, und mancher der Kameraden mochte wohl wirklich glauben, daß das Geschreie in der Tat die beste Sturmwanne sei. (...) Bis auf 50 Meter ließen die schlauen Franzosen die irregeführten Truppen herankommen. Dann aber brach ein Feuer aus Kanonenschlünden und Gewehrläufen auf die Braven los, daß man glauben konnte, der Weltuntergang

sei gekommen. Ein dichter Hagel von Geschossen prasselte in die dichten Reihen der Deutschen hinein. Eine Verwirrung entstand, die die ganzen vorgehenden Regimenter im Nu auseinander-sprengte. Alles rannte durcheinander, Offiziere traten mit 8, 10, 12 Mann als den Trümmern ihrer Kompanie den Rückmarsch an. Sie flüchteten bis weit hinter die Front. Jetzt ist alles vorbei, hörte ich einen Leutnant sagen. (...)“

Aus: Bernd Ulrich und Benjamin Ziemann (Hg.), Frontalltag im Ersten Weltkrieg. Ein Historisches Lesebuch, Essen 2008, S.60.

Der Stellungskrieg

Natürlich bedeuten die eben genannten Durchschnittsangaben der Verluste nicht, dass es während der mitunter Wochen und Monate andauernden Materialschlachten der folgenden Jahre nicht Hekatomben von Toten geben konnte und auch gab. Allein am ersten Tag der Somme-Schlacht, am 1. Juli 1916, verloren die angreifenden britischen Truppen fast 58.000 Männer innerhalb weniger Stunden: rund 20.000 Tote und knapp 36.000 Verwundete, der Rest galt als vermisst oder war gefangen genommen worden. Bis heute ist dies der blutigste Tag in der Geschichte des britischen Militärs. Aber neben diesen Phasen intensiver Materialschlachten gab es an der Westfront auch Zonen, in denen sich die gegenüberliegenden Soldaten weitgehend in Ruhe ließen, wie überhaupt die Erstarrung der Front zunächst zu einer drastischen Reduzierung der Verluste führte - jedenfalls solange beide Seiten an der Erhaltung der jeweilig besetzten Positionen interessiert waren und ein eigener oder feindlicher Angriff nicht bevorstand. Die spektakulärsten inoffiziellen Waffenstillstandsvereinbarungen und Verbrüderungen ereigneten sich unmittelbar nach dem Übergang vom Bewegungs- zum Stellungskrieg in den Weihnachtstagen des Jahres 1914 an der Ost-, besonders aber an der Westfront. Dort kam es sogar im Rahmen der "Weihnachtsverbrüderungen" an einem Teil der Front zu Fußballspielen zwischen deutschen und englischen Soldaten im Niemandsland zwischen den Gräben. Doch auch in den folgenden Jahren der Materialschlachten gab es immer wieder Frontabschnitte, in denen sich zeitweilig und sogar in Phasen beiderseitiger Aktivitäten ein Alltag nach dem Prinzip des 'Leben und leben lassen' zu entwickeln vermochte.

Der elsässische Bauernsohn Dominik Richert über seine ersten Tage als Wehrdienstleistender an der elsäbisch-lothringischen Front

"Wir kamen dann in eine bessere Stellung, hatten dort Franzosen in etwa 800 m Entfernung vor uns. Weiter zurück lag die Stadt Béthune. (...) Wir lagen nun drei Tage vorne im Graben, 3 Tage in Reserve in einer Arbeiterkolonie 1 km hinter der Front und dann 3 Tage in Ruhe 5 km weiter zurück. So vergingen dort etwa 3 Wochen ohne nennenswerte Vorkommnisse. (...) Wenn wir in Reserve lagen, mußten wir alle Nächte durcharbeiten, Laufgräben und Stellungen graben.“

Aus: Dominik Richert, Beste Gelegenheit zum Sterben. Meine Erlebnisse im Kriege 1914 – 1918, hg. von Angelika Tramitz, Bernd Ulrich, München 1989, S.79.

Traumatischer Alltag



Gefallene Soldaten bei Postawy, Polen, im März 1916. (© picture-alliance/akg)

In dieser Welt der immer wieder neu ersonnenen Mittel, Durchbrüche zu erzielen und möglichst viele Menschen zu töten, versuchte die Mehrzahl der Soldaten vor allem zu überleben. Natürlich spielte es eine wichtige Rolle, an welchem Frontabschnitt sie eingesetzt wurden - einmal abgesehen von den rückwärtigen Linien oder gar der Etappe - oder ob sie zu Nachschubeinheiten oder Armierungs- oder "Schipper"-Trupps gehörten, die vornehmlich Auffanggräben oder Befestigungsanlagen zu errichten hatten.

Das Ausmaß und die Intensität des Materialkrieges an der Westfront zeigten sich besonders in Gestalt traumatisierter Soldaten. Schon im "Anschluß an die großen, in außerordentlicher Hitze zurückgelegten Märsche in Belgien" war es unter den Truppen zu "Krampfleiden, traumatischen Psychosen im Gefolge seelischer Erschütterung" in großer Zahl gekommen. Die stetige Zunahme der Erkrankungen aufgrund der Materialschlachten - "die Nervenlazarette unseres Landes (sind) wohl die einzigen, die immer voll belegt sind", hieß es 1917 in einem Bericht - erforderte von den Militärärzten ein organisiertes Vorgehen. Es zielte im Wesentlichen auf die schnelle Wiederverwendungsfähigkeit der Soldaten für den Front- oder Garnisonsdienst ab.

Die Therapiemethoden konnten von ausgesuchter Brutalität sein: Elektroschocks, Kehlkopfsonden, die bei stumm gewordenen Kriegsneurotikern Erstickungsanfälle hervorrufen und dadurch die Stimme wiedererwecken sollten, "Hungerkuren" und die völlige Isolierung der Kranken, nur unterbrochen vom "Zwangs- oder Gewaltexerzieren", gehörten dazu. Überdies wurden etwa der Schock oder die Erschütterung nach Granatenexplosionen oder nach Verschüttungen als Ursachen für die Neurose verworfen oder nur noch eingeschränkt anerkannt; man sprach stattdessen von einer "neurotischen Fixierung".

Zwar gab es in Deutschland auch viele Beispiele eines humanen Umgangs mit Kriegsneurotikern, die sich nicht zuletzt im internationalen Vergleich umso positiver von den üblichen Therapien abhoben. Tendenziell aber, über den Krieg hinaus und immer mehr durchsetzt mit "rassehygienischen"

Vorstellungen gewannen jene Behandlungsmethoden die Oberhand, in denen der "innere Kampf des Ichs um seine Selbsterhaltung" als Kernkonflikt der Kriegsneurose dem "Kampf um das nationale Überleben" gegenüberstand.

Der Infanterist Otto Weber berichtete nach dem Krieg über einen Abschnitt an der Westfront

"Unsere Stellung beim 1. Inf.Regt. war ungefähr 60-80 m von der französischen entfernt.

Die Franzosen versuchten näher an uns heranzukommen, trieben Sappen vor und verbanden dieselben mit einem Graben, hatten also eine frische Stellung. Dasselbe machten auch wir und so kam man stellenweise bis auf 30-40 m gegeneinander. Durch den immerwährenden Regen konnten wir uns in den Gräben nicht mehr aufhalten, wir waren gezwungen, aus den Gräben heraus zu gehen. An ein Schießen war nicht zu denken, denn die Gewehre waren vollständig mit Schmutz überstrichen, daß das Schloß nicht mehr geöffnet werden konnte. So war auch jeder Posten vom Kopf bis zu den Füßen so stark beschmutzt mit klebrigem Schlamm, natürlich auch ständig durchnäßt die ganzestellungsperiode, daß oft einer seinen besten Kameraden nicht mehr kannte. Gottlob erging es den Franzosen genau so wie uns. Des öfteren hörten wir von 'drüben' eine Stimme und ein Kopf zeigte sich: 'Kamerad, nix mehr bumm bumm!' Selbstverständlich waren wir damit einverstanden. Wenn man sich auch freier aus der Deckung gab, blieb das Verhältnis mit dem Feind aber trotzdem noch sehr gespannt. Ich erlebte z.B., daß, als einmal ein Kamerad und ich bei hellem Tag Sprengmaterial in den ersten Graben trugen und hierbei außerhalb des Laufgrabens gingen, ein franz. Posten den Kameraden an meiner Seite niederschloß. Als darob Worte der Entrüstung zu den Franzosen hinüberflogen, entschuldigte sich einer der Franzosen, der Schütze sei ein junger gewesen, das werde nicht mehr vorkommen. Die sprachliche Verständigung war dadurch ermöglicht, daß einige von uns französisch parlierten und einige Franzosen deutsch radebrechen konnten.

Aus: Bernd Ulrich/Benjamin Ziemann (Hg.), Frontalltag im Ersten Weltkrieg. Ein Historisches Lesebuch, Essen 2008, S. 109-110.

Durch den ganzen Krieg hindurch zogen sich nie abreißende Klagen über die in der deutschen Armee eisern eingehaltene scharfe Abgrenzung der Offiziere von Unteroffizieren und Mannschaften. Schikanen und Misshandlungen durch Vorgesetzte, sinnlose Befehle und demütigende Strafen blieben an der Tagesordnung. So war es in der deutschen Armee noch bis März 1917 im Felde erlaubt, in Ermangelung einer Arrestzelle verurteilte Soldaten an Bäume oder Wagenräder zu fesseln, in der Regel täglich bis zu zwei Stunden. Anonyme Briefe oder wütende "Kritzeleien" auf Aborten oder in Unterständen boten oft das einzige Ventil.

Gehorsams- und Befehlsverweigerungen, unerlaubte Entfernungen von der Truppe, aber auch Desertionen oder das Überlaufen zum Feind häuften sich mit zunehmender Dauer der Materialschlachten. Gegen das offensichtliche oder auch durch eine mitunter selbst beigebrachte Wunde verdeckte, einfache Zurückbleiben im Graben nach dem Angriffsbefehl wurde bereits Mitte 1916 eine Art "Schlachtpolizei" - wie sie in der englischen Armee genannt wurde - eingesetzt. Offiziere oder Angehörige der Feldpolizei suchten die Gräben nach Zurückgebliebenen ab; in der deutschen Armee wurden mitunter die Reservestellungen unmittelbar hinter der vordersten Front generell zur "Polizeilinie" bestimmt.

Ein Feldpostbrief aus dem Westen vom April 1916 berichtet über die "Kritzeleien" der Soldaten

"Was anderes! Man sagt, daß es Narrenhände seien, die Tische und Wände beschmieren.

Aber wozu hielt sich denn der König alter Zeit einen Narren? Und waren die Schmierereien an den Eisenbahnen in den Augusttagen 1914 nicht auch der richtige Ausdruck der Volksstimmung? So fragte ich mich, als ich neulich an den Ruinen eines von uns besetzten Ortes Klexereien las, die so ganz anders lauten, als damals. Eben mußte ich wieder daran denken, als ich hier einen Abort besuchte. Was ich behalten habe: `Nieder mit die Herren Offiziere, die Hunde sind Schufte!` `Nicht morden, wir

wollen Frieden!` `Der Heldentod bringt uns nichts. Das andere sind leere Flausen.` Und darunter: `Du hast recht Kamerad!` Der Heldentod wird überhaupt hart mitgenommen. Ein Ziegelstein Wahrheit liegt in diesem: `Die den Heldentod so sehr rühmen, laß man an die Front gehen, dort können sie ihn finden. ` Weiter: `Brot wird dünner, die Butter breiter, wann werden die Herren gescheitert? Erst muß alles kaputt sein.` `Liebe Kameraden, unsere Weiber haben nichts zum Essen, schießt sie tot, die es fressen, das sind die Herren Offiziere der deutschen Armee.` `Für den Geldbeutel müssen wir bloß kämpfen. Das andere, was man uns vormacht, ist Quatsch.`"

Aus: Bernd Ulrich/Benjamin Ziemann (Hg.), Frontalltag im Ersten Weltkrieg. Ein Historisches Lesebuch, Essen 2008, S. 89.

In einem anonymen Brief aus dem August 1918 an Reichskanzler Graf v. Hertling ist zu lesen:

"Euer Exzellenz erlaubt sich der Unterzeichnete auf Folgendes aufmerksam zu machen:
Ich hatte Gelegenheit mit einem von der Westfront beurlaubten Soldaten ein Gespräch über die letzte uns nachteilige Offensive zu führen. Hierbei erzählte mir dieser Urlauber, daß es nicht anders kommen konnte. Die Soldaten wollen nicht mehr kämpfen, lieber laufen sie über und lassen sich gefangennehmen. Während man im Kampfe mit hungrigem Magen darben muß, schwelgen die Herren Offiziere hinten an der Front im Überfluß mit Weibern, namentlich die jüngeren Herren. Dieser Zustand habe unter den Soldaten eine hohe Erbitterung hervorgerufen, daß ganze Kompagnien und Batterien sich geweigert hätten weiter zu kämpfen. Mißtrauisch über diese unerhörte Erzählung, wandte ich mich an weitere Urlauber und sogar Chargierte, die mir dasselbe bestätigten. Wenn an den Erzählungen auch nur ein Teil Wahrheit wäre, so grenzt es an Ungeheuerlichkeiten, die der obersten Heeresleitung nicht verborgen bleiben dürfen. Euer Exzellenz möchte ich diese zur Kenntniß unterbreiten, da ein solcher Zustand leicht zu einer Katastrophe führen kann. (...) In treuer Vaterlandsliebe."

Aus: Bernd Ulrich und Benjamin Ziemann (Hg.), Frontalltag im Ersten Weltkrieg. Ein Historisches Lesebuch, Essen 2008, S. 143.

In der französischen Armee, in der Gehorsamsverweigerungen seit den schockartigen Anfangstagen des Krieges ein Thema waren, kam es - beginnend im April - vor allem zwischen Mai und Juni 1917 sogar zu größeren Meutereien. Im Anschluss an die Offensive am Chemin des Dames (Nivelle-Offensive) - sie erbrachte trotz großer Ankündigungen kaum Geländegewinne und führte in zwei Wochen zu fast 150.000 Toten und Verwundeten - verweigerten nicht mehr nur einzelne oder kleinere Gruppen von Soldaten den Gehorsam, sondern ganze Regimenter und Divisionen. Insbesondere in Ruhestellungen liegende Einheiten verweigerten die Rückkehr in die erste Linie. Dabei nahmen die dadurch entstehenden Unruhen teils revolutionäre Züge an, es wurden rote Fahnen aufgezogen, Offiziere bedroht und verprügelt und in einem Regiment sogar der Marsch auf Paris erwogen. Schließlich wurden durch loyale Truppen von den über 30.000 Meuterern 3.427 festgenommen und vor Gericht gestellt. Von den 554 zum Tode Verurteilten wurden 49 hingerichtet, aber mehr als 1.300 zur Zwangsarbeit verurteilt - die meisten von ihnen kamen erst Jahre nach dem Krieg wieder in Freiheit. In der deutschen Armee kam es nach den letztlichen Misserfolgen der Michael-Offensive und den ihr noch folgenden Offensiven ab Spätsommer 1918 zu einer rapide um sich greifenden Aufgabe des Kampfes durch die Fronttruppen, die in der Forschung als "verdeckter Militärstreik" charakterisiert wurde. Zwar liefen nur wenige zum Feind über - ein auch und gerade noch in diesen letzten Monaten nicht ungefährliches Vorhaben. Aber ca. eine Million Soldaten "verdünnsierte" sich nun über die Etappe in Richtung Heimat oder ließ sich einfach überrollen und gefangen nehmen.

Ausgewählte Literatur:

Tony Asworth, Trench Warfare 1914-1918. The Live and Let Live System, London 1980.

Jean-Jacques Becker, Gerd Krumeich, Der Grosse Krieg. Deutschland und Frankreich im Ersten Weltkrieg 1914-1918, Essen 2010.

Dies. (Hg.), "Keiner fühlt sich hier mehr als Mensch..." Erlebnis und Wirkung des Ersten Weltkriegs, Frankfurt a.M. 1996.

Christoph Jahr, Gewöhnliche Soldaten. Desertion und Deserteure im deutschen und britischen Heer 1914-1918, Göttingen 1998.

Eric J. Leed, No Man's Land. Combat and Identity in World War I, Cambridge u. New York 1979.

Jochen Oltmer (Hg.), Kriegsgefangene im Europa des Ersten Weltkriegs, Paderborn u.a. 2006

Rolf Spilker, Bernd Ulrich (Hg.), Der Tod als Maschinist. Der industrialisierte Krieg 1914-1918, Bramsche 1998.

Hew Strachan, Der Erste Weltkrieg. Eine neue illustrierte Geschichte, München 2004.

Jacques Tardi, Jean-Pierre Verney, Elender Krieg, Bd. 1 1914-1915-1916, Zürich 2009; Bd.2 1917-1918-1919, Zürich 2010 (Comic).

Bernd Ulrich, Die Augenzeugen. Deutsche Feldpostbriefe in Kriegs- und Nachkriegszeit 1914 – 1933, Essen 1997.

Online abrufbar unter: <http://www.erster-weltkrieg.clio-online.de/default.aspx?tabid=40208182> (<http://www.erster-weltkrieg.clio-online.de/default.aspx?tabid=40208182>)

Bernd Ulrich, Benjamin Ziemann (Hg.), Frontalltag im Ersten Weltkrieg. Ein Historisches Lesebuch, Essen 2008.

Dies. (Hg.), Krieg im Frieden. Die umkämpfte Erinnerung an den Ersten Weltkrieg, Frankfurt a.M. 1997.

Benjamin Ziemann, Front und Heimat. Ländliche Kriegserfahrungen im südlichen Bayern 1914-1923, Essen 1997.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Kriegsideologie und moderne Massenkultur

Von Wolfgang Kruse

6.5.2013

Apl. Prof. Dr. Wolfgang Kruse, geb. 1957, ist Akademischer Oberrat und außerplanmäßiger Professor im Arbeitsbereich Neuere Deutsche und Europäische Geschichte am Historischen Institut der Fernuniversität Hagen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Geschichte des Ersten Weltkriegs, die Geschichte der Französischen Revolution, Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und die Geschichte des politischen Totenkults. Von Kruse ist u.a. erschienen: Wolfgang Kruse: Der Erste Weltkrieg, Darmstadt 2009 (Geschichte Kompakt der WBG).

Die Vorstellung, dass Nationen soziale Konstrukte sind, wäre im Deutschen Kaiserreich kaum auf Zustimmung gestoßen. Gerade in Zeiten des Krieges galt die Nation als edelste Inkarnation des "deutschen Wesens". Das Deutsche Reich verstand sich ganz bewusst als Stellvertreter preußischer "Tugenden". Der Erste Weltkrieg galt deshalb auch als eine Auseinandersetzung der Ideen.

Der Erste Weltkrieg fand nicht nur auf den Schlachtfeldern statt, sondern er wurde auch in den Köpfen der Menschen ausgetragen. Parallel zum realen Kriegsgeschehen entwickelte sich ein "Krieg der Geister" oder auch ein "Kulturkrieg", in dem ein Krieg für gegensätzliche politische, gesellschaftliche und kulturelle Prinzipien propagiert wurde. Auf allen Seiten bemühten sich führende Dichter und Denker, den Sinn des Krieges zu bestimmen, den Vorrang der eigenen Nation zu begründen und die Kriegsgegner herabzusetzen. Dabei trat oft ein erschreckender Chauvinismus zutage, der nicht zuletzt zu einem "Zusammenbruch der internationalen Gelehrtenrepublik" führte. Während auf westlicher Seite der universelle Kampf von Zivilisation, Demokratie, Selbstbestimmung und Menschenrecht gegen die Autokratie und den preußisch-deutschen Militarismus beschworen wurde, hatten die deutschen Sinnstiftungen des Krieges einen mehr selbstbezogenen Charakter. Sie propagierten den Kampf um die Bewahrung und Verbreitung von "deutscher Freiheit" und "deutscher Kultur" durch den deutschen Militarismus, zu dem sich führende deutsche Intellektuelle wie Gerhart Hauptmann, Friedrich Naumann und Ernst Haeckel in ihrem Aufruf "An die Kulturwelt" 1914 feierlich bekannten, der international große Empörung hervorrief.

Aufruf der 93 "An die Kulturwelt!"

Verfasst September 1914 von Ludwig Fulda als Schriftführer, von 93 Wissenschaftlern, Künstlern und Schriftstellern Deutschlands unterzeichnet und im Oktober 1914 veröffentlicht.

Wir als Vertreter der deutschen Wissenschaft und Kunst erheben vor der ganzen Kulturwelt Protest gegen die Lügen und Verleumdungen, mit denen unsere Feinde Deutschlands seine Sache in dem ihm aufgezwungenen schweren Daseinskampfe zu beschmutzen trachten.

[...] Es ist nicht wahr, daß Deutschland diesen Krieg verschuldet hat. Weder das Volk hat ihn gewollt noch die Regierung noch der Kaiser. Von deutscher Seite ist das Äußerste geschehen, ihn abzuwenden.

[...] Es ist nicht wahr, daß wir freventlich die Neutralität Belgiens verletzt haben. [...] Es ist nicht wahr, daß eines einzigen belgischen Bürgers Leben und Eigentum von unseren Soldaten angetastet worden ist, ohne dass die bitterste Notwehr es gebot. [...] Es ist nicht wahr, daß unsere Kriegsführung die Gesetze des Völkerrechts missachtet. Sie kennt keine zuchtlose Grausamkeit. Im Osten aber trinkt das Blut der von russischen Horden hingeschlachteten Frauen und Kinder die Erde, und im Westen

reißen Dumdumgeschosse unseren Kriegern die Brust. Sich als Verteidiger europäischer Zivilisation zu gebärden, haben die am wenigsten das Recht, die sich mit Russen und Serben verbünden und der Welt das schmachvolle Schauspiel bieten, Mongolen und Neger auf die weiße Rasse zu hetzen.

Es ist nicht wahr, daß der Kampf gegen unseren sogenannten Militarismus kein Kampf gegen unsere Kultur ist, wie unsere Feinde heuchlerisch vorgeben. Ohne den deutschen Militarismus wäre die deutsche Kultur längst vom Erdboden getilgt. Zu ihrem Schutze ist er aus ihr hervorgegangen in einem Lande, das jahrhundertlang von Raubzügen heimgesucht wurde wie kein Zweites. Deutsches Heer und deutsches Volk sind eins. [...]

Aus: Klaus Böhme (Hg.), Aufrufe und Reden deutscher Professoren im Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1975.

Zunehmend waren aber auch die Regierungen immer intensiver darum bemüht, durch aktive Propagandamaßnahmen die Berechtigung der eigenen Sache zu propagieren, die Kriegsmoral der Bevölkerung aufrecht zu erhalten und die Menschen zum Kriegseinsatz weiter zu mobilisieren. Dies kam allerdings nicht immer gut an. Je länger der Krieg sich hinzog, desto mehr suchten viele Menschen zum Entsetzen nationaler Tugendwächter nach Ablenkung und Zerstreuung von den Schrecken des Krieges.

Das "Augusterlebnis" und die "Ideen von 1914"

Der Kriegsbeginn stand politisch und gesellschaftlich im Zeichen einer überraschenden nationalen Einheit, die unter den Chiffren "Augusterlebnis" und "Geist von 1914" schnell mythisiert wurde und eine wesentliche Grundlage für die deutsche Ideologisierung des Krieges bot. Nachdem die bildungsbürgerlichen Vordenker im "Kulturpessimismus" der Vorkriegszeit wie Paul de Lagarde, Julius Langbehn oder Stefan George innere Zerrissenheit und kulturellen Verfall des deutschen Volkes diagnostiziert hatten, waren viele Menschen nun häufig überwältigt von der bei Kriegsbeginn entstandenen nationalen Geschlossenheit und dem nationalen Engagement großer Bevölkerungsteile. Das "Augusterlebnis" der nationalen Einheit schien einen neuen deutschen "Geist" hervorzubringen, in dem alle Probleme der Vorkriegszeit auf einmal "wie weggefeht" waren. Das deutsche Volk und die deutsche Nation schienen unter dem Einfluss des Krieges zu ihrem eigentlichen Wesen zurückzufinden und im Krieg zur Geltung zu bringen.

Hermann Bahr: Das deutsche Wesen ist uns erschienen!

[...] Und wenn ich hundert Jahre würde, diese Tage werde ich nicht vergessen!
Es ist das Größte, was wir erlebt haben. Wir wußten nicht, daß so Großes erlebt werden kann. (...) Wir haben einander endlich erblickt. Wir wissen jetzt zum ersten Mal, wie wir wirklich sind. Das ist das unbeschreibliche Geschenk dieser großen Zeit. Davon schlagen in dieser schweren Stunde die Herzen alle so hoch. Niemals sind wir ernster gewesen, aber auch nie so froh. In einer gläubigen Frömmigkeit stehen wir zusammen, die wir uns niemals kannten. Denn uns ist das deutsche Wesen erschienen. Wir haben uns wieder, nun sind wir nichts als deutsch; es genügt uns auch ganz, wir sehen jetzt, daß man demit völlig auskommt, fürs Leben und fürs Sterben. (...) In allen deutschen Herzen schlägt jetzt derselbe heilige Zorn. (...) Alle deutschen Wunden schließen sich. Wir sind genesen. Gelobt sei dieser Krieg, der uns am ersten Tag von allen deutschen Erbübeln erlöst hat! Und wenn dann erst wieder Friede sein wird, dann wollen wir es uns aber auch verdienen, diesen heiligen deutschen Krieg erlebt zu haben. [...]

Aus: Das Eiserne Buch. Die führenden Männer und Frauen zum Weltkrieg 1914/15, Hamburg 1915, S. 76f.

Dieses "deutsche Wesen" wurde sehr schnell und nachhaltig ideologisiert. Eine zentrale Rolle spielte

dabei der Gegensatz zum westlichen Politik- und Gesellschaftsverständnis, das zum eigentlichen Feindbild der deutschen Kriegsideologie wurde. Dabei wurde die Tiefe der "deutschen Kultur" einer oberflächlichen westlichen "Zivilisation", die "Gemeinschaftlichkeit" des deutschen Volkes der Zerrissenheit westlicher "Gesellschaft", die Gebundenheit der "deutschen Freiheit" dem zerstörerischen Freiheitsbegriff des individualistisch-revolutionären Westens gegenübergestellt und zu Sinnstiftungen des Krieges verarbeitet. Kein geringerer als Thomas Mann brachte den Gegensatz 1918 in seinen "Betrachtungen eines Unpolitischen" auf den Punkt, als er das Deutschtum als "Kultur, Seele, Freiheit, Kunst" bestimmte, das es vor der Bedrohung durch die westliche Verbindung von "Zivilisation, Gesellschaft, Stimmrecht und Literatur" zu bewahren gelte.

Ernst Troeltsch: Die Ideen von 1914 - Rede, gehalten in der Deutschen Gesellschaft von 1914 am 20.3.1916

[...] Die militärisch und wirtschaftlich stark organisierte Volkseinheit wird auf lange Zeit die Idee sein, die unser inneres Leben bestimmt und die die ihr entsprechenden realen und geistigen Kräfte aufruft. [...] In dieser Selbstbesinnung aber ging uns die Idee einer Freiheit auf, die in der Tat anders ist als die der Westvölker, die von dem Individualismus des englischen Herrenmenschen ebenso verschieden ist wie von der enthusiastischen Gleichheitsidee der Menschenrechte, die nicht im Puritanismus und nicht in Rousseau wurzelt, sondern in eigentümlich deutschem Geiste. Es ist die Idee einer selbständigen und bewussten Bejahung des überindividuellen Gemeingeistes, verbunden mit der lebendigen Anteilnahme an ihm, die Freiheit einer freiwilligen Verpflichtetheit für das Ganze und einer persönlich-lebendigen Originalität des Einzelnen innerhalb des Ganzen, die Freiheit des Gemeinnsinns und der Disziplin, beide zusammen beruhend auf der Selbsthingabe an die Ideen und darum eng zusammenhängend mit unserem ganzen ethisch-religiösen Wesen, das vom englischen und französischen so tief verschieden ist. [...]

Ein deutscher Imperialismus in der Art des englischen, russischen, amerikanischen und japanischen, deren Art das sinkende Frankreich mit letztem Aufgebot aller Kräfte nachstrebt, ist für uns aus vielen Gründen [...] nicht möglich. Wohl aber ist uns die Bildung eines mitteleuropäischen Blocks möglich, an den wir hoffen können, alle Bedrohten und Verschluckten anzuschließen, und der unter wesentlichem Einfluß der deutschen politisch-militärischen, wissenschaftlich-technischen und ethisch-geistigen Kultur steht [...] Ein solcher Block bedeutet dann natürlich in gewissem Sinne eine deutsche Führung, aber keine deutsche Herrschaft, und die Führung wiederum muß vor allem auf die geistige Leistung und politisch-sittliche Kraft gegründet werden [...]

Aus: Ernst Troeltsch: Deutscher Geist und Westeuropa. Gesammelte kulturphilosophische Aufsätze und Reden, Tübingen 1925, S. 31-58.

Die "deutschen Ideen von 1914" firmierten als Gegenentwurf zu den "Ideen von 1789", die als historisch überholt galten und im Krieg überwunden werden sollten. Zugleich erlebten die bislang eher konservativ geprägten, teilweise aber auch unpolitischen kulturpessimistischen Vorstellungen der Vorkriegszeit nun durch ihre Verbindung mit den Bedingungen des Krieges eine deutliche Politisierung und gewannen zugleich eine zukunftsgerichtete Form. Die Organisation der Kriegswirtschaft wurde zur "deutschen Gemeinwirtschaft", ja zu einem typisch deutschen "Kriegssozialismus" verklärt, in dem das deutsche Volk als ein "Volk von Organisatoren" die organisierte Gesellschaft der Zukunft - die "Volksgenossenschaft des nationalen Sozialismus" - entwickle und im Krieg durch den Sieg Deutschlands zum Durchbruch ver helfe. "Zum zweiten Mal zieht ein Kaiser durch die Welt als Führer eines Volkes mit dem ungeheuer weltbestimmenden Kraftgefühl der allerhöchsten Einheit", so interpretierte der Nationalökonom Johann Plenge Wilhelm II. als neuen Napoleon. "Und man darf behaupten, daß die 'Ideen von 1914', die Ideen der deutschen Organisation zu einem so nachhaltigen Siegeszug über die Welt bestimmt sind, wie die 'Ideen von 1789'".

Johann Plenge: Die Ideen von 1914

Tausendfach ist von Organisation gesprochen worden oder von der notwendigen „Konzentration“ aller nationalen Kräfte!

Tausendfach ist die deutsche Vereinigung von Freiheit und Ordnung als das gelehrt und verteidigt worden, was uns den inneren Sieg und die Erhaltung unseres von der Vernichtung bedrohten Wirtschaftslebens allein möglich gemacht hat. Alle haben es sofort gewußt: schaffe mit, gliedere Dich ein, lebe im Ganzen. Wohl noch nie war ein Wort so schnell und so selbstverständlich als der wichtigste Begriff für die allgemeine Betätigung im Dienste der gemeinsamen Sache so schnell in aller Munde, wie 1914: „Organisation“. [...]

Das lebenskräftige Ganze von Staat und Wirtschaft, das den einzelnen mit seiner freiwilligen Arbeit in sich aufnimmt und ihm die Eingliederung in das größere Leben, in dem er als mitwirkender Teil zu Geltung kommt, zu seiner eigenen Lust und Freude macht: das ist die Idee von 1914. Sie geht nicht von den einzelnen als vereinzelt Willensatomen aus, denen Forderungen vorgehalten werden, die sie für sich anerkennen und zu deren Verfolgung sie sich zusammentun mögen. Sie ist vielmehr das von allen als ihr größeres Selbst erfaßte tatsächliche Zusammenleben des nationalen Staatskörpers, das jeder einzelne in seiner besonderen Weise miterlebt, in dem der einzelne über sich selbst hinauswachsen kann und in dem er dieses sein Wachstum als seine verstärkte Kraft und seine verstärkte innere Sicherheit genießt. [...]

Aber wenn man demgemäß das Grundbewußtsein von 1914 als die bewusst gewollte Gesinnung der Eingliederung in das Ganze betont, so ist auch klar, dass in ihr, obwohl sie der Gegensatz von 1789 ist, damit doch der Geist von 1789, der Geist der Freiheit, weiter lebt. Denn der echte Entwicklungsgegensatz muß beides einbegreifen: Gegensatz und Erhaltung. Freiheit! Gleichheit! Brüderlichkeit! „Schaffe mit“ ist die Freiheit der Tat! „Gliedere Dich ein“ die Gleichheit des Dienstes! „Lebe im Ganzen“ die Brüderlichkeit des echten Sozialismus!

Aus: Johann Plenge: 1789 und 1914. Die symbolischen Jahre in der Geschichte des politischen Geistes, Berlin 1916, S. 85ff.

Im Kontext der deutschen Weltkriegsideologie gab es allerdings durchaus unterschiedliche politische Ausprägungen, die von rechts bis links reichten. Mit der antiwestlichen Stoßrichtungen waren mehrheitlich jedoch Tendenzen verbunden, die dem Pluralismus konkurrierender Interessen und den freiheitlich-individualistischen Tendenzen der modernen Gesellschaft ablehnend gegenüberstanden und ihnen volksgemeinschaftlich-autoritäre Konzepte entgegenstellten. Und je deutlicher mit der Zeit die inneren Widersprüche der deutschen Kriegsgesellschaft hervortraten, desto schärfer traten neben den äußeren auch die inneren Feindbilder des "Geistes von 1914" hervor. Sein anfänglich inklusiver, alle Gruppen der deutschen Gesellschaft integrierender Charakter wurde zunehmend abgelöst durch die Wendung gegen den "inneren Feind", gegen Pazifisten, Sozialisten und Juden. Die Stigmatisierung und Unterdrückung kriegsgegnerschier Organisationen, aber auch die "Judenjagd" in der deutschen Armee, die den Vorwurf prüfen sollte, dass die Juden sich dem Militärdienst entzogen (was de facto falsch war), waren ein deutlicher Ausdruck davon. Mit dem "Geist von 1914" wurde, wie der Historiker Reinhard Rürup geurteilt hat, deutlich, "in welchem Maße die Gesellschaft in der Schlußphase des Kaiserreichs bereits für faschistische Krisenlösungen vorbereitet war". Dies spiegelte sich auch in der deutschen Kriegspropaganda wider.

Von der Zensur zur Propaganda

Bei Kriegsbeginn war von aktiver staatlicher Propaganda noch kaum die Rede. Zuerst ging es den zuständigen Militärbehörden vor allem darum, die öffentliche Meinung zu kontrollieren. Als Ergänzung zur Zensur organisierte und propagierte das neu geschaffene Kriegspresseamt die offiziellen Nachrichten und Verlautbarungen, und mit der Verbreitung der Kriegsschriften berühmter deutscher Schriftsteller und Gelehrter sollte im neutralen Ausland der "deutsche Krieg" gerechtfertigt werden. Bald kamen aber auch andere, modernere Formen hinzu. Die Werbung für die Zeichnung von Kriegsanleihen stützte sich zunehmend auf moderne Propagandaplakate, auch Schulkinder wurden für Werbekampagnen und Sammelaktionen mobilisiert. Das Programm einer für alle Jungen verpflichtenden "vormilitärischen Jugendausbildung" kam allerdings über freiwillige Ansätze nicht hinaus. Durchgesetzt wurde dagegen der Sparzwang für junge Arbeiter, dessen Erträge in die Kriegsanleihen flossen. Insbesondere nach dem Machtantritt der 3. Obersten Heeresleitung im Sommer 1916 rückten die aktive "Volksaufklärung" und Mobilisierung der Bevölkerung immer stärker in den Mittelpunkt der staatlichen Propagandaaktivitäten. Im Januar 1917 wurde das "Bild-und-Film-Amt" (BuFa) gegründet, aus dem später die berühmte Filmfabrik UFA hervorging. Moderne Medien, die Fotografie und der Film rückten nun immer stärker in den Mittelpunkt der Propaganda. Drei Monate später wurde das Programm des "Vaterländischen Unterrichts" aufgelegt, in dem die Bevölkerung über die Ursachen und Notwendigkeiten des Krieges "aufgeklärt" werden sollte. Es folgte die Bildung einer Presseabteilung der Reichsregierung, die Gründung der Zentralstelle für Heimataufklärung und weiterer Aufklärungsorganisationen in den einzelnen Bundesstaaten. Schließlich war ganz Deutschland, ähnlich wie die anderen am Krieg beteiligten Länder, von Propagandaorganisationen und Propagandaaktivitäten durchzogen. Ihre Erfolge allerdings sind schwer zu ermessen, und angesichts der Realitäten der Kriegsgesellschaft ließ nicht erst der Zusammenbruch von 1918 deutlich werden, dass die moderne Propaganda sich in einem deutlichen Spannungsverhältnis zur Realität des Krieges und zu den Bedürfnissen der Menschen entwickelt hatte.

Richtlinien für die Aufklärungs- und Propagandatätigkeit im Bereich des Stellvertretenden Generalkommandos des X. AK, 10.5.1917

Unter unbedingtem Ausschluß politischer Streitfragen will die Aufklärungsstelle des Generalkommandos alle Mittel: Presse, Flugblätter, Flugschriften, Vorträge, Kirche, Schule, Vereine, Theater, Kino usw. ausnützen, um Klarheit über Ursache und Zweck des Krieges zu verbreiten, der Verhetzung und Verärgerung mancher Kreise mit Erfolg entgegenzuarbeiten, die Zuversicht und Opferwilligkeit der Bevölkerung zu stärken und das Verständnis für die Kriegseignisse zu erhöhen. Jeder Deutsche muß erkennen lernen, welche Gründe zu diesem Krieg gegen Deutschland geführt haben, daß es um Sein oder Nichtsein des deutschen Volkes geht, und daß wir gerade in den kommenden Monaten durchhalten müssen, um den Siegespreis für dreijährige Opfer und Entbehrungen zu erringen. [...]

Aus: Wilhelm Deist (Hg.), Militär und Innenpolitik im Weltkrieg 1914-1918, 2 Bde., Düsseldorf 1970, hier Bd. 2, S. 816 f.

Massenkultur in der Kriegsgesellschaft

Die Bevölkerung war aber nicht nur ein fremdbestimmtes Opfer der Propagandaapparate. Die Menschen versuchten vielmehr auf vielfältige Weise dem Zugriff von Propaganda und Mobilisierung zu entgehen und ihrem Leben noch etwas Freude abzugewinnen. Statt nationaler und kriegerischer Erbauung rückte so der Versuch, sich von den Schrecken und Zumutungen des Krieges zumindest für eine kurze Zeit abzulenken, in den Mittelpunkt der populären Massenkultur. Variété und Kino, Unterhaltungsliteratur, Sport und Tanzvergnügen erlebten deshalb im Ersten Weltkrieg trotz aller Not bzw. gerade deshalb eine teilweise stürmische Entwicklung, die auch die Nachkriegszeit prägte. Daran waren auch die Soldaten beteiligt. Spontane, bald aber auch von den Militärbehörden förmlich organisierte Schützengrabenzeitschriften und "Fronttheater" versuchten die Soldaten in Kampfpausen zu informieren und zu unterhalten, wobei ein Klamauk wie "Charleys Tante" zum beliebtesten Theaterstück wurde. Und die Soldaten begannen massenhaft, ihre Kriegserlebnisse auf Fotos festzuhalten. Sie lösten so geradezu einen Boom der Photographischen Industrie aus, der sich in der Amateurfotographie der Weimarer Republik fortsetzte. Eine ähnliche Entwicklung war für die Schallplatte und das Grammophon zu verzeichnen, technische Neuerungen, die das Musikerlebnis über die traditionellen Aufführungen hinaus verbreiteten. An die erste Stelle aber rückte zunehmend das Kino. Während hier offensichtliche Propagandafilme wenig Anklang fanden, waren mehr oder weniger realistische Darstellungen des Krieges weitaus beliebter. Vor allem aber waren die Menschen an Unterhaltungsfilmen interessiert, so wie sie in großer Zahl Groschenromane lasen und Tanzlokale besuchten - zum Entsetzen konservativer Beobachter, die immer lauter die Herrschaft einer "Schundkultur" und den öffentlichen Sittenverfall beklagten.

Ausgewählte Literatur:

Martin Baumeister, Kriegstheater. Großstadt, Front und Massenkultur 1914-1918, Essen 2005.

Steffen Bruendel, Volksgemeinschaft oder Volksstaat. Die "Ideen von 1914" und die Neuordnung Deutschlands im Ersten Weltkrieg, Berlin 2003.

Martin Creutz, Die Pressepolitik der kaiserlichen Regierung während des Ersten Weltkriegs. Die Exekutive, die Journalisten und der Teufelskreis der Berichterstattung, Frankf./M. 1996.

Kurt Flasch, Die geistige Mobilmachung. Die deutschen Intellektuellen und der Erste Weltkrieg. Ein Versuch, Berlin 2000.

Helmut Fries, Die große Katharsis. Der Erste Weltkrieg in der Sicht deutscher Dichter und Gelehrter, 2 Bde., Konstanz 1994/96.

Bernd Hüppauf (Hg.), Ansichten vom Krieg. Vergleichende Studien zum Ersten Weltkrieg in Literatur und Gesellschaft, Königstein Ts. 1984.

Anne Lipp, Meinungslenkung im Krieg. Kriegserfahrungen deutscher Soldaten und ihre Deutung 1914-1918, Göttingen 2003.

Wolfgang J. Mommsen, Bürgerliche Kultur und künstlerische Avantgarde 1870-1918, München 1994.

Sven Oliver Müller, Die Nation als Waffe und Vorstellung. Nationalismus in Deutschland und England im Ersten Weltkrieg, Göttingen 2003.

Ulrike Oppelt, Film und Propaganda im Ersten Weltkrieg. Propaganda als Medienrealität im Aktualitäten- und Dokumentarfilm, Stuttgart 2002.

Aribert Reimann. Der große Krieg der Sprachen. Untersuchungen zur politischen Semantik in Deutschland und England zur Zeit des Ersten Weltkriegs, Essen 2000.

Anne Schmidt, Belehrung – Propaganda – Vertrauensarbeit. Zum Wandel amtlicher

Kommunikationspolitik in Deutschland 1914-1918, Essen 2006.

Jürgen u. Wolfgang von Ungern-Sternberg, Der Aufruf "An die Kulturwelt!" Das Manifest der 93 und die Anfänge der Kriegspropaganda im Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1996.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Frauenarbeit und Geschlechterverhältnisse

Von Wolfgang Kruse

6.5.2013

Apl. Prof. Dr. Wolfgang Kruse, geb. 1957, ist Akademischer Oberrat und außerplanmäßiger Professor im Arbeitsbereich Neuere Deutsche und Europäische Geschichte am Historischen Institut der Fernuniversität Hagen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Geschichte des Ersten Weltkriegs, die Geschichte der Französischen Revolution, Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und die Geschichte des politischen Totenkults. Von Kruse ist u.a. erschienen: Wolfgang Kruse: Der Erste Weltkrieg, Darmstadt 2009 (Geschichte Kompakt der WBG).

Der Erste Weltkrieg galt lange als ein Motor der Emanzipation. Die Kriegsanstrengungen der Frauen an der "Heimatfront" schienen nicht nur eine enorme Entwicklung der weiblichen Erwerbsarbeit gebracht, sondern auch das öffentliche Bild der Frau gestärkt zu haben. Nach dieser Lesart ist die Einführung des Frauenwahlrechts 1919 die logische Konsequenz einer Entwicklung. Die sozial- und kulturgeschichtliche Forschung hat diese monokausale Interpretation zuletzt stark relativiert.

Der Erste Weltkrieg galt lange als ein Motor der Frauenemanzipation. Die Kriegsanstrengungen der Frauen an der "Heimatfront" im zunehmend totalen Krieg schienen nicht nur eine enorme Erweiterung der weiblichen Erwerbsarbeit gebracht zu haben. Sie schienen auch die Rolle der Frauen in der Öffentlichkeit gestärkt und schließlich mit der Einführung des Frauenwahlrechts ihre politische Gleichberechtigung hervorgebracht zu haben. Dieses scheinbar eindeutige Bild ist von der sozial- und kulturgeschichtlichen Forschung der jüngeren Zeit allerdings nachhaltig relativiert und revidiert worden.

Entwicklung der Frauenerwerbsarbeit

Untersuchungen über die Mitgliedschaft in den Sozialversicherungen haben gezeigt, dass Zahl und Anteil der erwerbstätigen Frauen in den Jahren 1914 bis 1918 zwar zugenommen haben, der Anstieg jedoch geringer war als in den Vorkriegsjahren. Bei der Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit handelte es sich demnach um eine langfristige Entwicklung, die durch den Ersten Weltkrieg eher gebremst als beschleunigt wurde. Nach Kriegsbeginn wurden erst einmal viele Frauen arbeitslos, weil aufgrund der Umstellungskrise auf den Krieg viele Arbeitsplätze wegfielen. In den kriegswichtigen Industrien kam es in der Folgezeit zwar zu einem enormen Anstieg der weiblichen Beschäftigten. Doch handelte es sich dabei im Wesentlichen um Verschiebungen innerhalb der Gruppe der erwerbstätigen Frauen, die ihre bisherigen Arbeitsplätze in den Konsumgüterindustrien, aber auch im häuslichen Dienst teilweise verloren hatten, teilweise verließen, um besser bezahlte Tätigkeiten als Arbeiterinnen in den kriegswichtigen Industrien anzunehmen. Bisher nicht berufstätige Frauen dagegen konnten trotz vielfältiger Bemühungen nur in begrenztem Maße dazu bewegt werden, in der Kriegsindustrie zu arbeiten.

Erwerbstätige Frauen im Deutschen Reich

Mitgliederbewegung bei den Krankenkassen 1914 bis 1919

Frauen, 1. Juni 1914 = 100

Stand am 1.	1914	1915	1916	1917	1918	1919
-------------	------	------	------	------	------	------

Januar	o. A.	85,3	97,1	107,5	116,5	o. A.
Februar	88,9	85,9	97,3	107,8	115,4	101,5
März	92,2	88,2	97,8	108,5	115,1	97,2
April	94,3	90,0	99,4	109,9	115,2	95,7
Mai	98,4	93,3	101,7	113,0	117,8	97,9
Juni	100	94,1	103,3	114,9	117,4	97,9
Juli	99,7	94,4	102,9	115,1	116,7	100,2
August	97,8	95,6	103,3	115,3	115,4	100,5
September	80	96,4	104,0	116,1	116,6	100,4
Oktober	80,6	96,4	104,4	116,6	116,0	100,4
November	83,6	98,1	106,1	117,5	110,7	100,9
Dezember	85,4	98,8	108,1	118,5	108,7	101,9

Quelle: Ute Daniel, *Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft*, Seite 38.

Beschäftigung erwachsener Arbeiterinnen im Deutschen Reich nach Industriezweigen 1914-1918

März 1914 = 100

Industriezweige	Sept. 1914	März 1915	März 1916	März 1917	März 1918
Industrie der Steine und Erden	67,2	67,4	74,6	82,8	87,0
Metallindustrie	58,3	117,4	492,4	745,5	846,7
Maschinenindustrie	83,2	309,8	1414,8	3381,7	3520,4
Elektroindustrie	57,1	102,3	299,7	856,4	813,8
Chemische Industrie	84,9	92,7	171,8	314,0	436,2
Textilindustrie	89,0	108,1	66,9	66,9	62,6
Papierindustrie	53,8	78,9	101,3	136,7	149,8
Leder und Gumiindustrie	67,7	57,3	57,8	89,1	96,8
Holz- und Schnitzstoffgewerbe	24,6	89,9	148,5	109,5	115,7
Nahrungs- und Genussmittelin- dustrie	139,7	133,2	155,7	159,0	146,5

Bekleidungsge- werbe	66,3	74,7	83,4	58,1	55,5
Vervielfältigung- sgewerbe	62,7	82,5	84,9	82,1	90,1

Quelle: Stefan Bajohr, *Die Hälfte der Fabrik*, Seite 125.

Die Arbeitsverhältnisse in der Kriegsproduktion waren ausgesprochen schwer und vielfach auch höchst gesundheitsgefährdend. Da bei Kriegsbeginn alle Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen aufgehoben worden waren, betrugen die Arbeitszeiten pro Schicht in der Regel elf bis zwölf Stunden. In den schnell hochgezogenen Produktionsstätten für Waffen und Munition wurde in der Regel ohne besondere Schutzmaßnahmen mit gefährlichen Stoffen gearbeitet, und es kam unter den schnell angelernten Arbeiterinnen vielfach zu schweren, teilweise auch tödlichen Unfällen. Aus Sicht der Frauen bedeuteten solche Arbeitsverhältnisse in der Regel keinen Schritt zur Emanzipation, sondern sie wurden nur eingegangen, um das Überleben für sich selbst und für die Familie zu sichern. Für Frauen aus den höheren sozialen Schichten kamen sie sowieso nicht in Frage, und auch Arbeiterfrauen mit Kindern zogen es in der Regel vor, ihre bescheidene Kriegsunterstützung durch Tätigkeiten im häuslichen Umfeld wie Putzarbeiten, Kinderbetreuung oder Heimarbeit aufzubessern. Als die Oberste Heeresleitung deshalb 1916 eine weibliche Dienstpflicht forderte, lehnte die Reichsregierung dieses Ansinnen ab, weil sie dadurch die traditionelle Rolle als Hausfrau und Mutter gefährdet sah. Stattdessen entschied man sich, Fabrikpflegerinnen einzustellen und vermehrt Möglichkeiten zur öffentlichen Kinderbetreuung einzurichten, ohne damit jedoch eine besondere Ausweitung der freiwilligen Frauenarbeit herbeiführen zu können.

Veränderte Geschlechterrollen

Mit dem Hinweis auf die nur langsam und im Trend ansteigende Frauenerwerbstätigkeit und die schwierigen Arbeitsbedingungen in der Kriegsindustrie ist indes noch nicht gesagt, dass der Krieg nicht trotzdem Emanzipationsprozesse bewirkt haben kann. Zwar brachte der Krieg keine außergewöhnliche Zunahme der Frauenarbeit insgesamt mit sich. Doch übten Frauen nun auf vielen Ebenen Tätigkeiten aus, die bisher Männern vorbehalten waren, und sie traten damit viel deutlicher in die Öffentlichkeit, als das vorher der Fall gewesen war: Frauen arbeiteten nun in der Schwerindustrie, sie bedienten Maschinen und waren beispielsweise als Straßenbahnführerinnen oder als Schornsteinfegerinnen tätig. Gerade jungen Frauen bot sich darüber hinaus die Möglichkeit, früh erwerbstätig zu werden, selbständiger zu leben oder als Krankenschwestern und Etappenhelferinnen das Elternhaus ganz zu verlassen. All dies rief den Eindruck hervor, dass Frauen im Krieg nicht mehr auf ihre vermeintlich angestammten Plätze in Haushalt und Familie sowie angrenzenden Tätigkeitsfeldern etwa als Lehrerinnen begrenzt waren, sondern dieselben Arbeiten wie Männer ausführen und damit zugleich ein selbständiges Leben jenseits des häuslichen Bereichs und ohne die an die Front eingezogenen Männer führen konnten. Einigen Frauen gelang es sogar, Führungstätigkeiten zu übernehmen, insbesondere gebildeten Frauen aus der bürgerlichen Frauenbewegung, die in den Militärbehörden Tätigkeiten in der Organisation der Sozialfürsorge für berufstätige Mütter übernahmen und dabei teilweise in Offiziersränge aufstiegen.

Größe und Zusammensetzung der deutschen Arbeiterschaft 1913 und 1918

Größe und Zusammensetzung der deutschen Arbeiterschaft

In Industriebetrieben mit 10 und mehr Beschäftigten

Absolute Zahlen jeweils in 1000 Arbeitern; relative Veränderungen in Prozent

	1913	1918	Veränderung
Männer und Frauen insgesamt	7387	6787	-8%
davon erwachsen	6816	6185	-9%
davon unter 16	571	602	+6%
Männer insgesamt	5794	4467	-23%
davon erwachsen	5410	4046	-25%
davon unter 16	384	421	+10%
Frauen insgesamt	1593	2320	+46%
davon erwachsen	1406	2139	+52%
davon unter 16	187	181	-3%

Quelle: Jürgen Kocka, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918, Frankfurt/M. 1988, S. 27.

Das Kriegseengagement der Frauenbewegung

Schon kurz nach Kriegsbeginn waren führende Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung im Preußischen Kriegsministerium vorstellig geworden und hatten mit dessen Zustimmung einen "Nationalen Frauendienst" ins Leben gerufen, an dem sich im Zeichen des Burgfriedens auch die sozialdemokratischen Frauen beteiligten. Ihre Hauptaufgabe sahen die Frauen im sozialen Kriegsdienst an der Heimatfront, d. h. in der Linderung der rasch um sich greifenden Not insbesondere der unteren Bevölkerungsschichten. Dies geschah vor allem aus nationalem Kriegseengagement heraus, doch war es auch mit der Hoffnung verbunden, auf diese Weise die Bedeutung des weiblichen Geschlechts für Staat und Nation demonstrieren und die Stellung der Frauen verbessern zu können.

Denkschrift des Bundes Deutscher Frauenvereine zur Neuorientierung 1917

Die Einbeziehung der Frauen in das aktive Wahlrecht in Gemeinde und Staat ist unerlässlich, um den Einfluß der Frauen im Staat auf der ganzen Breite des tatsächlichen Frauenlebens aufzubauen.

In einem auf dem allgemeinen Wahlrecht der Männer beruhenden Gemeinwesen – sei es Gemeinde oder Staat – werden die den Frauen naheliegenden Interessengebiete nur dann nachdrücklich vertreten sein, wenn die Frauen am Wahlrecht teilnehmen. Das Frauenwahlrecht erscheint als eine Seite unserer politischen Lebensformen, deren Ausgestaltung durch die soziale Lage sowohl der arbeitenden Frau wie auch der Familie in steigendem Maße notwendig wird, eine Konsequenz veränderter wirtschaftlicher und politischer Verhältnisse, die in Deutschland gezogen werden muß, so gut wie sie in andern Ländern ähnlicher Wirtschaftslage und Kultur bereits gezogen ist.

Für das aktive Wahlrecht der Frauen in der Gemeinde sind auch in Deutschland in den meisten Landgemeindeordnungen und in einzelnen auch für die Städte gültigen die Anfänge vorhanden, deren Ausbau durch die allgemeine Gewährung des Gemeindewahlrechts an die Frauen die nächste Forderung der Neuorientierung wäre.

Die mannigfachen Aufgaben der Kriegswirtschaft und Kriegsfürsorge haben während des Krieges zu

einer gegen früher bedeutend gesteigerten Heranziehung der Frauen in städtische Verwaltungskörperschaften, Deputationen und Kommissionen, Lebensmittel- und Arbeitsämter usw. geführt. Gleichzeitig haben große Verwaltungskörper des Reiches und der Bundesstaaten, das Kriegsernährungsamt und die entsprechenden bundesstaatlichen Organisationen, das Kriegsamt, der Reichsausschuß für die Kriegsbeschädigtenfürsorge u. a. Frauen als Beiräte und Mitarbeiter herangezogen. Damit ist, unter dem Druck des Krieges, der sich die zweckmäßigen Formen der Organisation ohne langwierige Prinzipienkämpfe erzwang, an den verschiedensten Stellen die Einsicht in die Tat umgesetzt, daß die großen Fragen der Volksernährung, der Frauenarbeit, der sozialen Fürsorge in weitestem Umfang die Mitwirkung von Frauen an zentraler Stelle erfordern. Während des Krieges noch haben Verwaltungen großer preußischer Städte aus eigener Initiative, in unumwundener Anerkennung der von den Frauen geleisteten Kriegsarbeit, die Einbeziehung von Frauen in eine große Zahl von ständigen Deputationen beschlossen. Sie sind, um diesen Frauen das durch die Städteordnung für solche Ämter geforderte, ihnen aber versagte Bürgerrecht zu verschaffen, mit eignen Petitionen an den Landtag gegangen. Dadurch ist der Wunsch der städtischen Verwaltungen, die während des Krieges bewährte Mitarbeit der Frauen sich für den Frieden zu erhalten, ja in gesteigertem Umfange zu sichern, zum Ausdruck gekommen, Was sich so während des Krieges ohne irgendeine Agitation der Frauenbewegung von selbst angebahnt hat, bedarf der gesetzlichen Stütze durch eine „Neuorientierung“, die den Frauen zunächst das passive Wahlrecht für die Gemeindevertretung, und damit das Recht der Zugehörigkeit zu allen städtischen Kommissionen und Deputationen gewährt. Aber auch im größeren Kreise von Staat und Reich hat der Krieg den Frauen ein Mitberatungsrecht auf ihnen naheliegenden Gebieten gebracht. Die Aufgaben der Übergangswirtschaft und des Wiederaufbaus sind ohne sie so wenig lösbar wie die Heimatleistung während des Krieges. Die Wählbarkeit der Frauen in die Volksvertretung ist nach der Überzeugung des Bundes deutscher Frauenvereine die Form, die auf die Dauer die einzig sichere Gewähr dafür bietet, daß den Angelegenheiten der Frau und dem Lebenskreis der Mütter in Gesetzgebung und Verwaltung genügende Beachtung gezollt wird. Die bisherige Entwicklung, sowohl der wirtschaftlichen Verhältnisse und sozialen Lebensformen wie auch der Mitarbeit der Frauen im öffentlichen Leben und an staatlichen Aufgaben läßt dieses Ziel der Beteiligung der Frauen an der Volksvertretung allenthalben klar hervortreten.

Schon ehe aber durch das aktive und passive Frauenstimmrecht in Deutschland der Mitarbeit der Frauen im Staat eine breite Grundlage gegeben ist, sollte ihre Mitwirkung bei den ihnen insbesondere naheliegenden Aufgaben gesichert werden. Der Weg dazu ist durch das Kriegsernährungsamt und durch das Kriegsamt beschritten.

Es sollen Frauen beratend zur Vorbereitung, Einleitung und Durchführung aller Maßnahmen der Regierung herangezogen werden, die es mit Angelegenheiten ihres spezifischen Lebenskreises zu tun haben: mit Fragen der Frauenarbeit; des Konsums, der Wohnungspolitik, der Jugendfürsorge, Gesundheitspflege, Bevölkerungspolitik usw.

Es sollen Frauen herangezogen werden zu solchen parlamentarischen Kommissionen, in denen die gleichen Fragen durchberaten werden.

Aus: Frauenaufgaben im künftigen Deutschland. Jahrbuch des BDF, Leipzig 1918.

Vor allem in der zweiten Kriegshälfte, als die Öffentlichkeit immer stärker eine Reform des preußischen Dreiklassenwahlrechts diskutierte, begann auch die Frauenbewegung nun eindeutiger als bisher, die Einführung des Frauenwahlrechts zu fordern. Anders als in England gelang es in Deutschland allerdings während des Krieges nicht, die gesetzliche Einführung des Frauenwahlrechts durchzusetzen. Dies geschah erst nach der Revolution durch den sozialdemokratisch besetzten Rat der Volksbeauftragten, der damit nicht unbedingt auf das Kriegsengagement der Frauen reagierte, sondern eine schon Jahrzehnte alte Forderung der Sozialdemokratie umsetzte.

Der antifeministische Diskurs

Tatsächlich aber brachten die kriegsspezifischen Tätigkeiten und Veränderungen den Frauen in der männlich dominierten Öffentlichkeit keineswegs nur Zustimmung und Anerkennung. Vielmehr mehrten sich auch die Stimmen, die darin eine Auflösung der überkommenen Geschlechterordnung sahen und dagegen einen aggressiven Antifeminismus ins Feld führten. Von einer Krise der Männlichkeit, die sich in der wachsenden Emanzipation der Frauen, der männlichen Überforderung durch die Ansprüche der modernen Gesellschaft und nicht zuletzt im Rückgang der Geburtenzahlen zu manifestieren schien, war schon vor dem Ersten Weltkrieg immer öfter die Rede gewesen. Doch angesichts der kriegsbedingten Veränderungen, vor allem der vielfachen Verkrüppelungen der Männer an der Front auf der einen, dem Bedeutungszuwachs der Frauen an der "Heimatfront" auf der anderen Seite, wurde nun immer radikaler die Auffassung vertreten, dass spätestens nach Kriegsende die vermeintlich natürliche Trennung der Geschlechterrollen wiederhergestellt werden sollte. Heroisiert wurde der soldatische Einsatz der Männer an der Front, die ihr Leben für die als weiblich begriffene Heimat aufs Spiel setzten und damit umso mehr den Anspruch erwarben, auch in Zukunft wieder eine gesellschaftliche Vorrangstellung einzunehmen. In Deutschland erhielt diese Auffassung noch eine deutliche Bestärkung durch die Interpretation des Kriegsausgangs. Denn die Legende vom "Dolchstoß" der Heimat in den Rücken der "im Felde unbesiegten" Fronttruppen verfestigte noch einmal die Vorstellung, dass nur die Männer der Front geeignet waren, das Schicksal Deutschlands zu bestimmen.

Schreiben vom Chef des Generalstabes des Feldheeres v. Hindenburg an Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, 23.10.1916

Es ist auch meines Erachtens zutreffend, daß die Frauenarbeit nicht überschätzt werden darf.

Fast die ganze geistige Arbeit, die schwere körperliche, sowie alle eigentlich erzeugende Arbeit werden nach wie vor auf den Männern lasten – neben der ganzen Kriegführung.

Es wäre gut, wenn diese Tatsache auch öffentlich deutlich zum Ausdruck gebracht würde und der weiblichen Agitation auf Gleichstellung in allen Berufen, und damit natürlich auch in politischer Beziehung, ein Riegel vorgeschoben würde. Ich stimme Eurer Exzellenz auch vollkommen zu, daß eine weibliche Dienstpflicht eine verfehlte Maßnahme ist. Wir brauchen nach dem Kriege die Frau als Gattin und Mutter. Ich kann den dahin durch Gesetz, Vorrechte, materielle Hilfe usw. abzielenden Bestrebungen nur zustimmen. Hier wird trotz der starken Widerstände durchzugreifen sein, um den familienstörenden Einfluß der weiblichen Konkurrenz auszuschalten. Euer Exzellenz wollen daraus ersehen, daß auch ich nicht auf den Krieg sehe, sondern mir bewußt bin, daß für eine Fortentwicklung unseres Volkes nach dem Kriege gesunde soziale Verhältnisse, d. h. in erster Linie der Schutz der Familie, notwendig sind. Wenn ich trotzdem jetzt und für die Kriegsdauer auch für Ausdehnung des Arbeitszwanges auf alle unbeschäftigten oder in nebensächlichen Berufen tätigen Frauen dringe, so tue ich das, weil meines Erachtens auf vielen Gebieten Frauenarbeit noch in höherem Maße als bisher eingesetzt und dadurch Männer für andere Arbeiten frei gemacht werden können. Allerdings müssen die Industrie und Landwirtschaft noch mehr dazu angehalten werden, Frauen einzustellen, ferner darf den Frauen die Auswahl der Tätigkeit nicht allein überlassen bleiben, sondern sie muß nach Maßgabe der Fähigkeit, Vorbildung und Lebensstellung geregelt werden.

Im einzelnen betone ich nochmals, daß ich es insbesondere für falsch halte, die höheren Schulen und Universitäten nur noch für Frauen aufrechtzuerhalten, nachdem diesen Anstalten durch die Ausdehnung der Wehrpflicht die Männer fast sämtlich entzogen worden. Es ist wertlos, weil der wissenschaftliche Gewinn gering ist, ferner weil gerade die zu bekämpfende Konkurrenz gegen die Familie großgezogen wird, und schließlich weil es die größten Ungerechtigkeit bedeutet, den jungen Mann, der alles für sein Vaterland gibt, hinter die Frau zurückzudrängen. Ein Nachteil der Schließung der der Männer doch beraubten Universitäten ist mir unter diesem Gesichtspunkt nicht ersichtlich. [...]

Aus: Erich Ludendorff (Hg.), Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916/18, 2. Aufl. Berlin 1921, S. 78f.

Verelendung und Protestbereitschaft der Arbeiterfrauen

Für die meisten deutschen Frauen insbesondere in der Arbeiterschaft brachte der totale Krieg eine totale Überanstrengung und Verelendung mit sich. Zur Doppelbelastung durch Erwerbs- und Hausarbeit kamen die Probleme der Kindererziehung und der Versorgung mit Lebensmitteln und Verbrauchsgütern hinzu. Die Heranwachsenden wurden schlecht versorgt, sie entwickelten sich vielfach ohne elterliche Aufsicht und sie konnten in den Grauzonen der Kriegsgesellschaft schnell auf die schiefe Bahn gelangen. Und je länger der Krieg andauerte, desto mehr verschlechterte sich die Situation: Die Lebensmittelrationen wurden knapper, Kleidung und Schuhe konnten kaum noch ersetzt werden, auf dem boomenden Schwarzen Markt waren die ärmeren Bevölkerungsschichten nicht konkurrenzfähig. Als Belastung insbesondere für die Frauen kamen die "Lebensmittelpolonaissen", das oft stundenlange Anstehen vor Lebensmittelgeschäften und öffentlichen Ausgabestellen hinzu. Hier machten Gerüchte schnell die Runde, und die verbreitete Unzufriedenheit schlug schnell in offenen Aufruhr um, vor allem wenn das Anstehen am Ende erfolglos blieb, weil es trotz Lebensmittelkarten keine Ware mehr gab. Die lange vereinzelt, aber vielfältigen sozialen Proteste von Arbeiterfrauen und Jugendlichen wurden zunehmend zu einem integralen Bestandteil der proletarischen Antikriegsbewegungen der Jahre 1917/18, die schließlich zum Sturz des Kaiserreichs führten.

Krieg und Emanzipation? Ein Fazit

Bevor es überhaupt sinnvoll erscheint, über die möglichen emanzipatorischen Wirkungen des Krieges nachzudenken, ist erst einmal festzuhalten, dass der Krieg den meisten Frauen vor allem Not und Leid bescherte. Vermeintliche Fortschritte wie die Übernahme bisher Männern vorbehaltenen Tätigkeiten stellten sich für die Frauen zumeist keineswegs als Aufbruch zu neuen Ufern dar, sondern sie waren im Gegenteil eine Folge von Notlagen und Lebensnotwendigkeiten, und sie brachten Ausbeutung und Abnutzung mit sich, die keine nationale oder feministische Begeisterung, sondern Unzufriedenheit und Protestbereitschaft hervorriefen. Die Historikerin Ute Daniel hat deshalb in ihrer Untersuchung über Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft die These vertreten, dass der Krieg aus subjektiver weiblicher Sicht keine Emanzipation im Staat, sondern nur eine Emanzipation vom Staat gebracht habe, die letztlich ohne Dauer geblieben sei. Doch so berechtigt es ist, die kriegsbedingten Verwerfungen und Gegentendenzen zur weiblichen Emanzipation hervorzuheben, bleibt doch festzuhalten, dass die Kriegsmobilisierung der Frauen im Ersten Weltkrieg zu strukturellen und bewusstmäßigen Veränderungen der Geschlechterverhältnisse geführt hat, die nicht auf allen Ebenen revidiert werden konnten. Nur ein Beispiel dafür ist der Anteil weiblicher Gewerkschaftsmitglieder, der nach 1918 dauerhaft und signifikant höher lag als vor Kriegsbeginn 1914.

Ausgewählte Literatur:

Stefan Bajohr, Die Hälfte der Fabrik. Geschichte der Frauenarbeit in Deutschland 1914-1945, Marburg 1979.

Ute Daniel, Arbeiterfrauen in der Kriegsgesellschaft. Beruf, Familie und Politik im Ersten Weltkrieg, Göttingen 1989.

Ulrike von Gersdorf, Frauen im Kriegsdienst 1914-1945, Stuttgart 1969.

Birte Kundrus, "Kriegerfrauen". Familienpolitik und Geschlechterverhältnisse im Ersten und Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1995.

Susanne Rouette, Sozialpolitik als Geschlechterpolitik. Die Regulierung der Frauenarbeit nach dem Ersten Weltkrieg, Frankfurt/M. 1993.

Ökonomie des Krieges

Von Wolfgang Kruse

22.1.2014

Apl. Prof. Dr. Wolfgang Kruse, geb. 1957, ist Akademischer Oberrat und außerplanmäßiger Professor im Arbeitsbereich Neuere Deutsche und Europäische Geschichte am Historischen Institut der Fernuniversität Hagen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Geschichte des Ersten Weltkriegs, die Geschichte der Französischen Revolution, Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und die Geschichte des politischen Totenkults. Von Kruse ist u.a. erschienen: Wolfgang Kruse: Der Erste Weltkrieg, Darmstadt 2009 (Geschichte Kompakt der WBG).

Der Erste Weltkrieg wirkte sich als totaler Krieg auch auf die Güterproduktion aus: Sie wurde dem Vorrang der Kriegsanstrengungen bedingungslos untergeordnet – mit fatalen Konsequenzen vor allem für die notleidende Bevölkerung.



Deutsche Zivilisten bei der Suppenvergabe 1916 in Berlin. (© picture-alliance, Everett Colle)

Zur Ökonomie des Krieges gehören grundsätzlich drei verschiedene Ebenen, die im Zeichen des industrialisierten Krieges ungeheure Herausforderungen mit sich brachten: Zum Ersten gehörte dazu die Produktion der an der Front benötigten Rüstungsgüter, also von Waffen und Munition, wie sie während des Krieges vorher nicht gekannte Größenordnungen erreichte. Allein im Jahre 1918 etwa wurden in Deutschland mehr als viermal so viele Geschütze produziert wie die gesamte Artillerieausstattung, die das deutsche Heer vor dem Beginn des Krieges 1914 aufgewiesen hatte. Und noch weit schneller wuchs der Bedarf an Munition, Granaten und Patronen, deren Verbrauch inschier unermessliche stieg. Zum Zweiten war es notwendig, trotz des Vorrangs für die Rüstungsproduktion auch die Versorgung der Menschen an der Front wie in der Heimat mit Lebensmitteln und anderen Verbrauchsgütern sicherzustellen. Zum Dritten schließlich mussten die

Finanzmittel aufgebracht werden, um die enorme Rüstungsproduktion finanzieren zu können. Auf knapp 160 Milliarden Reichsmark beliefen sich Ende 1918 die Kriegskosten des Deutschen Reiches, was etwa dem Vierfachen des gesamten deutschen Volkseinkommens im Jahre 1913 und der Hälfte des geschätzten Volksvermögens insgesamt entsprach.

Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Organisation der Kriegswirtschaft wurden vom Reichstag am 4. August 1914 mit einem "Ermächtigungsgesetz" verabschiedet, das den Bundesrat zu weitreichenden Eingriffen in das Wirtschaftsleben befugte. Doch trotz der vielfach beschworenen "deutschen Organisation" blieb die Kriegswirtschaftspolitik in zentralen Punkten lange eher ziellos und ungeordnet. Dazu trug zum einen der Föderalismus bei, zum anderen die Übernahme der zivilen Verwaltung durch die selbstständigen und ganz anders organisierten Militärbefehlshaber (Stellvertretende Generalkommandos) nach dem Gesetz über den Belagerungszustand. Erst 1916 wurde mit dem Kriegsamt überhaupt eine zentrale Leitungsbehörde ins Leben gerufen. Die politische Leitungsverantwortung der Militärs aber setzte sich immer stärker durch, und sie erwies sich gegenüber der parlamentarisch legitimierten zivilen Wirtschaftslenkung in England und Frankreich letztlich als unterlegen.

Rüstungswirtschaft



Frauen bei der Rübenenernte. (© picture-alliance, Mary Evans)

Die Organisation der Rüstungsproduktion nahm ihren Ausgang bereits im August 1914 mit der Einrichtung einer Kriegsrohstoffabteilung im Preußischen Kriegsministerium. Sie war angeregt worden von dem AEG-Direktor Walter Rathenau, der gemeinsam mit seinen Mitarbeiter Wichard von Moellendorff erkannt hatte, dass die englische Seeblockade schnell zu einem Mangel an rüstungswirtschaftlich notwendigen Rohstoffen führen würde. Unter der Leitung Rathenaus organisierte die Kriegsrohstoffabteilung mithilfe der für immer mehr Wirtschaftszweige geschaffenen Kriegsrohstoffgesellschaften als korporativen Zwangssyndikaten die Erfassung kriegswichtiger Rohstoffe und ihre Verteilung insbesondere an die großen Rüstungsunternehmen. Sie brachte die wissenschaftliche Entwicklung und Produktion von Ersatzstoffen auf den Weg, zu Anfang insbesondere

in der Ersetzung des für die Herstellung von Schießpulver nötigen Salpeters durch ein Kunstprodukt nach dem Haber-Bosch-Verfahren. Und schließlich begann sie schon frühzeitig mit der Ausplünderung der von deutschen Truppen besetzten Territorien, insbesondere im wirtschaftlich hoch entwickelten Belgien.

Diese Organisationsform, die sich zu einer Art militärisch-industriellem Komplex entwickelte, brachte vor allem den großen Rüstungskonzernen enorme Aufträge und Kriegsgewinne. Ein weiteres Problem der Rüstungsproduktion bestand in der Versorgung der bald ins riesenhafte anwachsenden Betriebe mit Arbeitskräften. Angesichts der Produktionsausweitung einerseits, der Einziehung großer Teile der qualifizierten Arbeiter an die Front andererseits, wurde es notwendig, andere Arbeitskräfte heranzuziehen. Manche hochqualifizierten, für die Rüstungsproduktion unbedingt erforderlichen Facharbeiter konnten vom Dienst als Soldaten freigestellt werden, doch reichte dies bei weitem nicht aus, um die großen Lücken zu füllen. Vor allem wurden dafür in großer Zahl jugendliche und weibliche Arbeitskräfte mobilisiert, die in den heruntergefahrenen, oft auch ganz schließenden Friedensindustrien keine Beschäftigung mehr fanden bzw. von der Schule direkt zur Arbeit in den Rüstungsbetrieben angeworben wurden, wo ihnen überdurchschnittliche Löhne winkten. Bald kam auch der Einsatz von geworbenen oder gepressten Ausländern und von Kriegsgefangenen hinzu.

Als die Dritte Oberste Heeresleitung im Spätsommer 1916 das "Hindenburgprogramm für die Erzeugung von Heeresbedarf" auflegte, um durch eine weitere außerordentliche Steigerung der Rüstungsproduktion den erhofften "Siegfrieden" erzwingen zu können, stand auch die allgemeine Einführung des Arbeitszwangs auf der Agenda der militaristischen Planer. "Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen", lautete die lapidare Formulierung in der Denkschrift, mit der Hindenburg im September 1916 von der Reichsleitung die Verabschiedung eines sog. Kriegsleistungsgesetzes forderte. Nach Widerspruch der Reichsleitung wurden Frauen allerdings vom Arbeitszwang ausgenommen, und das im Dezember 1916 verabschiedete "Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst" verfügte zwar die Arbeitspflicht für alle Männer im Alter von 16 bis 60 Jahren. Doch nach dem Muster eines bereits Anfang 1915 in Groß-Berlin eingeführten Verfahrens blieb der Arbeitsplatzwechsel zur Erzielung von Lohnsteigerungen möglich. Geprüft wurde die Erteilung eines "Abkehrscheins", der zum Antritt einer neuen Arbeitsstelle berechtigte, durch eine paritätisch von Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer gebildete Kommission unter Vorsitz eines Militärs; erst einmal gezwungenermaßen, wurde so die Anerkennung der Gewerkschaften als Verhandlungspartner durch die großindustriellen Unternehmen durchgesetzt.

Schreiben des Chefs des Generalstabs des Feldheeres v. Hindenburg an den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, 13.9.1916

(...) Die Fragen, wie

1. der Ersatz für das Feldheer gesichert bleibt und zugleich
 2. die Kriegsindustrie – ohne Schädigung der Landwirtschaft – noch gesteigert werden kann, sind (...) überaus dringend und für den Ausgang des Krieges von entscheidender Bedeutung.
- Es erscheint schon jetzt ausgeschlossen, dass diese Fragen ohne einschneidende gesetzliche Maßnahmen erledigt werden können.

Die Frage zu 1. verlangt gebieterisch, dass alle wehrfähigen Männer – Ausnahmen siehe unter zu 2. – eingestellt werden. Dazu sind nötig:

- I. Maßnahmen zur Einschränkung der Reklamationen, insbesondere eingehende Nachprüfung in jedem Fall
- II. Einstellung aller zur Zeit Untauglichen, die an heilbaren Krankheiten usw., z. B. Herzschwäche,

Sportler, allgemeine Körperschwäche usw. leiden, in besondere Abteilungen, die an geeigneten Orten einer Gesundheitskur unterworfen werden. Es kommt vor allem darauf an, die Großstadtjugend den gesundheitsschädigenden Einflüssen zu entziehen. Diese Maßregel hebt gleichzeitig die Volksgesundheit.

III. Erhöhung der Lebensaltersgrenze für die Wehr- bzw. Landstrumpfpflicht. Ich erachte es für angängig, damit bis auf 50 Jahre heraufzugehen. Wenn auch der Gewinn an Wehrfähigen zwischen 45 und 50 Jahren nicht sehr groß sein wird, so erhalten wir doch eine große Zahl von Garnisondienstfähigen, die zur Ablösung Felddienstfähiger rückwärts der Front dienen können-

IV. Energische staatliche Ausbildung der männlichen Jugend von 16. Lebensjahre an für den Militärdienst. Die ist nur möglich, wenn dafür eine entsprechende Entlastung in sonstiger Arbeit (in Fabriken, Fortbildungs- und höheren Schulen usw.) eintritt.

Zu 2. Zur Schaffung von Arbeitskräften bleibt das wirksamste und gerechteste Mittel ein Kriegsleistungsgesetz, wie es bereits früher vorgeschlagen ist.

Es ist möglich, dass innenpolitische Rücksichten dagegen sprechen. Der bittere Ernst der Lage zwingt aber dazu, und ich hoffe, dass bei einer sachlich ruhigen Aufklärung das Volk nicht zögern wird, die gewiß nicht gering einzuschätzenden Pflichten zu übernehmen.

Ein Kriegsleistungsgesetz gibt

- a) die Möglichkeit, Arbeiter aus fast stillstehenden Industriezweigen (Textilbranche usw.) zu verpflanzen;
- b) das Personal der gesamten Nichtkriegsindustrie (Warenhäuser usw.) einzuschränken und anders zu verwenden;
- c) die Arbeitskraft jedes einzelnen voll auszunutzen.

Ich bemerke, dass ein Kriegsleistungsgesetz vor allem auch ein Akt der Gerechtigkeit ist. Es ist namentlich in Anbetracht des allgemeinen Wahlrecht schreiend ungerecht, dass ein Teil der Männer (und zwar durchschnittlich die kräftigsten und für den Staat wertvollsten) Leib und Leben vor dem Feinde einsetzt und beruflich auf das schwerste geschädigt wird, während die andern in Sicherheit daheim sitzen und leider vielfach nur für ihren Gewinn arbeiten. Wenn auch bei einem großen Teil des Volkes höchste Opferwilligkeit herrscht, so sind andere Teile noch weit entfernt davon.

Arbeit für das Allgemeinwohl ist jetzt Pflicht für alle und gibt keinen Anspruch auf besondere Rechte, sondern ist höchstens ein Grund für die Existenzberechtigung.

Ausdehnung des Kriegsleistungsgesetzes auch auf die abkömmlichen Frauen ist nötig. Es gibt ungezählte Tausende von kinderlosen Kriegerfrauen, die nur den Staat Geld kosten. Ebenso laufen Tausende Frauen und Mädchen herum, die nichts tun oder höchst unnützen Berufen nachgehen. Der Grundsatz 'Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen' ist in unserer jetzigen Lage mehr denn je berechtigt, auch den Frauen gegenüber.

Außer- bzw. innerhalb des Kriegsleistungsgesetzes kommt in Betracht:

I. Aufnahme eines Verzeichnisses aller Facharbeiter nach englischem Muster mit genauer Spezifizierung ihres besonderen Ausbildungszweiges. Die Maßregel hat sich auch auf die zum Heeresdienst eingezogenen Männer zu erstrecken.

II. Zwangsweise, staatliche Ausbildung und Verwendung der Kriegsbeschädigten in der Kriegsindustrie und Landwirtschaft. In gleicher Weise würden die aus stillliegenden Industriezweigen freiwerdenden Arbeitskräfte für die Kriegsindustrie nach Bedarf auszubilden sein.

Diese Maßregel ist in geringem Umfange eingeleitet, sie bedarf zu ihrer erfolgreichen Durchführung des Zwanges. Im übrigen ist bei der technischen Veranlagung unsers Volkes und seinem hohen Bildungsstande in kurzer Zeit Erhebliches zu leisten.

III. Schließung von Universitäten, Seminaren usw., soweit es das unabweisbare Bedürfnis der einzelnen Berufe (Ärzte) zuläßt. Im übrigen sind z. B. Studenten der Chemie und technischen Berufe in Fabriken usw. zu verwenden. Auch dies ist ein Gerechtigkeitsakt, da jetzt nicht wehrfähige Männer und Frauen den im Felde stehenden kämpfenden Studenten usw. den Rang ablaufen und in Zukunft die Stellen wegnehmen. Es kommt schon jetzt im Interesse der Volksvermehrung darauf an, dafür zu sorgen, dass den zurückkehrenden jungen Männern die Gründung einer Familie möglichst erleichtert wird.

Ich zweifle nicht, dass unser Volk, wenn ihm der Ernst der Lage klargemacht wird – und das muß geschehen –, sich willig fügt. Täte es dies nicht, so wäre Deutschland nicht des Sieges wert.

Es ist zudem höchste Zeit, dass unberufenen Schreibern und Hetzern, ebenso wie der stellenweise herrschenden unwürdigen Gewinn- und Vergnügungssucht endlich das Handwerk gelegt wird, und das kann nur geschehen, wenn die berufenen Stellen energisch aufklärend und, soweit nötig, strafend durchgreifen. Das ganze deutsche Volk darf nur im Dienste des Vaterlandes leben. (...)

Aus: Erich Ludendorff (Hg.), Urkunden der Obersten Heeresleitung über ihre Tätigkeit 1916/18, Berlin 1921, S. 65-67

Das Hindenburgprogramm brachte mit der ungebremsen Auftragsvergabe durch die Militärs noch einmal eine enorme Ausweitung der Rüstungsproduktion, doch es rief auch eine konjunkturelle Überhitzung und ein enormes wirtschaftliches Chaos hervor. Die Finanzwirtschaft lief mit einem dynamischen Anwachsen der Schulden nun immer deutlicher aus dem Ruder, und die immer stärker ausgebrannte Bevölkerung wurde einer gravierenden materiellen Mangelsituation ausgeliefert, die zu Hunger, Not und Aufbegehren führte.

Mangelbewirtschaftung der Lebensmittel

Von Kriegsbeginn an setzte die deutsche Politik für die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung vorrangig nicht auf Anbau und Produktion von Grundnahrungsmitteln, sondern auf organisierte Mangelbewirtschaftung. Angesichts rasch auftretender Engpässe und Preissteigerungen für Grundnahrungsmittel wurden nach lokalen und regionalen, oft chaotische Verhältnisse hervorbringenden Eingriffen seit Anfang 1915 für immer mehr Lebensmittel reichsweite Beschlagnahmen verfügt. Es wurden zudem Höchstpreise festgesetzt und schließlich ein umfassendes System der Rationierung über Lebensmittelkarten eingeführt, das zu langen Warteschlangen vor den Ausgabestellen, den sog. "Lebensmittelpolonaisen" führte. Die Höchstpreise erwiesen sich in der Realität zunehmend als Mindestpreise, denn die Produzenten versuchten, ihre Güter dem staatlichen Zugriff zu entziehen und auf dem parallel anwachsenden Schwarzen Markt zu veräußern, der weit höhere Gewinne ermöglichte. Hier konkurrierten nicht nur die mehr oder weniger besser gestellten Bevölkerungsschichten miteinander, sondern auch die großen Rüstungsbetriebe und selbst militärische Stellen, die sich für ihre Beschäftigten um Bedarfsgüter bemühten. Die Verknappung der Güter setzte so eine Spirale in Gang, die auf der einen Seite zu einer massiven Herabsetzung der Rationen, auf der anderen Seite zu immer deutlicher ausgeprägten Steigerung der Schwarzmarktpreise führte und die Versorgungslage insbesondere der ärmeren Bevölkerungsschichten nachhaltig verschlechterte.

Die Obrigkeit reagierte auf diese Entwicklungen mit immer schärferen Eingriffen, die von breiten Teilen der Bevölkerung als "Zwangswirtschaft" empfunden und abgelehnt wurde. Die Bauern wurden ebenso streng reglementiert, überprüft und ggf. juristisch verfolgt wie die Händler, dasselbe galt für die darben-

Stadtbevölkerung bei ihren "Hamsterfahrten" auf das Land. Trotzdem sahen sich die Behörden angesichts der teilweise dramatisch sinkenden offiziellen Lebensmittelrationen schließlich gezwungen, die Versorgung auf dem Schwarzen Markt in ihre Planungen einzubeziehen. Effizient waren diese Verfahren allerdings nicht, und sie brachten gravierende gesellschaftliche Probleme mit sich. Der Stadt-Land Konflikt nahm durch die Verteilungskonflikte an Schärfe zu, und ideologische Erklärungsmuster wie der Antisemitismus verbreiteten sich. Vor allem aber verlor der offensichtlich bei seiner Aufgabe, die Bevölkerung zu versorgen, scheiternde Interventionsstaat bei weiten Bevölkerungsteilen an Ansehen und Legitimität.

Kriegsfinanzierung

Der industrialisierte Krieg benötigte nicht nur Menschen, Produktionskapazitäten und Material, zu seiner Finanzierung mussten auch ungeheure Finanzmittel aufgebracht werden. Da die Kriegsfinanzierung in Deutschland fast ausschließlich über Kredite und Anleihen organisiert wurde, wuchs die Verschuldung des Reiches bis zum Ende des Jahres 1918 auf über 150 Milliarden Reichsmark an. Sie lag damit mehr als dreißig Mal so hoch wie vor Beginn des Krieges und betrug etwa die Hälfte des geschätzten Volksvermögens insgesamt. Allein der Zinsdienst für diese enorme, nach Kriegsende schnell weiter anwachsende Schuldenlast verbrauchte im letzten Kriegsjahr 90 % des ordentlichen Reichshaushaltes.

Der Staatssekretär im Reichsschatzamt Karl Helfferich über die Finanzpolitik bei Kriegsbeginn

Hunderte von Millionen, ja Milliarden neuen Geldes ergossen sich also in den ersten Wochen des Krieges über die Volkswirtschaft.

Alles, was für das Heer zu liefern hatte, wurde bar bezahlt. Auf dem Wege über die Arbeitslöhne und die Gebühren der Offiziere und Mannschaften drang der neue Geldstrom bis in die kleinsten Kanäle des Verkehrs. Die Geldklemme der ersten Kriegstage wurde bald durch eine wachsende Geldflüssigkeit abgelöst. Wenn einer bedenklichen Inflation vorgebeugt werden sollte, dann musste durch eine Änderung der Geldbeschaffung der allzu reichlich fließende Quell der papiernen Scheine verstopft und die Hochflut neuer Zahlungsmittel aufgesaugt werden.

Aus: Karl Helfferich, Vom Kriegsausbruch bis zum uneingeschränkten U-Boot-Krieg, Berlin 1919, S. 141f.

Da bei Kriegsbeginn unmittelbar große Geldsummen benötigt wurden – allein die erste Mobilmachungswoche kostete ca. 750 Millionen Reichsmark –, stand dem Staat anfangs nur die Notenpresse zur Verfügung. Um die aus dem vermehrten Geldumlauf resultierende Inflationsgefahr in den Griff zu bekommen, gab es theoretisch zwei Möglichkeiten: die Erhebung von Steuern und die Aufnahme von Krediten. Anders als England, das erhebliche Teile der Kriegskosten über Steuern auf Kriegsgewinne aufbrachte, setzte das Deutsche Reich fast ausschließlich auf Kredite und Anleihen. Eine Kriegssteuer auf Unternehmensgewinne wurde erst im Frühjahr 1917 eingeführt, und sie wurde von den Unternehmern überwiegend in die weitgehend unkontrollierte Preisgestaltung integriert, so dass die Öffentliche Hand selbst dafür aufkommen musste.

Während des Krieges wurden neun Krieganleihen aufgelegt, die mit einem enormen Propagandaaufwand insgesamt einen Erlös von 97 Milliarden Reichsmark einbrachten. Da der Reichstag Kriegskredite in Höhe von insgesamt über 160 Milliarden Reichsmark bewilligte und der Geldumlauf entsprechend ausgeweitet wurde, waren dies volkswirtschaftlich betrachtet allerdings "Krieganleihewunder aus der Notenpresse" (Adolf Lampe). Und insbesondere in der zweiten Kriegshälfte wuchs die durch Krieganleihen nicht gedeckte Reichsschuld rapide auf weit über 50 Milliarden an. Zugleich trieb der steigende Geldumlauf (ca. 30 Milliarden Reichsmark im Jahre 1918 gegenüber sieben Milliarden vor Kriegsbeginn) die Inflation in wachsende Höhen und bestärkte darüber hinaus die Entwicklung des hochinflationären Schwarzen Marktes.

Die Kriegsfinanzierung auf dem Schuldenwege hatte gravierende wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen. Die Forschung ist heute übereinstimmend der Auffassung, dass der sich 1923 zur Hyperinflation steigernde Prozess der Geldentwertung mit dem Beginn des Ersten Weltkrieges seinen Anfang genommen hat, und spricht von einem "Inflationsjahrzent" der Jahre 1914 bis 1923/24. Während des Krieges konnte die Inflation durch die staatliche Zwangswirtschaft mit ihren Beschlagnahmungen, Höchstpreisverordnungen und Rationierungen zwar noch eingegrenzt bzw. überdeckt werden. Doch nach Kriegsende entwickelte sie sich immer schneller. Getilgt werden sollte der riesenhafte Schuldenberg eigentlich durch die vermeintlich besiegten Kriegsgegner, die, wie der Staatssekretär im Reichsschatzamt Karl Helfferich im August 1915 vor dem Reichstag erklärt hatte, das "Bleigewicht der Milliarden (...) durch die Jahrzehnte schleppen" sollten, "nicht wir." Tatsächlich stellte sich die Situation nun andersherum dar: zu den stetig wachsenden Kriegsschulden traten noch die Reparationsforderungen der Sieger hinzu.

Ausgewählte Literatur:

Hans Gotthard Ehlert, Die wirtschaftliche Zentralbehörde des Deutschen Reiches 1914-1919.

Das Problem der "Gemeinwirtschaft" in Krieg und Frieden, Wiesbaden 1982

Gerald D. Feldman, Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914-1918, Berlin und Bonn 1985

Ders., The Great Disorder. Politics, Economics and Society in the German Inflation 1914-1924, New York u. Oxford 1993

Otto Goebel, Deutsch Rohstoffwirtschaft im Weltkrieg einschließlich des Hindenburg-Programms, Stuttgart u. a. 1930

Gerd Hardach, Der Erste Weltkrieg 1914-1918, München 1973 (Geschichte der Weltwirtschaft im 20. Jahrhundert, Bd. 2)

Carl-Ludwig Holtfrerichs, Die deutsche Inflation 1914-1923. Ursachen und folgen in internationaler Perspektive, Berlin u. New York 1980

Konrad Roesler, Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg, Berlin 1967

Anne Roerkohl, Hungerblockade und Heimatfront. Die kommunale Lebensmittelversorgung in Westfalen während des Ersten Weltkriegs, Stuttgart 1991

August Skalweit, Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft, Stuttgart u. a. 1927

Manfred Zeidler, Die deutsche Kriegsfinanzierung 1914 bis 1918 und ihre Folgen, in: Wolfgang Michalka (Hg.), Der Erste Weltkrieg. Wirkung, Wahrnehmung, Analyse, München u. Zürich 1994, S. 415-33



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Der Name des Autors/Rechteinhabers soll wie folgt genannt werden: by-nc-nd/3.0/de/ Autor: Wolfgang Kruse für bpb.de

Zivilisationskrise und moderne Kunst

Von Wolfgang Kruse

6.5.2013

Apl. Prof. Dr. Wolfgang Kruse, geb. 1957, ist Akademischer Oberrat und außerplanmäßiger Professor im Arbeitsbereich Neuere Deutsche und Europäische Geschichte am Historischen Institut der Fernuniversität Hagen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Geschichte des Ersten Weltkriegs, die Geschichte der Französischen Revolution, Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und die Geschichte des politischen Totenkults. Von Kruse ist u.a. erschienen: Wolfgang Kruse: Der Erste Weltkrieg, Darmstadt 2009 (Geschichte Kompakt der WBG).

Die ausgesprochene Monstrosität des Ersten Weltkrieges schlug sich auf bezeichnende Weise in Kultur und Kunst nieder. Der Verlust zivilisatorischer Sinnvorstellungen fand hier seine konsequente Entsprechung. Gemälde, Kriegstagebücher und Gedichte fingen diese Ästhetik ein und machten auch das Grauen des Krieges für jeden Betrachter greifbar.



"Der Gestürzte" von Wilhelm Lehmbruck (1916) Lizenz: cc by-sa/3.0/de (bodok2006)

Nachdem das 'lange' 19. Jahrhundert seit der Französischen Revolution trotz aller Widersprüche und Gegentendenzen vor allem im Zeichen von Modernisierung, Fortschritt und Zivilisation gestanden hatte, schien sich diese optimistische Perspektive auf einmal in ihr Gegenteil zu verkehren: Alle Errungenschaften der Moderne wurden nun zu Instrumenten der Zerstörung. Das Ergebnis musste als Kulturbruch erscheinen: Allein etwa zehn Millionen tote Soldaten, eine noch weit größere Zahl von Verletzten und Krüppeln, dazu kaum zählbare Opfer durch mit dem Krieg verbundene Verbrechen und Leiden, darunter der erste große Völkermord des 20. Jahrhunderts, in dem die jungtürkische Regierung in den Jahren 1915/16 allein etwa eine Million Armenier umbrachte. Die moderne Zivilisation erlebte im Ersten Weltkrieg tatsächlich ihren Rückfall in die Barbarei.

Kulturpessimismus und moderne Kriegskritik

Ahnungen davon hatten den Prozess der Modernisierung von Anfang an begleitet. Während konservative Kulturkritiker die Auflösung vermeintlich organischer Lebensgemeinschaften und die zerstörerischen Wirkungen einer letztlich doch rein instrumentellen Rationalität beklagt hatten, setzten sich Pazifisten und kapitalismuskritische Sozialdemokraten mit den zerstörerischen Potentialen eines industrialisierten Krieges auseinander. Friedrich Engels etwa prognostizierte angesichts des modernen Imperialismus schon 1888 in seiner Einleitung zu Sigismund Bornheims Broschüre "Zur Erinnerung für die deutschen Mordpatrioten 1806-1807" einen "Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahlfressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet; Hungersnot, Seuchen, allgemeine, durch akute Not hervorgerufene Verwilderung der Heere wie der Volksmassen; rettungslose Verwirrung unsres künstlichen Getriebs in Handel, Industrie und Kredit, endend im allgemeinen Bankerott; Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, daß die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt; absolute Unmöglichkeit, vorherzusehen, wie das alles enden und wer als Sieger aus dem Kampf hervorgehen wird..." Und der sozialdemokratische Lehrer Wilhelm Lamszus warnte kurz vor dem Kriegsbeginn 1912 noch einmal eindringlich vor dem modernen "Menschenschlachthaus", in das ein Krieg der Industriemächte Europa verwandeln würde.

"Patrouille" von August Stramm

Die Steine feinden
Fenster grinst Verrat
Äste würgen
Berge Sträuchern blättern raschlig
Gellen
Tod.

Aus: Peter Rühmkorf, 131 expressionistische Gedichte, S. 145.

Als der Krieg dann tatsächlich ausgebrochen war, beschrieb der holländische Sozialistenführer Pieter Jelles Troelstra die Folgen: "Himmel, Meer und Erde ein Schauplatz gegenseitiger Verwüstung. Die Welt eine Hölle, die Menschen wilde Teufel, wissenschaftliche Fortschritte und technische Möglichkeiten in den Dienst eines noch nie da gewesenen Barbarismus gestellt." Der Psychologe Sigmund Freud sah die Menschen nun "irre an der Bedeutung der Eindrücke, die sich uns aufdrängen, und an dem Werte der Urteile, die wir bilden"; sie fühlten sich "befremdet in dieser einst so schönen und trauten Welt." Und der Dichter Hermann Hesse ließ seine Romanfigur Klingsor nach Kriegsende in Bezug auf die Wirkungen des Krieges feststellen: "... unsere schöne Vernunft ist Irrsinn geworden, unser Geld ist Papier, unsere Maschinen können bloß noch schießen und explodieren, unsere Kunst ist Selbstmord. Wir gehen unter, Freunde..."

Der Krieg hinterließ tatsächlich nicht nur auf den Schlachtfeldern eine "zerbrochene Welt", sondern er rief auch eine tiefgehende Erschütterung zivilisatorischer Sinnvorstellungen, Wertordnungen und Deutungsmuster hervor. Es waren in erster Linie die Frontsoldaten, die unmittelbar mit der Monstrosität des modernen Krieges konfrontiert wurden. Vor allem in Bezug auf die junge, vom Kriegserlebnis geprägte Generation wurde schon bald von einer "verlorenen Generation" gesprochen - nicht nur weil ihre Angehörigen massenhaft fielen, sondern auch weil die Überlebenden dauerhaft beschädigt blieben und große Probleme hatten, in das zivile Leben mit seinen zivilisatorischen Normen und Werten zurückzufinden. Besonders deutlich spiegelte sich die destruktive Kraft des Krieges auch in der modernen Kunst wider, die gerade daraus neue Innovationskraft zog und durch den Ersten Weltkrieg einen deutlichen Entwicklungsschub erlebte. Zwar ist es durchaus zutreffend, dass große Teile der

Kriegskunst gerade auch in ihrer propagandistischen Nutzung ausgesprochen traditionell orientiert blieben. Doch trotzdem waren es gerade die Vertreter der künstlerischen Moderne, die für die zerstörerischen Wirkungen des Krieges angemessene Gestaltungsformen fanden und damit auch die weitere Entwicklung der modernen Kunst entscheidend prägen konnten.

Nihilismus und Zynismus

"Wildgänse rauschen durch die Nacht" von Walter Flex

1. Wildgänse rauschen durch die Nacht
Mit schrillum Schrei nach Norden -
Unstäte Fahrt habet acht, habet acht!
Die Welt ist voller Morden.

2. Fahr durch die nachtdurchwogte Welt,
Graureisige Geschwader!
Fahlhelle zuckt, und Schlachtruf gellt,
Weit wallt und wogt der Hader.

3. Rausch'zu, fahr'zu, du graues Heer!
Rauscht zu, fahrt nach Norden!
Fahrt ihr nach Süden übers Meer -
Was ist aus uns geworden!

4. Wir sind wie ihr ein graues Heer
Und fahr'n in Kaisers Namen.
Und fahr'n wir ohne Wiederkehr,
Rauscht uns im Herbst ein Amen!

Aus: Walter Flex, Der Wanderer zwischen beiden Welten, München 1918, S. 8.

Der Krieg brachte erst einmal vor allem radikalisierte Gewalt- und Zerstörungserfahrungen mit sich, die der bürgerlichen Kultur und ihren Werten zutiefst widersprachen. Die vor allem an der Front allgegenwärtige Destruktion brachte nihilistische Orientierungen mit sich, die von Verzweiflung, aber auch von Zynismus geprägt waren. "Die Sonne fällt zum Horizont hinab./ Bald wirft man mich ins milde Massengrab", so lautete der gedämpfte Sarkasmus, mit dem der 1914 gefallene expressionistische Dichter Alfred Lichtenstein bei Kriegsbeginn seinen Soldatenabschied verarbeitete. Die realen Erfahrungen an der Front sperrten sich indes gegen einfache Distanzierungen und riefen oft Verzweiflung hervor. "Alle Straßen münden in schwarze Verwesung", so ließ der als Sanitäter eingezogene expressionistische Dichter Georg Trakl Ende 1914 sein Gedicht über die Schlacht bei Grodek enden, bevor er sich das Leben nahm. In ganz anderer Weise von nihilistischen Tendenzen geprägt waren die Kriegsverarbeitungen von Walter Flex, der das berühmte Lied "Wildgänse rauschen durch die Nacht" schrieb, und von Ernst Jünger, der in seinen Kriegstagebüchern dazu überging, das Erlebnis der modernen Schlacht von allen humanitären Betrachtungsweisen zu lösen und in radikaler Weise zu ästhetisieren. Am Ende entstand hier ein vom industrialisierten Krieg geprägtes neues Menschen- oder besser soldatisches Männerbild, das zu einer Grundlage der faschistischen Kultur werden sollte. "Dieser Krieg ist nicht das Ende, sondern der Auftakt der Gewalt", stellte Jünger fest. "Er ist die Hammerschmiede, in der die neue Welt in neue Grenzen und neue Gemeinschaften zerschlagen wird. Neue Formen wollen mit Blut gefüllt werden, und die Macht will gepackt werden mit eiserner Faust. Der Krieg ist eine große Schule, und der neue Mensch wird von unserem Schlage sein."

"Abschied" von Alfred Lichtenstein

Vorm Sterben mache ich noch mein Gedicht.
Still, Kameraden, stört mich nicht.

Wir ziehn zum Krieg. Der Tod ist unser Kitt.
O, heulte mir doch die Geliebte nit.

Was liegt an mir. Ich gehe gerne ein.
Die Mutter weint. Man muß aus Eisen sein.

Die Sonne fällt zum Horizont hinab.
Bald wirft man mich ins milde Massengrab.

Am Himmel brennt das brave Abendrot.
Vielleicht bin ich in dreizehn Tagen tot.

Aus.: Peter Rühmkorf (Hg.), 131 expressionistische Gedichte. Berlin 1976, S. 66.

Aber die künstlerische Auseinandersetzung mit der kriegerischen Gewalt konnte auch gegenläufige Tendenzen hervorbringen. Im liberaleren politischen Klima Westeuropas konnten sich kriegsgegnerische Tendenzen in der Kunst unbehinderter entfalten als im autoritären Deutschland. "Wir erschaffen eine neue Welt", betitelte etwa der englische Maler Paul Nash 1918 voller Sarkasmus eine seiner von Zerstörung geprägten Kriegslandschaften. Christopher Nevinsons Darstellung eines im Stacheldrahtverhau verendeten Soldaten mit dem Untertitel "Wege des Ruhms" überschritt allerdings die Grenzen und fiel auch im liberalen England der Zensur zum Opfer. In Deutschland konnte sich offen kriegsgegnerische Kunst nur jenseits der Öffentlichkeit entwickeln. Von unmittelbaren persönlichen Kriegserfahrungen gelöst, waren es vor allem Bildhauer wie Käthe Kollwitz, Ernst Lehmbruch oder Ernst Barlach, die eindringliche Ausdrucksformen für die leidende Kreatur fanden. "Saatfrüchte sollen nicht zermahlen werden", lautete die klare Konsequenz, die Kollwitz aus dem Schicksal der "verlorenen Generation" des Ersten Weltkrieges zog. Ihr Denkmal zur Erinnerung an ihren in Belgien gefallenen Sohn zeugt davon ebenso wie Lehmbruchs Skulpturen "Sitzender Jüngling" oder "Der Gestürzte", die ohne konkreten Bezug auf Krieg und Kampf doch die zerstörenden Wirkungen der Gewalterfahrung in noch heute beeindruckender Weise zum Ausdruck bringen.

Identitätszertrümmerungen und zerbrochene Welten

Das Kriegsgeschehen selbst mit seinen vielfältigen, simultanen Sinneseindrücken erwies sich in vieler Hinsicht als eine Überforderung und Überwältigung für menschliche Individuen, deren Darstellung besondere künstlerische Gestaltungsformen erforderte. Bei Kriegsbeginn war es vor allem der 1915 gefallene expressionistische Dichter August Stramm, der mit seiner begrifflich verdichteten Wortkunst angemessene Ausdrucksformen für diese überwältigenden Erfahrungen fand. In der Malerei trat besonders Otto Dix hervor. "Künstler sollen nicht bessern und bekehren. Nur bezeugen müssen sie", lautete sein künstlerisches Credo. "Ich male auch Träume und Gesichte; die Träume und Gesichte meiner Zeit, die Träume und Gesichte aller Menschen!" Ähnlich wie die roboterhaften Kriegsgestalten des Engländers Wyndham Lewis, zeichneten auch die vom Wahnsinn des Krieges zeugenden Soldatenbilder von Dix die Entwicklung von der Identitäts- und Wertezertrümmerung des modernen Krieges zur generellen Auflösung von eindeutigen Identitäten und Weltbildern in der weiteren Entwicklung moderner Kunst vor.

Dada, oder: ein Narrenspiel aus dem Nichts

Richard Huelsenbeck et al.: Dadaistisches Manifest, 1918

Die Kunst ist in ihrer Ausführung und Richtung von der Zeit abhängig, in der sie lebt, und die Künstler sind Kreaturen ihrer Epoche.

Die höchste Kunst wird diejenige sein, die in ihren Bewusstseinsinhalten die tausendfachen Probleme der Zeit präsentiert, der man anmerkt, dass sie sich von den Explosionen der letzten Woche werfen ließ, die ihre Glieder immer wieder unter dem Stoß des letzten Tages zusammensucht. Die besten und unerhörtesten Künstler werden diejenigen sein, die stündlich die Fetzen ihres Leibes aus dem Wirrsal der Lebenskatarakte zusammenreißen, verbissen in den Intellekt der Zeit, blutend an Händen und Herzen. [...]

Das Wort Dada symbolisiert das primitivste Verhältnis zur umgebenden Wirklichkeit, mit dem Dadaismus tritt eine neue Realität in ihre Rechte. Das Leben erscheint als ein simultanes Gewirr von Geräuschen, Farben und geistigen Rhythmen, das in die dadaistische Kunst unbeirrt mit allen sensationellen Schreien und Fiebern seiner verwegenen Alltagspsyche und in seiner gesamten brutalen Realität übernommen wird. Hier ist der scharf markierte Scheideweg, der den Dadaismus von allen bisherigen Kunstrichtungen und vor allem von dem FUTURISMUS trennt, den kürzlich Schwachköpfe als eine neue Auflage impressionistischer Realisierung aufgefaßt haben. Der Dadaismus steht zum erstenmal dem Leben nicht mehr ästhetisch gegenüber, indem er alle Schlagworte von Ethik, Kultur und Innerlichkeit, die nur Mäntel für schwache Muskeln sind, in seine Bestandteile zerfetzt.

Das BRUITISTISCHE Gedicht schildert eine Trambahn wie sie ist, die Essenz der Trambahn mit dem Gähnen des Rentiers Schulze und dem Schrei der Bremsen.

Das SIMULTANISTISCHE Gedicht lehrt den Sinn des Durcheinanderjagens aller Dinge, während Herr Schulze liest, fährt der Balkanzug über die Brücke bei Nisch, ein Schwein jammert im Keller des Schlächters Nuttke.

Das STATISCHE Gedicht macht die Worte zu Individuen, aus den drei Buchstaben Wald, tritt der Wald mit seinen Baumkronen, Försterlivreen und Wildsauen, vielleicht tritt auch eine Pension heraus, vielleicht Bellevue oder Bella vista. Der Dadaismus führt zu unerhörten neuen Möglichkeiten und Ausdrucksformen aller Künste. Er hat den Kubismus zum Tanz auf der Bühne gemacht, er hat die BRUITISTISCHE Musik der Futuristen (deren rein italienische Angelegenheit er nicht verallgemeinern will) in allen Ländern Europas propagiert. Das Wort Dada weist zugleich auf die Internationalität der Bewegung, die an keine Grenzen, Religionen oder Berufe gebunden ist. Dada ist der internationale Ausdruck dieser Zeit, die große Fronde der Kunstbewegungen, der künstlerische Reflex aller dieser Offensiven, Friedenskongresse, Balgereien am Gemüsemarkt, Soupers im Esplanade usw. usw. Dada will die Benutzung des NEUEN MATERIALS IN DER MALEREI.

Dada ist ein CLUB, der in Berlin gegründet worden ist, in den man eintreten kann, ohne Verbindlichkeiten zu übernehmen. Hier ist jeder Vorsitzender und jeder kann sein Wort abgeben, wo es sich um künstlerische Dinge handelt. Dada ist nicht ein Vorwand für den Ehrgeiz einiger Literaten (wie unsere Feinde glauben machen möchten). Dada ist eine Geistesart, die sich in jedem Gespräch offenbaren kann, sodaß man sagen muß: dieser ist ein DADAIST - jener nicht; der Club Dada hat deshalb Mitglieder in allen Teilen der Erde, in Honolulu so gut wie in New-Orleans und Meseritz. Dadaist sein kann unter Umständen heißen, mehr Kaufmann, mehr Parteimann als Künstler sein - nur zufällig Künstler sein - Dadaist sein, heißt, sich von den Dingen werfen lassen, gegen jede Sedimentsbildung sein, ein Moment auf einem Stuhl gesessen, heißt, das Leben in Gefahr gebracht haben (Mr. Wengs zog schon den Revolver aus der Hosentasche). Ein Gewebe zerreißt sich unter der Hand, man sagt ja zu einem Leben, das durch Verneinung höher will. Ja-sagen -Nein-sagen: das gewaltige Hokuspokus des

Daseins beschwingt die Nerven des echten Dadaisten - so liegt er, so jagt er, so radelt er - halb Pantagruel, halb Franziskus und lacht und lacht. Gegen die ästhetischethische Einstellung! Gegen die blutleere Abstraktion des Expressionismus! Gegen die weltverbessernden Theorien literarischer Hohlköpfe! Für den Dadaismus in Wort und Bild, für das dadaistische Geschehen in der Welt. Gegen dies Manifest sein, heißt Dadaist sein!

Aus: Karl Riha u. Hans Bergius (Hg.), Dada Berlin. Texte, Manifeste, Aktionen, Stuttgart 1977, S. 21-25.

Die radikalste Auflösung traditioneller Kunstformen praktizierte schließlich die Bewegung "DADA". Im Züricher "Cabaret Voltaire" fanden sich seit 1915 geflüchtete Kriegsgegner aus verschiedenen Ländern wie die Rumänen Tristan Tzara und Marcel Janko, die Deutschen Hugo Ball und Richard Huelsenbeck, der Elsässer Hans (bzw. Jean) Arp und seine Frau Sophie Teuber zusammen und entwickelten die Kunst mit den Worten ihres Vordenkers Hugo Ball als ein ganz neuartiges, von der Aufbrechung aller Formen und dem Experimentieren mit neuen Gestaltungsformen geprägtes "Narrenspiel aus dem Nichts".

Auszug aus: "Ende der Welt" von Richard Huelsenbeck

Soweit ist es nun tatsächlich mit dieser Welt gekommen
Auf den Telegraphenstangen sitzen die Kühe und spielen Schach.
So melancholisch singt der Kakadu unter den Röcken
Der spanischen Tänzerin wie ein Stabstrompeter
Und die Kanonen jammern den ganzen Tag.
Das ist die Landschaft in Lila von der Herr Mayer sprach
Als er das Auge verlor. [...]

Ach Ach ihr großen Teufel – ach ach ihr Imker und Platzkommandanten
Wille wau wau wau Wille wo wo wer weiß heut nicht
Was unser Vater Homer gedichtet hat
Ich halte den Krieg und den Frieden in meiner Toga
Aber ich Entscheide mich für den Cherry-Brandy-flip
Heute weiß keiner ob er morgen gewesen ist
Mit dem Sarkdeckel schlägt man den Takt dazu
Wenn doch nur einer den Mut hätte der Trambahn
Die Schwanzfeder auszureißen es ist eine große Zeit
[...]

Aus: Karl Riha (Hg.), 113 dada Gedichte, Berlin 1982, S. 51.

Den Schrecken des Krieges meinten sie nur noch als Groteske gestalten zu können. Dafür brachen sie mit allen überkommenen, auf identifizierbare Realitäten bezogenen Gestaltungsformen und konzipierten eine ganz eigene, ihrer inneren Logik folgende Welt der künstlerischen Freiheit. Mit anarchistischem Unsinn und gezielten Provokationen wurde hier ebenso hemmungslos experimentiert wie mit der Fusion unterschiedlicher künstlerischer Gattungen und Materialien. Künstlerische Happenings entstanden, aber auch Lautmalerei, Sprachexperimente, Kollagenkunst und surrealistische Gestaltungsformen. Insbesondere über den Kölner DADA-Ableger mit Jean Arp und Max Ernst ergaben sich auch direkte Übergänge zum Surrealismus der 1920er Jahre, während DADA-Berlin nach der Revolution 1918 mit George Grosz und Raoul Hausmann sowie den Brüdern John Heartfield und Wieland Herzfelde nicht nur durch sogenannte DADA-Messen die bürgerliche Öffentlichkeit provozierte, sondern auch eine radikale Politisierung im Umfeld der frühen KPD durchlief.

Ausgewählte Literatur:

Modris Ecksteins, Tanz über Gräben. Die Geburt der Moderne und der Erste Weltkrieg, Reinbek b. Hamburg 1990 (Orig. Boston 1989).

Paul Fussell, The Great War and Modern Memory, Oxford 1975.

Wolfgang J. Mommsen (Hg.), Kultur und Krieg. Die Rolle der Intellektuellen, Künstler und Schriftsteller im Ersten Weltkrieg, München 1996.

Hans Richter, Dada – Kunst und Antikunst. Der Beitrag Dadas zur Kunst des 20. Jahrhunderts, Köln 1973.

Aviel Roshwald u. Richard Stites (Hg.), European Culture in the Great War. The Arts, Entertainment, and Propaganda, 1914-1918, Cambridge 1999.

Rainer Rother (Hg.), Die letzten Tage der Menschheit. Bilder des Ersten Weltkrieges, Berlin 1994.

Uwe Schneider u. Andreas Schumann (Hg.), Krieg der Geister. Erster Weltkrieg und literarische Moderne, Würzburg 2000.

Klaus Vondung (Hg.), Kriegserlebnis. Der Erste Weltkrieg in der literarischen Gestaltung und Deutung der Nationen, Göttingen 1980.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Kriegswirtschaft und Kriegsgesellschaft

Von Wolfgang Kruse

6.5.2013

Apl. Prof. Dr. Wolfgang Kruse, geb. 1957, ist Akademischer Oberrat und außerplanmäßiger Professor im Arbeitsbereich Neuere Deutsche und Europäische Geschichte am Historischen Institut der Fernuniversität Hagen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Geschichte des Ersten Weltkriegs, die Geschichte der Französischen Revolution, Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und die Geschichte des politischen Totenkults. Von Kruse ist u.a. erschienen: Wolfgang Kruse: Der Erste Weltkrieg, Darmstadt 2009 (Geschichte Kompakt der WBG).

Deutschland war nicht auf einen lange andauernden industriellen Abnutzungskrieg vorbereitet. Schon zu Beginn des Ersten Weltkrieges kam es daher zu einer massiven Umstellungskrise der deutschen Wirtschaft. Trotz der Einberufung von Millionen Männern zum Militär wuchs die Arbeitslosigkeit rasch an. Darauf folgte eine starke Kriegskonjunktur, bedingt durch staatliche Aufträge an die Rüstungsindustrie. Gleichzeitig machte sich ein gravierender Arbeitskräftemangel bemerkbar, der starke gesellschaftliche und soziale Veränderungen mit sich brachte.



Elend der deutschen Bevölkerung im Kriegsjahr 1916: Eine alte Frau bricht in der Schlange vor einem Lebensmittelgeschäft vor Hunger zusammen. (© picture-alliance/dpa)

Zwar wurde die deutsche Zivilgesellschaft im Ersten Weltkrieg nur in geringem Maße - durch Bombenangriffe in grenznahen Gebieten - unmittelbar durch Kampfhandlungen betroffen. Trotzdem übte der zunehmend totale Krieg beträchtliche Einflüsse auf Wirtschaft und Gesellschaft an der sogenannten Heimatfront aus. Die Wirtschaft wurde immer rigorosier auf Kriegsproduktion umgestellt, Frauen spielten eine wachsende Rolle im öffentlichen Leben. Die Menschen begannen Entbehrungen und materielle Not zu erleiden, und in der Gesellschaft bildeten sich immer deutlicher

klassengesellschaftliche Gegensätze und soziale Protestpotentiale aus, die bald auch kriegsgegnerische Ausprägungen gewannen.

„Hunger“-Flugblatt (Juni 1916)

Was kommen mußte, ist eingetreten: Der Hunger!

In Leipzig, in Berlin, in Charlottenburg, in Braunschweig, in Magdeburg, in Koblenz und Osnabrück, an vielen anderen Orten gibt es Krawalle der hungernden Menge vor den Läden mit Lebensmitteln. Und die Regierung des Belagerungszustandes hat auf den Hungerschrei der Massen nur die Antwort: Verschärften Belagerungszustand, Polizeisäbel und Militärpatrouillen.

Herr von Bethmann-Hollweg klagt England des Verbrechens an, den Hunger in Deutschland verschuldet zu haben, und die Kriegsdurchhalter und Regierungszuhälter schwätzen es nach. Indessen die deutsche Regierung hätte wissen müssen, daß es so kommen mußte: Der Krieg gegen Rußland, Frankreich und England mußte zur Absperrung Deutschlands führen. Es war auch stets Brauch unter den edlen Brüdern im Kriege, einander wirtschaftlichen Schaden zuzufügen, die Zufuhr von Lebensmitteln abzusperren. Der Krieg, der Völkermord ist das Verbrechen, der Aushungerungsplan nur eine Folge dieses Verbrechens.

Die bösen Feinde haben uns ‚eingekreist‘, plärren die Kriegsmacher. Warum habt ihr eine Politik gemacht, die zur Einkreisung führte? Ist die einfachste Gegenfrage. [...]

Auf das Verbrechen der Anzettelung des Weltkriegs wurde ein weiteres gehäuft: die Teuerung tat nichts, um dieser Hungersnot zu begegnen. Warum geschah nichts? Weil den Regierungssippen, den Kapitalisten, Junkern, Lebensmittelwucherern der Hunger der Massen nicht wehe tut, sondern zur Bereicherung dient. Weil, wenn man von Anfang an den Kampf gegen Hunger und Not durch ernsthafte Maßnahmen aufgenommen hätte, den verblendeten Massen der furchtbare Ernst der Lage klar geworden wäre. Dann wäre aber die Kriegsbegeisterung alsbald verraucht.

Deshalb hat man die Volksmassen mit Siegestriumphgeheul betäubt und sie gleichzeitig den agrarischen und kapitalistischen Lebensmittelwucherern ausgeliefert. [...]

Was soll werden?

Man kann noch ein halbes Jahr, vielleicht ein ganzes Jahr Krieg führen, indem man die Menschen langsam verhungern läßt. Dann wird aber die künftige Generation geopfert. Zu den furchtbaren Opfern an Toten und Krüppeln der Schlachtfelder kommen weitere Opfer an Kindern und Frauen, die infolge des Mangels dem Siechtum verfallen.

Aus: Deutsche Geschichte in Quellen und Darstellungen, Bd. 8, S. 415f.

Vorrang und Organisation der Kriegsproduktion

Ähnlich wie in allen anderen am Krieg beteiligten Ländern war die Wirtschaft auch in Deutschland nicht auf einen lange dauernden industriellen Abnutzungskrieg vorbereitet. Erschwerend kam hier der durch die Absperrung vom Weltmarkt verursachte Mangel an erforderlichen Rohstoffen wie etwa Salpeter hinzu, das für die Produktion von Schießpulver benötigt wurde. Auf Initiative und unter Leitung des AEG-Direktors Walther Rathenau wurde deshalb schon am 13. August 1914 im Preußischen Kriegsministerium eine Kriegsrohstoffabteilung gegründet. Sie organisierte die Erfassung und Verteilung von kriegswichtigen Rohstoffen und die Produktion von Ersatzstoffen wie künstliches Salpeter nach dem Haber-Bosch-Verfahren und wurde so zur Keimzelle für den Ausbau der deutschen Rüstungswirtschaft. Ausgehend von der Metall- und Chemieindustrie wurden unter ihrer Anleitung immer mehr Wirtschaftsbereiche zu sogenannten Kriegsrohstoffgesellschaften zusammengeschlossen, in denen im Zusammenspiel von wirtschaftlicher Selbstverwaltung und militärbehördlicher Aufsicht die Verteilung von kriegswichtigen Rohstoffen organisiert wurde.

Bericht über die Entwicklung der Volksgesundheit im Ersten Weltkrieg

Die Vorträge hygienischer Sachkenner sowie die Mitteilungen von Vertretern des Reichsamtes des Innern, des Preußischen Ministeriums des Innern und des Gesundheitsamtes der Stadt Berlin enthüllen wahrhaft erschütternde Tatsachen.

Das schlimmste ist, daß an maßgebenden Stellen diese Tatsachen seit langem bekannt waren, aber ihr Bekanntwerden mit allen Machtmitteln der Zensur unterdrückt worden ist.

So teilte Geheimrat Rubner u. a. mit: Die zensurierten Äußerungen der Presse ließen den Gesundheitszustand der Bevölkerung als gut erscheinen. Aber eine vertrauliche Umfrage im Dezember 1917 zeigte ein rasches Steigen der gesamten Sterblichkeit, insbesondere auch an Tuberkulose. Verzweifelt lauteten die Berichte aus Anstalten, wo nur die rationierte Ernährung gegeben wurde. Eine weitere Untersuchung scheiterte an dem Widerstand gewisser mächtiger Persönlichkeiten: Es fehlt jeder Maßstab, wie weit das Elend geht, das nicht nur die Großstädte, sondern auch Kleinstädte, und schließlich auch das Land ergriffen hat. Geheimer Medizinalrat Kraus besprach u. a. die durch Unterernährung entstehende Krankheit „Hungerödem“, die zunächst nur bei älteren und schwer arbeitenden Personen zum Tode führte, später aber auch Jugendliche und die widerstandsfähigeren Altersstufen ergriff. Geheimrat Ezernh besprach besonders die Wirkungen auf die Kinder. Bis 1916 täuschte das gute Aussehen der Kinder, aber die Kinder wurden nur dadurch ausreichend ernährt, daß die Eltern hungerten. Jetzt werden auch schon die Brustkinder in Mitleidenschaft gezogen, da die Milch der Mütter ungenügend wird.

Die Vertreter des Reichsamtes des Innern und der Stadt Berlin gaben vor allem einiges statistisches Material:

Die Gesamtsterblichkeit der Zivilbevölkerung zeigte im Jahre 1917 eine Zunahme von 32 v. H., in den ersten drei Viertel Jahren 1918 von 34 v. H. gegenüber 1913. Dabei sind die Grippefälle nicht mitgerechnet. An Tuberkulose starben in Städten von mehr als 150000 Einwohnern 1913 40334 Menschen. Im ersten Halbjahr 1918 41800. An Erkrankung der Atemorgane starben 1913 46000, 1917 61000. Im ersten Halbjahr 1918 335000 Menschen, ohne die Grippefälle. Für Berlin hat sich ergeben, daß die Todesfälle an Lungen- und Halsschwindsucht sich gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1913 und 1916 im Jahre 1917 verdoppelt haben. Besonders groß ist die Sterblichkeit der Frauen.

Aus: Sociale Praxis, 28. Jg. 1918/19, Sp. 215f.

Dieses System begünstigte in beträchtlichem Maße die schwerindustriellen Großbetriebe und Konzerne, während kleinere und nicht kriegswichtige Betriebe benachteiligt und oft auch ganz geschlossen wurden. Der Vorrang der Kriegsindustrie wurde mit dem auf Betreiben der 3. Obersten Heeresleitung (OHL) im Herbst 1916 aufgelegten "Hindenburg-Programm für die Erzeugung von

Heeresbedarf " noch einmal nachhaltig verstärkt. Das auf die totale Mobilmachung von Wirtschaft und Gesellschaft für die militärische Durchsetzung eines umfassenden Siegfriedens abzielende Programm führte noch einmal zu einer deutlichen Erhöhung der Produktion von Waffen und Munition. Es verschärfte aber zugleich die inneren Probleme, Gegensätze und Konflikte in der deutschen Kriegsgesellschaft, die zuvor bereits immer deutlicher hervorgetreten waren.

Arbeitskräftemangel und Arbeitszwang

Bei Kriegsbeginn war es anfangs zu einer massiven Umstellungskrise der deutschen Wirtschaft mit einer trotz der Einberufung von Millionen Männern zum Militär rasch wachsenden Arbeitslosigkeit gekommen. Sie wurde jedoch bald von einer starken Kriegskonjunktur in den von staatlichen Aufträgen begünstigten Rüstungsbetrieben abgelöst. Hier machte sich nun ein gravierender Arbeitskräftemangel bemerkbar, der durch Umschichtungen aus den Friedensindustrien nur teilweise ausgeglichen werden konnte. Staat und Industrie versuchten, dieses Problem auf verschiedene Weise zu lösen: Zum ersten durch die Rückstellung hochqualifizierter Industriearbeiter vom Kriegsdienst, was allerdings angesichts des wachsenden Bedarfs an Soldaten auf enge Grenzen stieß; zum zweiten durch die Heranziehung von Kriegsgefangenen, eine Praxis, die jedoch im Bereich der Kriegsproduktion völkerrechtswidrig war und oft nur mit Zwang durchgesetzt werden konnte; zum dritten durch Nutzung ausländischer Arbeitskräfte, wobei vor allem gegen Zivilisten aus Polen und Belgien auch rigide Zwangsmaßnahmen angewendet wurden, die vor allem im Falle der Zwangsdeportation von gut 60.000 belgischen Arbeitern ins Reich heftige internationale Proteste auslösten; zum vierten durch Versuche zur Erhöhung der Frauenarbeit, die insbesondere bei Arbeiterfrauen mit Kindern aber nur mäßig erfolgreich waren; schließlich durch die Einschränkung der Freizügigkeit und andere Zwangsmaßnahmen gegen die deutsche Arbeiterschaft.

Größe und Zusammensetzung der deutschen Arbeiterschaft 1913 und 1918

Größe und Zusammensetzung der deutschen Arbeiterschaft

In Industriebetrieben mit 10 und mehr Beschäftigten

Absolute Zahlen jeweils in 1000 Arbeitern; relative Veränderungen in Prozent

	1913	1918	Veränderung
Männer und Frauen insgesamt	7387	6787	-8%
davon erwachsen	6816	6185	-9%
davon unter 16	571	602	+6%
Männer insgesamt	5794	4467	-23%
davon erwachsen	5410	4046	-25%
davon unter 16	384	421	+10%
Frauen insgesamt	1593	2320	+46%
davon erwachsen	1406	2139	+52%
davon unter 16	187	181	-3%

Quelle: Jürgen Kocka, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918, Frankf./M. 1988, S. 27.

Da die Kriegskonjunktur den begehrten Industriearbeitern gute Möglichkeiten eröffnete, durch häufigen Arbeitsplatzwechsel deutliche Gehaltserhöhungen zu erzielen, kam es in Groß-Berlin schon zum Jahreswechsel 1914/15 zu Einschränkungen der Freizügigkeit. Parallel dazu wurde allerdings auf Druck der Militärbehörden die Stellung der Gewerkschaften gegenüber den Arbeitgebern deutlich aufgewertet. Eingerichtet wurden paritätisch aus Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeitgeber besetzte Kommissionen unter Vorsitz eines Offiziers, die über die Berechtigung zum Arbeitsplatzwechsel entschieden. Diese Organisationsform, die den Einfluss der Gewerkschaften erhöhte, sie zugleich aber auch zu einem integralen Bestandteil der Kriegswirtschaftsorganisation werden ließen, wurde bald vielfach übernommen und Ende 1916 im "Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst" generell eingeführt. Das Gesetz verfügte jedoch vor allem die Arbeitspflicht für alle Männer von 16 bis 60. Angeregt hatte es die 3. OHL unter den Generälen Hindenburg und Ludendorff, die einen allgemeinen Arbeitszwang für Männer und Frauen durchsetzen wollte. "Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen", lautete die Devise, unter der Hindenburg von der Regierung ein allgemeines Arbeitszwangsgesetz forderte. Diese lehnte es allerdings aus bevölkerungs- und geschlechterpolitischen Erwägungen ab, Frauen einem allgemeinen Arbeitszwang zu unterwerfen. Und im Reichstag konnte die sogenannte Gewerkschaftsmehrheit aus SPD und Zentrum auch für Männer Ausnahmeregelungen durchsetzen, nach denen die Betriebsbindung durch das Prinzip gebrochen wurde, dass Einkommensverbesserungen einen Arbeitsplatzwechsel rechtfertigen sollten. Die so weiter steigenden Löhne in der Kriegsindustrie waren jedoch bald trotzdem nicht mehr in der Lage, die kriegsbedingte Verelendung der Arbeiterschaft aufzuhalten. Dazu trug nicht nur die Inflation bei, die von einer Finanzierung des Kriegs durch die Notenpresse angeheizt wurde, sondern auch der absolute Mangel an Lebensmitteln und Konsumgütern.

Lebensmittelbewirtschaftung und materielle Not

Das zivile Leben an der Heimatfront war von Kriegsbeginn an von Mangel und wachsender Not geprägt. Eine Ursache dafür lag in der britischen Seeblockade, doch kamen andere, hausgemachte Gründe hinzu. Während etwa in England durch die Ausweitung von Anbauflächen die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung sichergestellt werden konnte und erst im letzten Kriegsjahr Rationierungen eingeführt werden mussten, setzte das Deutsche Reich mit seinem prinzipiellen Vorrang für die Kriegsproduktion bei Lebens- und Bedarfsmitteln von Anfang an auf Mangelbewirtschaftung. Angefangen mit Grundnahrungsmitteln wie Brotgetreide und Kartoffeln, wurden frühzeitig von den Militärbehörden Beschlagnahmen verhängt, Höchstpreise festgesetzt und Lebensmittelrationen zugewiesen.

Arbeitsverdienste und Nahrungsmittelversorgung zu Zeiten des Ersten Weltkriegs

Durchschnittliche Arbeiter-Jahresverdienste in 370 Unternehmen 1914-1918

Realverdienste männlicher Arbeiter, März 1914 = 100

	Sept. 1914	März 1915	Sept. 1915	März 1916	Sept. 1916	März 1917	Sept. 1917	März 1918	Sept. 1918
Kriegsindustrien	90,8	91,8	89,8	88,9	78,4	76,2	78,8	77,8	77,4
Zwischengruppe	92,3	83,4	81,6	79,9	68,3	62,3	62,8	60,4	64,2

Frieden- sindustri- en	83,5	82,6	77,5	73,5	57,9	54,3	52,7	52,2	55,5
Durchsc- hnitt insgesamt	88,9	85,9	83,0	80,8	68,2	64,3	64,8	63,4	65,7

Quelle: Jürgen Kocka, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918, Frankf./M. 1988, S. 33.

Gewicht der offiziellen Lebensmittelrationen

In Prozent des Gewichts des Friedensverbrauchs

	1916/1917	1917/1918	1.7. bis 28.12.1918
Fleisch	31,2	19,8	11,8
Eier	18,3	12,5	13,3
Schmalz	13,9	10,5	6,7
Butter	22	21,3	28,1
Zucker	48,5	55,7-66,7	82,1
Kartoffeln	70,8	94,2	94,3
Pflanzliche Fette	39	40,5	16,6

Quelle: Jürgen Kocka, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918, Frankf./M. 1988, S. 35.

Die lange auf unterschiedlichen Entscheidungsebenen von den Stellvertretenden Generalkommandos und verschiedenen Zivilbehörden auf kommunaler, einzelstaatlicher und Reichsebene ohne klare Zentralisierung praktizierte Zwangsbewirtschaftung der Lebensmittel gestaltete sich jedoch nicht nur ausgesprochen chaotisch und rief vielfältige Widerstände hervor. Sie erwies sich vielmehr auch bald als eine Form der Mangelbewirtschaftung, die vielfältige Ungerechtigkeiten hervorrief und vor allem eine ausreichende Grundversorgung der Bevölkerung nicht sicherstellen konnte. Spätestens im sog. Steckrübenwinter 1916/17 wurde deutlich, dass in Deutschland gravierende materielle Not und ein verbreiteter Hunger herrschten, dem vor allem ältere und geschwächte Menschen zum Opfer zu fallen begannen. Die offiziellen Lebensmittelrationen sanken bei großen regionalen und sektoralen Unterschieden auf etwa ein Drittel des Friedensverbrauchs. Zugleich boomte der Schwarze Markt, auf dem sich jedoch nur diejenigen zusätzliche versorgen konnten, die über größere Geldmengen oder über Sachmittel verfügten. Nicht zuletzt die großen Rüstungsbetriebe versuchten hier, die Versorgung ihrer Belegschaften zu verbessern, und trieben die Preise so immer weiter in die Höhe.

Soziale Gegensätze und Antikriegsproteste



Bericht des Berliner Polizeipräsidenten an den Preußischen Innenminister über Unruhen vor Lebensmittelgeschäften im Oktober 1915

In den Abendstunden des 14. d. Mts. haben kleinere Zusammenrottungen vor dort befindlichen Niederlassungen der Großbutterfirma Assmann stattgefunden.

Die Schaufensterscheiben des Zweiggeschäfts Evertystr. Ecke Straßmannstr, wurden eingeschlagen und die dadurch erreichbaren Lebensmittel (Butter, Eier, Käse) auf die Straße geworfen und gestohlen. Ein weiterer Angriff gegen eine andere in derselben Straße Ecke Kochhannstraße belegene Zweigniederlassung hatte nur das Ergebnis des Einschlagens der Fensterscheiben, da hier die Schutzmannschaft rechtzeitig zur Stelle sein konnte und die Versammelten auseinandertrieb. Es wurden aus diesem Anlaß im ganzen 4 Sistierungen vorgenommen. Leider haben sich diese Zusammenrottungen am gestrigen (15.) Abend in stärkerem Umfange wiederholt. Von ihr sind zunächst wieder die vorgenannten Buttergeschäfte in der Ebertystraße betroffen worden. Durch rechtzeitiges Eingreifen der Schutzmannschaft wurde jeder Angriff gegen die Geschäfte abgewehrt. Einem Schutzmann wurde durch einen der Persönlichkeit nach nicht festgestellten Arbeiter tatsächlicher Widerstand geleistet und er durch einen Faustschlag auf die Nase nicht unbedenklich verletzt. Die Unruhen dauerten von 5 Uhr nachmittags bis 11 Uhr abends. Ein weiterer Angriff gegen eine in der Proskauerstraße 24 belegene Niederlassung der gleichen Firma erfolgte um 7 ½ Uhr. Hier wurde von Kindern eine Schaufensterscheibe zertrümmert. Rechtzeitiges Eingreifen der der Schutzmannschaft war hier unmöglich, weil der zur Bewachung aufgestellte Schutzmann gerade zur Schlichtung einer Schlägerei nach der in demselben Revier belegenen Schreinerstraße 62 gerufen war und die übrigen Kräfte des Reviers teils zum Schutze des in der Schreiner- Ecke Samariterstraße belegenen weiteren Zweiggeschäfts, teils zur Unterdrückung von Ansammlungen auf Lichtenberger Gebiet vor dem Zweiggeschäft Ecke Frankfurter Allee und Niederbarnimerstraße dringend benötigt waren. Ein weiterer Angriff richtete sich gegen das Buttergeschäft von Göbel, Landsbergerstr. 54. Dieser konnte zunächst leicht zerstreut werden, da die Leiterin des Geschäfts dasselbe sofort um 6 ½ Uhr schloß. Um 8 Uhr erneuerten sich jedoch die Ansammlungen. Es wurden vereinzelt Steine nach dem Geschäft geworfen und die Schaufenster damit zertrümmert. Auch erfolgten Steinwürfe gegen die vorgehenden Aufsichtsbeamten. Ein Schutzmann wurde durch Steinwürfe hinter dem linken Ohr unerheblich verletzt, einem Schutzmann im Gedränge der Säbel entrissen, und nach dem leitenden Polizeibeamten mit einer Preßkohle geworfen, ohne ihn zu treffen. 2 Männer und 2 Frauen mußten zur Wache gebracht werden. An dieser Zusammenrottung beteiligten sich 500-600 Personen, meistens halbwüchsige Burschen. Die männlichen Teilnehmer schienen teilweise angetrunken zu sein und waren deshalb im Gegensatz zu den durch gütiges Zureden zugänglichen Frauen nur durch energisches Vorgehen von der Straße zu bringen. Um 11 ½ Uhr trat Ruhe ein.

Schließlich hat auch im Bezirk des 70. Polizeireviers im Südosten in der Reichenbergerstraße 137 um 7 ¾ Uhr ein Angriff auf das Eiergeschäft von Leo Intrators tatgefunden. Es waren 500 bis 600 Personen versammelt, denen es infolge der Plötzlichkeit des Angriffs gelang, die Schaufensterscheiben und die

Vorräte im Schaufenster zu zerschlagen, ohne daß ein Einschreiten der Schutzmannschaft und Feststellung der Täter erfolgen konnte. Ein verstärkter polizeilicher Schutz hinderte dann weitere Ausschreitungen, und die Menge hatte sich um 10 Uhr verlaufen.

Die an sich in einer Großstadt wie Berlin unter dem gegenwärtigen Druck der Lebensmittelfrage nicht besonders bedenklichen Ausschreitungen trage ich deshalb so ausführlich vor, weil die Gefahr besteht, daß sie sich wiederholen und einen immer größeren Umfang annehmen werden. [...]

Aus: Dokumente aus geheimen Archiven, Bd. 4, S. 90f.

Die Dynamik der Kriegsgesellschaft und die Eingriffe des Militärstaates, die von Nationalökonomen und Kriegsideologen als "Kriegssozialismus" oder als "deutsche Gemeinwirtschaft" verklärt wurden, führten letztlich zu einer verschärften Ausprägung klassengesellschaftlicher Gegensätze und zu einem immer weiter um sich greifenden Vertrauensverlust in die Möglichkeiten des Interventionsstaates. Die Arbeiterschaft erlebte trotz aller Bemühungen der Gewerkschaften nach dem Urteil des Sozialhistorikers Jürgen Kocka eine "Knappheits-, Verelendungs- und Ausbeutungssituation, wie sie seit Beginn der Industrialisierung nicht mehr existiert hatte". Auch weite Teile des Mittelstandes sahen sich in zunehmendem Maße sozial deklassiert, während auf der anderen Seite die industrielle Bourgeoisie enorme Kriegsgewinne verzeichnen konnte. Zugleich ballte sich in den wachsenden Riesenbetrieben der Rüstungswirtschaft eine neuartige, in hohem Maße von Jugendlichen und Frauen geprägte Arbeiterschaft zusammen, deren Bindung an die in die Kriegsanstrengungen des Militärstaates eingebundenen Gewerkschaften nachließ. So war es kaum verwunderlich, dass im Laufe des Krieges soziale Proteste immer weiter um sich griffen und bald eine kriegsgegnnerische, schließlich auch revolutionäre Qualität gewannen.

Forderungen der Berliner Arbeiterräte im Januarstreik 1918

1. Schleunige Herbeiführung des Friedens ohne Annexion, ohne Kriegsentschädigung, auf Grund des Selbstbestimmungsrechts der Völker entsprechend den Ausführungsbestimmungen, die dafür von dem russischen Volksbeauftragten in Brest-Litowsk formuliert wurden.
2. Zuziehung von Arbeitervetretern aller Länder zu den Friedensverhandlungen.
3. Ausgiebigere Nahrungsversorgung durch Erfassung der Lebensmittelbestände in den Produktionsbetrieben wie in den Handelslagern zwecks gleichmäßiger Zuführung an alle Bevölkerungskreise.
4. Der Belagerungszustand ist sofort aufzuheben. Das Vereinsrecht tritt vollständig wieder in Kraft, ebenso das Recht der freien Meinungsäußerung in der Presse und in Versammlungen. Die Schutzgesetze für Arbeiterinnen und Jugendliche sind schleunigst wieder in Kraft zu setzen. Alle Eingriffe der Militärverwaltung in die gewerkschaftliche Tätigkeit sind rückgängig zu machen und neue zu verhindern.
5. Die Militarisierung der Betriebe ist gleichfalls aufzuheben.
6. Alle wegen politischer Handlungen Verurteilte und Verhaftete sind sofort freizulassen.
7. Durchgreifende Demokratisierung der gesamten Staatseinrichtungen in Deutschland, und zwar zunächst die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Männer und Frauen im Alter von mehr als 20 Jahren für den preußischen Landtag.

ENTSCHLIEßUNG

Da nur unbedingte Solidarität Erfolg verheißt, geloben wir, jede Maßregelung unserer Führer, Vertreter

und Beauftragten mit aller Macht abzuwehren. Wir richten aber auch an die Proletarier Deutschlands wie der anderen kriegführenden Länder insgesamt die dringende Aufforderung, wie schon die Arbeitskollegen in Österreich-Ungarn erfolgreich uns vorangegangen sind, so nunmehr gleichfalls in Massenstreiks einzutreten, denn erst der gemeinsame internationale Klassenkampf schafft uns endgültig Frieden, Freiheit und Brot.

Aus: Dokumente aus geheimen Archiven, S. 246f.

Bereits im Jahre 1915 entwickelten sich erste Lebensmittelunruhen vor Geschäften und bei öffentlichen Lebensmittelausgaben, die von nun an nicht mehr abrissen und nach dem treffenden Urteil Ute Daniels "die Kommunen zu Nebenkriegsschauplätzen avancieren ließen". Beteiligt waren daran vor allem Jugendliche und Frauen. Mit dem Streik gegen die Verhaftung Karl Liebknechts im Juni 1916, an dem sich in Berlin immerhin etwa 60.000 Arbeiter beteiligten, begann die Protestbewegung sich deutlicher zu politisieren und auf die betriebliche Ebene überzugreifen. Vor allem in den kriegsindustriellen Großbetrieben kam es im April 1917 und im Januar 1918 zu großen Streikbewegungen gegen den Krieg und die Militärmonarchie, an denen sich Hunderttausende Arbeiter beteiligten. Eine führende Rolle spielte dabei die Gruppe der "Revolutionären Obleute", die sich vor allem aus gewerkschaftlichen Vertrauensmännern in der Berliner Metallindustrie rekrutierte. Auch wenn die Streikbewegung durch die Militarisierung der Betriebe erst einmal abgebrochen werden musste und ihre Führer teils ins Gefängnis geworfen, teils an die Front geschickt wurden, hatten insbesondere die fast alle Industriereviere in Deutschland erfassenden Januarstreiks gezeigt, wie sehr sich die Unzufriedenheit großer Teile der Arbeiterschaft in revolutionärer Weise politisiert hatte.

Ausgewählte Literatur:

Roger Chickering, Freiburg im Ersten Weltkrieg. Totaler Krieg und städtischer Alltag, Paderborn 2008 (Orig. Cambridge/Mass. 2007).

Hans Joachim Bieber, Gewerkschaften in Krieg und Revolution. Arbeiterbewegung, Industrie, Staat und Militär in Deutschland 1914-1920, 2 Bde., Hamburg 1981.

Hans G. Ehlert, Die wirtschaftliche Zentralbehörde des Deutschen Reiches 1914-1919. Das Problem der "Gemeinwirtschaft" in Krieg und Frieden, Wiesbaden 1982.

Gerald D. Feldman, Armee, Industrie und Arbeiterschaft in Deutschland 1914-1918, Bonn u. Berlin 1985 (Orig. 1966).

Ders., The Great Disorder. Politics, Economics, and Society in the German Inflation, Oxford 1993.

Jürgen Kocka, Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914-1918, Frankf./M. 1988 (zuerst Göttingen 1973).

Kai Rawe, "... wir werden sie schon zur Arbeit bringen." Ausländerbeschäftigung und Zwangsarbeit im Ruhrkohlenbergbau während des Ersten Weltkrieges, Essen 2005.

Anne Roerkohl, Hungerblockade und Heimatfront. Die kommunale Lebensmittelversorgung in Westfalen während des Ersten Weltkrieges, Stuttgart 1991.

A. Skalweit, Die deutsche Kriegsernährungswirtschaft, Stuttgart u.a. 1927.

Jens Thiel, "Menschenbassin Belgien". Anwerbung, Deportation und Zwangsarbeit im Ersten Weltkrieg, Essen 2007.

Friedrich Zunkel, Industrie und Staatssozialismus, Der Kampf um die Wirtschaftsordnung in

Deutschland 1914-1918, Düsseldorf 1974.

Benjamin Ziemann, Front und Heimat. Ländliche Kriegserfahrungen im südlichen Bayern 1914-1923, Essen 1997.

Das Ende des Kaiserreichs: Militärischer Zusammenbruch und Revolution

Von Wolfgang Kruse

6.5.2013

Apl. Prof. Dr. Wolfgang Kruse, geb. 1957, ist Akademischer Oberrat und außerplanmäßiger Professor im Arbeitsbereich Neuere Deutsche und Europäische Geschichte am Historischen Institut der Fernuniversität Hagen. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Geschichte des Ersten Weltkriegs, die Geschichte der Französischen Revolution, Geschichte der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung und die Geschichte des politischen Totenkults. Von Kruse ist u.a. erschienen: Wolfgang Kruse: Der Erste Weltkrieg, Darmstadt 2009 (Geschichte Kompakt der WBG).

Ende 1918 brach die alte Ordnung in sich zusammen, ihre Vertreter hatten abgewirtschaftet und kapitulierten kampflos. Die revolutionäre Bewegung beendete die Fürstenherrschaft in Deutschland und machte den Weg frei für eine demokratische Republik. Sie blieb allerdings von den vordemokratischen Strukturen ebenso geprägt wie von den Verwerfungen des Krieges.

Es wäre zweifellos zu deterministisch und auch zu einfach, wenn man festhalten wollte, dass das in drei Kriegen vom "weißen Revolutionär" (Lothar Gall) Bismarck gegründete Deutsche Kaiserreich am Ende in Krieg und Revolution untergehen musste. Doch um einen historischen Zufall handelte sich dabei auch nicht. Der Erste Weltkrieg, in dessen Zentrum der deutsche Versuch stand, die Vorherrschaft auf dem europäischen Kontinent zu erobern, führte letztlich zum Untergang eines Kaiserreiches, das den Belastungen des zunehmend totalen, die Anspannung aller gesellschaftlichen Kräfte erfordernden Krieges am Ende nicht gewachsen war. Dahinter standen auch langfristige, strukturelle Ursachen. Im Innern war es dem Kaiserreich seit langen immer schwerer gefallen, die sich zuspitzenden Widersprüche zwischen der hochgradigen Modernität und Dynamik seiner sozioökonomischen Basis auf der einen, den verkrusteten und von traditionellen Eliten hartnäckig verteidigten gesellschaftspolitischen Herrschaftsverhältnissen auf der anderen Seite auszugleichen. Auch vor diesem Hintergrund hatte das Reich nach Außen mit seiner Weltpolitik Herrschaftsansprüche entwickelt, die trotz aller Modernisierungsdynamik doch zunehmend über die eigene wirtschaftliche und gesellschaftliche Basis hinauswiesen. Dies trat vor allem während des Ersten Weltkrieges immer deutlicher zutage und führte letztlich mit der totalen Siegfriedenspolitik der 3. Obersten Heeresleitung (OHL) zur Aufzehrung der ökonomischen Basis, des sozialen Zusammenhalts und der politischen Legitimität der herrschenden Ordnung. Der militärische und politische Zusammenbruch von 1918 war die Folge dieser Entwicklung, an deren Ende die revolutionäre Ersetzung der Monarchie durch eine parlamentarisch-demokratische Republik stand.

Der militärische Zusammenbruch

Als die OHL am 29. September 1918 die Reichsregierung zur sofortigen Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen aufforderte, kam der nun deutlich werdende militärische Zusammenbruch für Politik und Öffentlichkeit höchst überraschend. Das Deutsche Reich und seine Verbündeten hatten noch zu Jahresbeginn in Brest-Litowsk dem bolschewistischen Russland einen umfassenden Siegfrieden aufgezwungen und im Anschluss mit den Frühjahrsoffensiven auch im Westen die Kriegsgegner an den Rand der Niederlage gebracht. Kein feindlicher Soldat stand auf deutschem Boden, im Gegenteil, deutsche Truppen kontrollierten weite Territorien Europas. Trotzdem hatte die OHL Recht, als sie in ihrer Lageanalyse zu dem Ergebnis kam, dass die militärische Lage aussichtslos zu werden drohte.

Aus dem Vortrag des Majors im Generalstab von dem Bussche vor den Fraktionsführern des Reichstages am 2.10.1918

...Trotzdem mußte die Oberste Heeresleitung den ungeheuer schweren Entschluß fassen, zu erklären, daß nach menschlichem Ermessen keine Aussicht mehr besteht, dem Feinde den Frieden aufzuzwingen.

Entscheidend für den Ausgang sind vor allem zwei Tatsachen: die Tanks. Der Gegner setzt sie in unerwartet großer Menge ein ... wo sie überraschend auftreten, waren ihnen häufig die Nerven unserer Leute nicht mehr gewachsen ... Aus den Erfolgen der Tanks sind die hohen Gefangenenzahlen, die unserer Stärke so empfindlich herabsetzen und einen schnelleren Verbrauch der Reserven als bisher gewohnt, herbeiführen, zu erklären. Dem Feind gleiche Massen deutscher Tanks entgegenzustellen, waren wir nicht in der Lage. Sie herzustellen ging über die Kräfte unserer auf Äußerste angespannten Industrie, oder andere wichtige Dinge hätten liegen bleiben müssen.

Restlos entscheidend ist die Ersatzlage geworden ... Der laufende Ersatz, Wiedergenesende, Ausgekämmte, wird nicht einmal die Verluste eines ruhigen Winterfeldzuges decken. Nur die Einstellung des Jahrgangs 1900 wird die Bataillonsstärken einmalig um 100 Köpfe erhöhen. Dann ist unsere letzte Menschenreserve verbraucht ... Diese Erkenntnisse und die Ereignisse ließen in dem Herrn Generalfeldmarschall und General Ludendorff den Entschluß reifen, Seiner Magestät dem Kaiser vorzuschlagen, zu versuchen, den Kampf abubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten weitere Opfer zu ersparen. Jede 24 Stunden können die Lage verschlechtern und den Feind unsere eigentliche Schwäche erkennen lassen.

Prinz Max v. Baden, der von dieser Veranstaltung nicht wußte, ließ sich von einem Teilnehmer die Wirkungen dieser Eröffnung schildern:

Die Abgeordneten waren ganz gebrochen. Ebert (MSPD, WK) wurde totenblaß und konnte kein Wort herausbringen, Stresemann (Nationalliberale, WK) sah aus, als ob ihm etwas zustoßen würde, einzig und allein Graf Westarp (Konservative, WK) begehrte auf gegen die vorbehaltlose Annahme der Vierzehn Punkte. Der Minister von Waldow (Leiter des Kriegsernährungsamtes) soll den Saal mit den Worten verlassen haben: Jetzt bleibt ja nur übrig, sich eine Kugel durch den Kopf zu schießen. – Der „Pole“ (Abgeordneter aus den früher polnischen Teilen Preußens) Seyda kam zuerst heraus, strahlend. Der Unabhängige Haase stürzte dem Unabhängigen Ledebour mit dem Wort entgegen: Jetzt haben wir sie!“

Aus: Ernst Johann, Innenansicht eines Krieges, S. 332f.

Zwar hatten die schnell aufeinander folgenden deutschen Offensiven im Frühjahr und Frühsommer 1918 territoriale Gewinne gebracht, wie sie seit dem Ende des Bewegungskrieges 1914 nicht mehr möglich gewesen waren. Doch ein entscheidender Durchbruch hatte nicht erzielt werden können, vor allem auch, weil es nur unzulänglichen Nachschub gab. Und als die nun durch wachsende US-Streitkräfte verstärkten, deutlich besser versorgten und ausgerüsteten alliierten Truppen im Sommer

zum Gegenangriff antraten, hatten ihnen die völlig erschöpften deutschen Soldaten nicht mehr viel entgegenzusetzen. Am 8. August, der mit den Worten von General Ludendorff als "schwarzer Tag des deutschen Heeres" in die Kriegsgeschichte einging, gelang den Alliierten bei Amiens ein entscheidender Durchbruch durch die deutsche Frontlinie, der nur durch großangelegt Rückzugsbewegungen aufgefangen werden konnte. Zugleich begann die Front sich aufzulösen. Da sie am Ende ihrer Kräfte angelangt waren und nun auch den Glauben an einen Sieg vollends verloren, kam es zu einer Art "verdecktem Militärstreik" (Wilhelm Deist) der deutschen Soldaten: Viele weigerten sich nun, die Schützengräben zum Kampf zu verlassen, ganze Truppenteile ließen sich freiwillig gefangen nehmen; etwa eine $\frac{3}{4}$ Million Soldaten begab sich selbständig auf den Weg nach Hause, es begannen sich erste Soldatenräte zu bilden. Nur noch ein "Spinnwebennetz von Kämpfern" hielt schließlich nach dem Urteil des Majors Ludwig Beck die Front zusammen.

Auszug aus der amerikanischen Note vom 23.10.1918 an die Reichsregierung

Er (Wilson) hält es aber für seine Pflicht, neuerdings zu erklären, daß der einzige Waffenstillstand, den ihnen zur Erwägung vorzuschlagen er sich für berechtigt halten würde, ein solcher wäre, der die Vereinigten Staaten und die mit ihnen assoziierten Mächte in einer Lage lassen würde, in der sie jeder Abmachung, welche getroffen werden müsste, genügend Kraft beizusetzen vermögen, um eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschland unmöglich zu machen. [...]

Der Präsident fühlt, daß es nicht aufrichtig wäre, wenn er nicht, und zwar in möglichst klarer Form, betonen würde, warum außerordentliche Sicherungen verlangt werden müssen. So bedeutungsvoll und wichtig die Verfassungsänderungen zu sein scheinen, von denen der deutsche Staatssekretär des Aeußeren in seiner Note vom 20. Oktober spricht, so geht daraus doch nicht hervor, daß die Grundsätze einer dem deutschen Volke verantwortlichen Regierung jetzt bereits vollständig angenommen sind, oder daß eine Bürgschaft besteht oder erwogen wird, damit die Systemänderung und die Durchführung der Maßregeln, über die jetzt teilweise eine Einigkeit erzielt worden ist, dauernd sein werden. Außerdem tritt nicht gerade in Erscheinung, ob der Kern der gegenwärtigen Frage getroffen ist. Es ist möglich, daß künftige Kriege jetzt unter Kontrolle gestellt worden sind. Aber der gegenwärtige Krieg war es nicht. Und um den gegenwärtigen Krieg handelt es sich, Es ist klar, daß das deutsche Volk kein Mittel besitzt, um zu befehlen, daß sich die deutschen Militärbehörden dem Volkswillen unterordnen, daß die Macht des Königs von Preußen, die Politik des Reiches unter seiner Kontrolle zu halten, noch unzerstörbar ist, daß die entscheidende Initiative noch immer bei denen liegt, die bis jetzt die Herrscher in Deutschland waren.

In dem Gefühl, daß der ganze Weltfrieden jetzt davon abhängt, daß klar gesprochen und aufrichtig und klar gehandelt werde, betrachtet es der Präsident als seine Pflicht, ohne irgendeinen Versuch zu machen, Worte, die als schroff gelten könnten, zu mildern, auszusprechen, daß die Völker der Welt kein Vertrauen zu den Worten derjenigen hegen und hegen können, die bis jetzt die deutsche Politik beherrschten, und ebenfalls zu betonen, daß beim Friedensschluß und beim Versuche, die endlosen Leiden und Ungerechtigkeiten dieses Krieges ungeschehen zu machen, die Regierung der Vereinigten Staaten mit keinem anderen als mit den Vertretern des deutschen Volkes verhandeln kann, welche bessere Sicherheiten für eine wahre verfassungsmäßige Haltung bieten als die bisherigen Beherrscher Deutschlands.

Wenn mit den militärischen Beherrschern und monarchistischen Autokraten Deutschlands jetzt verhandelt werden muß, kann und muß es nur die Aussicht haben, daß wir später auch mit ihnen bei der Regelung der internationalen Verpflichtungen des Deutschen Reiches zu tun haben werden. Dann kann Deutschland über keine Friedensbedingungen verhandeln, sondern muß sich ergeben. Diese wesentlichen Dinge können nicht unausgesprochen bleiben.

Genehmigen Sie den Ausdruck meiner besonderen Hochachtung.

Gez. Robert Lansing

Aus: Gerhard A. Ritter und Susanne Miller (Hg.), *Die deutsche Revolution 1918-1919. Dokumente*, Hamburg 1975, S. 18-20.

Hinzu kam der sich immer deutlicher abzeichnende Zusammenbruch der Verbündeten. Im September wurde auf dem Balkan sowohl die bulgarische als auch die türkische Front auf breiter Front durchbrochen. Bulgarien ersuchte bereits um einen Waffenstillstand. Auch Österreich-Ungarn unterbreitete der Entente am 14. September ein Friedensangebot und drängte Deutschland zum Waffenstillstand, den die neue Reichsleitung schließlich auf weiteres Drängen der OHL am 4. Oktober offiziell der Entente vorschlug. Die Friedensverhandlungen sollten auf der Basis des 14-Punkte-Programms erfolgen, in dem der amerikanische Präsident Woodrow Wilson im Januar 1918 seine Forderungen nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, der Freiheit des Welthandels und der Gründung eines Völkerbundes niedergelegt hatte. Doch so einfach, wie sich Regierung und OHL das vorstellten, gestaltete sich die Beendigung des Krieges nicht. Denn die alliierten Siegermächte forderten erst einmal weitreichende Zugeständnisse und waren vor allem nicht bereit, mit den Vertretern der alten preußisch-deutschen Militärmonarchie über die Bedingungen eines Waffenstillstands zu verhandeln. Ihre Forderungen auf territoriale Verzichtserklärungen und demokratische Neuordnung wurden auf deutscher Seite dagegen als bedingungslose Kapitulation abgelehnt und riefen Überlegungen zu einer Fortsetzung des Krieges hervor.

Die Oktoberreformen

Schreiben des Vizefeldwebel und späteren sozialdemokratischen Reichsjustizministers Gustav Radbruch von der französischen Front an seine Frau Lydia, Herbst 1918

7. Oktober 1918

[...]Wegen der geringen Stärke der Kompagnien soll jedes Bataillon künftig nur 3 haben, die vierte wird aufgeteilt. Dieses Los hat bei uns meine alte Kompanie getroffen, weil sie bei den neulichen Angriffen einfach nicht aus ihren Unterständen herausgekommen ist. Eine andere Kompanie war bis auf 5 Mann krank; ähnlich war es bei einer dritten, und nur eine einzige Kompanie trat schließlich zum Sturm an. Die Stimmung steht auf Frieden um jeden Preis und wird sich wohl auch durch die ungünstigsten Bedingungen nicht mehr aufpeitschen lassen. Die Ansicht ist überall: Jede Stunde kann den Waffenstillstand bringen, Die Bedingungen werden vermutlich furchtbar werden. (Entschädigung für alles!), aber wir werden jetzt kaum mehr anders können. Weitere Kämpfe und Verluste vor dem Waffenstillstand bleiben unseren Leuten hoffentlich erspart. Verluste so unmittelbar vor dem Frieden für eine verlorene Sache erleiden zu müssen, muß für die Angehörigen furchtbar sein. Es ist auch alles wieder still geworden.

5. November 1918

Morgen Abend kommen wir in Ruhe. Es waren schwere Tage, für mich natürlich weniger als für unsere Leute, die bis aufs äußerste erschöpft sind. Drei Kompanien meldeten sich in corpore krank, in mehr oder weniger kraßer Form der Unbotmäßigkeit. Die Verluste, die wir in diesen letzten Kriegstagen für nichts erlitten haben, hatten die ausgepumpten alten Leute nervös völlig zum Zusammenbruch gebracht. [...]

13. November 1918

Der Waffenstillstand hat uns aus einer gefährlichen Situation erlöst. Wäre er gescheitert, wäre sofort der amerikanische Angriff erfolgt und wir ohne jeden Rückhalt gewesen, da die jungen Truppen hinter uns streikten. Unsere Leute ließen sich nur schwer bewegen, überhaupt noch einmal in Stellung zu

gehen, nachdem sie gehört hatten, daß die 178er sich geweigert hätten uns abzulösen, und hätten beinahe die Stellung wieder verlassen. [...]

Aus: Gustav Radbruch, Briefe. Hg. von Erik Wolf, Göttingen 1968, S. 66f.

Am 3. Oktober war immerhin bereits eine neue Regierung unter Reichskanzler Max von Baden gebildet worden, der nun auch Vertreter der Mehrheitsparteien des Reichstages unter Einschluss der Mehrheitssozialdemokratie angehörten. Diese Regierungsneubildung war von den Mehrheitsparteien im Reichstag politisch vorbereitet worden, sie stellte zugleich aber auch eine Forderung der OHL dar, die unbedingt einen Waffenstillstand benötigte, den Forderungen der Alliierten entgegenkommen wollte und zugleich mit den Worten Ludendorffs den "linksstehenden Parteien das Odium dieses Friedensschlusses" anlasten und so die Dolchstoßlegende vorbereiten wollte. Die Ende Oktober schließlich vom Reichstag verabschiedeten Verfassungsreformen brachten formalrechtlich den Übergang von der konstitutionellen zur parlamentarischen Monarchie. Doch wie die politischen Machtverhältnisse genau gestaltet sein sollten, vor allem in welchem Verhältnis die Volksvertretung und der weiter an der Staatsspitze stehende Kaiser tatsächlich zueinander treten würden, war noch unklar. Belagerungszustand und Militärherrschaft blieben erst einmal bestehen, der Krieg fand kein Ende. Phantasien von einem eventuell doch notwendigen "Endkampf auf Leben und Tod" (Max v. Baden) waren unter den Führungseliten weit verbreitet, und mit der Flucht Wilhelm II. am 29. Oktober ins militärische Hauptquartier, "sozusagen zurück zum Kern des preußischen Militärstaats" (Hans-Ulrich Wehler), schien sich auch innenpolitisch ein Gegenschlag vorzubereiten. Doch dazu kam es nicht. Die unübersichtliche politische Szenerie wurde Anfang November auf eine ganz neue Grundlage gestellt, als Deutschland von einer Revolution erfasst wurde und damit erst die Voraussetzungen für einen definitiven Bruch mit der alten Ordnung und für einen grundlegenden Neuanfang geschaffen wurden.

Die Revolution

Die revolutionäre Bewegung vor allem der Arbeiter und Soldaten, die Anfang November 1918 die Fürstenherrschaft in Deutschland hinwegfegte und einen sofortigen Waffenstillstand erzwang, nahm ihren Anfang unter den Matrosen der Hochseeflotte. Schon 1917 war es hier zu Meutereien mit politischer Aufladung gekommen, die mit harten Repressalien - u. a. wurden fünf Matrosen zum Tode verurteilt und zwei von ihnen hingerichtet - niedergeschlagen worden waren. Als die Seekriegsleitung am 29. Oktober die in Kiel liegenden Großkampfschiffe zu einem letzten großen Gefecht auslaufen lassen wollte, weigerten sich die Matrosen, verbündeten sich mit der Arbeiterschaft der Küstenstädte und bildeten hier wie bald auch in anderen Städten spontan Arbeiter- und Soldatenräte, die zum Träger der Revolution wurden. Die Räte wollten anfangs vor allem die sofortige Beendigung des Krieges, die Abschaffung der militärischen Hierarchie und die Aufhebung des Belagerungszustandes erzwingen. Doch schon bald gingen ihre politischen Forderungen weit darüber hinaus und zielten auf den Sturz der Monarchie. Am 7. November wurde der König von Bayern durch eine von dem USPD-Politiker Kurt Eisner angeführte Volksbewegung zur Abdankung gezwungen, die Fürsten der deutschen Bundesstaaten folgten innerhalb weniger Tage. Am 9. November erreichte die revolutionäre Bewegung auch die Reichshauptstadt Berlin. Die USPD-Führung und die Revolutionären Obleute hatten den Umsturz eigentlich für den 11. November geplant, doch bereits zwei Tage vorher schuf ein weitgehend unorganisierter Aufstand der Massen neue Tatsachen. Der Kaiser floh ins Exil nach Holland, Reichskanzler Max von Baden übergab sein Amt dem Mehrheitssozialdemokraten Friedrich Ebert. Dessen Parteigenosse Philipp Scheidemann proklamierte am Reichstag die Republik, gefolgt vom Spartakisten Karl Liebknecht, der am Schloss die sozialistische Republik ausrief. Die Regierungsgewalt übernahm nun der "Rat der Volksbeauftragten", der unter der gemeinsamen Führung von Friedrich Ebert und Hugo Haase paritätisch von SPD und USPD gebildet wurde.

Aufzeichnungen Karl Liebknechts über die Vorbereitungen zum 9. November 1918

25. Oktober 1918. Der erweiterte Parteivorstand (mit Beirat) der USP beschließt, Liebknecht in den Parteivorstand zu berufen.

L. ist bereit, der Berufung zu folgen, falls die USP auf einem sofort einzuberufenen Parteitag ihr Programm und ihre Taktik im Sinne der Gruppe „Internationale“ (Spartakusbund) ändern und durch entsprechende Gestaltung ihrer Leitung sichern würde. Nach längerer Verhandlung erklärt L., sich über die neueste Entwicklung der USP, von der behauptet war, daß sie zu einer vollständigen Übereinstimmung mit den Anschauungen der Gruppe Internationale geführt habe, näher unterrichten und, falls diese Prüfung zu einer anderen Stellungnahme führe, davon Mitteilung machen zu wollen; L. ersucht den Parteivorstand, für alle Fälle auch zu seinem Vorschlag Stellung zu nehmen. – Diese Angelegenheit ruht seither.

Am 26. Oktober. Sitzung des Arbeiterrats. Beschluß: Bei den bevorstehenden Aktionen mit Spartakusbund zusammen zu arbeiten, separate Maßnahmen nur in gegenseitigem Einverständnis zu unternehmen; Erweiterung des Arbeiterrats durch Arbeitervertrauensleute der Spartakusgruppe und mehrerer Mitglieder der Spartakuszentrale (für Arbeiterrat und Vollzugsausschuß des Arbeiterrats). Wenn nationale Verteidigung proklamiert wird, soll aufs Ganze gegangen werden. „Alles oder nichts!“ [...]

30. Oktober. Berliner Zentralvorstand der USP lehnt Sonntagsdemonstrationen ab. „Alles oder nichts“ – also nichts. Unsere Auffassung, dass es zwischen den bisher üblichen Demonstrationen und dem revolutionären Endkampf Möglichkeiten, Zwischenstufen gäbe, in denen sich das Heranreifen der Bedingungen für den Endkampf beschleunigen kann, wird wiederum, wie auch bei anderen Beratungen, als revolutionäre Gymnastik ironisiert und abgelehnt. L. wendet sich gegen die mechanische Auffassung, die zu viel Gewicht auf die technische Vorbereitung legt. Die Massenbewegung ist das allein Wesentliche. Große Massen auf den Straßen sind auch gegen Militär und Polizei das Stärkste, selbst wenn unbewaffnet. Sie erschweren den polizeilichen oder militärischen Waffengebrauch und sind der stärkste Druck zur Fraternisierung (Verbrüderung) oder doch Demoralisierung der bewaffneten Macht. [...]

2. November, früh. Vollzugsausschuß des Arbeiterrats: Am 4. November soll aufs Ganze gegangen werden. Wir energisch dafür.

2. November, abends. Arbeiterrat: Ungünstige Stimmungsberichte der Revolutionären Obleute. Nachtsitzung. Die technische Vorbereitung für Montag (4. November) wird unmöglich. Antrag des Vorstandes: „Die Sache zu verschieben, Arbeiterrat solle Mittwoch, den 6. November, wieder zusammentreten. Es seien noch technische Vorbereitungen nötig, Organisation usw. Zu ergänzen.“ Es wird festgestellt, daß der Arbeiterrat fast nur die Metallindustrie und diese nicht vollständig umfaßt. Wenn „alles“, so wir dabei; wenn „nichts“, so nicht. Für den Fall, daß nicht „alles“ beschlossen werden sollte, so unser Antrag, um jedenfalls zu retten, was zu retten ist:

Spätestens am Dienstag, früh 9 Uhr, in einen Massenstreik zu treten, mit daran anschließenden bewaffneten Demonstrationen, unter den im Verlauf der Aktion sich steigenden Parolen: „Sofortiger Frieden und Aufhebung des Belagerungszustandes – Deutschland sozialistische Republik – Bildung einer Regierung der Arbeiter- und Soldatenräte“.

Selbstverständlich auch Flugblätter usw. an Soldaten.

Weiterer Antrag von anderer Seite: Sympathie-(Solidaritäts-) Streiks gegen die Einberufungen.

Beschluß, bei dem nur die Obleute, Arbeitervertreter, abstimmen: „Alles“ mit 19 gegen 22 Stimmen abgelehnt; unser Antrag gegen 2 Stimmen abgelehnt; Vertagung auf Mittwoch.

3. November, früh. L. bei Ledebour, Däumig usw. (USP-Führer, WK), um doch für Sonntag oder Montag Arbeiterrat zu berufen, um frühere entscheidende Aktion durchzusetzen.

Am 3. November wird in zwei Sitzungen engerer Körperschaften abgelehnt – warten usw. Dabei wird

dann L. von den beiden Vorsitzenden (der Obleute) Barth und Müller erklärt: Die Verschiebung sei nach ihrer Ansicht nützlich; es seien noch technische Vorbereitungen zu treffen usw. Selbst wenn die Abstimmung der Obleute eine Mehrheit für „alles“ ergeben hätte, sei die Aktion ausgeschlossen gewesen, da man für diese die Gesamtstimmung wenigstens des weit überwiegenden Teils der Arbeiterschaft brauche.

Am 4., 5. November. L.s Verlangen nach Losschlagen vor Montag (11. November) abgelehnt. Donnerstag, Freitag seien Lohnzahlungstage. Da seien die Arbeiter nicht herauszubringen. L.s Ansicht, dass das für die revolutionäre Zeit nicht gelten könne, wird als unpraktisch abgelehnt.

Am 5. November. [...]bei Däumig und dann in Sitzung des Exekutivsausschusses, nochmals Beschleunigung angeregt, vor allem auch wegen Kiel uws. – abgelehnt.

Am 6. November. Arbeiterrat: Dringender Antrag L.s, am 8. (Freitag) loszuschlagen. Es kommt weder auf die „technischen Vorbereitungen, noch auf die Masse von Flugblättern (d. h. der zur Aktion aufrufenden, von den Mitgliedern des Aktionsausschusses unterschriebenen) entscheidend an; wenige Exemplare für jeden Betrieb genügen, wenn der Inhalt zündet. Weiteres Zögern höchst bedenklich – wegen der Bewegung im Reiche, der Desorganisations- und Spitzelgefahr sowie der Gefahr, daß sich die Scheidemänner der Bewegung bemächtigen – abgelehnt.

Am 7. November. Sitzung des Parteivorstandes der USP und Beirat mit Vollzugsausschuß. Wir (Liebknecht und Pieck) fordern: Man soll je schneller desto besser vorgehen, auch wenn vor Berlin. Es stellt sich heraus, daß der Provinz durch Berliner Kuriere bestellt war, nicht vor Berlin vorzugehen, und daß darum Aktion im Rheinland, wo sie für Sonnabend geplant, verschoben.

Die Versammlungen zur Feier der russischen Revolution, die verboten sind, beantragt Liebknecht, durch Zusammenleitung der Herausströmenden nach einer Stelle zu einer großen Kundgebung zu gestalten, Der Antrag wird gegen L.s und des Düsseldorfers Stimme ablehnt – „alles oder nichts“; die Redner sollen nicht versuchen, trotz des Verbots zu reden; sie sollen überhaupt nicht zu den Versammlungsplätzen gehen; es soll nicht gehindert, aber auch nichts getan werden. Man will abwarten, wie sich die Dinge entwickeln. L.s Vorschlag wird als Forcierung bezeichnet. Düsseldorf erhebt gegen Berlin den Vorwurf, daß es das, was es von der Provinz fordert, selbst nicht tut.

Allen Forderungen auf Beschleunigung der Aktion wird seit dem 3. November von Däumig, Barth, Müller usw. stereotyp entgegnet: Jetzt sei alles auf den 11. November vorbereitet; es sei technisch unmöglich, die Revolution früher zu machen! Alle Proteste L.s gegen dieses grob-mechanische Auffassung prallten ab, bis die objektiven Verhältnisse die superklugen Revolutionsfabrikanten überrannten.

Am 8. November früh war Franke bei Liebknecht, der ihm darlegte, daß unmöglich weiter gewartet werden kann, sonst kommen uns die Regierungssozialisten noch bevor; die Massen sind nicht mehr zu halten. Durch Polizei wird die geplante Vollzugsausschußsitzung gestört, - Däumig verhaftet, L. abgetrieben; Zusammentreffen L.s mit Herzfeld und Dittmann (USP-Führer, WK), denen L. gleichfalls seine Forderung, sofort loszuschlagen, mitteilt. „Die Regierungssozialisten werden uns sicher noch zuvorkommen, und uns vor der Geschichte und uns selbst blamieren.“

Am 8. November wird endlich einstimmig sofortige Aktion auf den 9. November festgesetzt, aber abgelehnt, ein unterschriebenes Flugblatt (Aufforderung dazu) zu machen. Dennoch werden am 9. früh zwei Flugblätter herausgegeben; eines von Liebknecht und Meyer (Spartakus, WK) (ohne des durch die Polizei abgesprengten L.s Zutun, aber mit nachträglicher Billigung, obwohl es nicht alles Nötige enthielt); zweitens eines von Barth, Ledebour, Liebknecht, Müller, Pieck usw. unterzeichnet.

Aus: Gerhard A. Ritter und Susanne Miller (Hg.), Die deutsche Revolution 1918-1919. Dokumente, Hamburg 1975, S. 64-67.



Die alte Ordnung brach in sich zusammen, ihre Vertreter hatten abgewirtschaftet und kapitulierten kampflos. Auch die immer wieder ventilierten Pläne, die Frontsoldaten gegen die Revolution ins Feld zu führen, erwiesen sich angesichts der Auflösungstendenzen in der Armee als Chimäre. Die revolutionäre Bewegung der Arbeiter- und Soldatenräte, zu der bald auch Volks- und Bauernräte hinzutraten, beendete die Fürstenherrschaft in Deutschland und etablierte eine demokratische Republik. Ihre darüber hinausgehenden Bestrebungen zielten keineswegs, wie man lange gemeint hat, auf eine Neuordnung nach bolschewistischem Vorbild, wie sie zu Anfang nur von einer kleinen Minderheiten angestrebt wurde. Die große Mehrheit der Räte wollte keine Räteherrschaft, schon gar

keine Rätediktatur verwirklichen, sondern eine parlamentarische Republik. Sie verstanden sich, wie auf dem zentralen Reichsrätekongress vom 16. bis 21. Dezember 1918 deutlich wurde, als Organe des revolutionären Übergangs, sie verbanden damit aber auch Bestrebungen zu einer grundlegenden Demokratisierung von Verwaltung, Militär, Justiz und Wirtschaft sowie einer Sozialisierung von Schlüsselindustrien.

Erinnerungen General Wilhelm Gröners, Nachfolger Ludendorffs als Generalquartiermeister, an die Oberste Heeresleitung und den Waffenstillstand am 9. und 10. November 1918

Am Abend des 9. November trafen die Waffenstillstandsbedingungen in Spa ein, mit 72 Stunden Frist zu beantworten, von denen fast die Hälfte schon verstrichen war. [...]

Am Morgen des 10. wurden die Bedingungen allen Abteilungschefs des Generalstabs mitgeteilt zur Prüfung und Stellungnahme. Ihre Urteile gingen dem Chef der Operationsabteilung zu, dieser hielt zusammen mit dem Oberquartiermeister mir Vortrag. Zu dritt gingen wir darauf zum Feldmarschall. (Hindenburg, WK) Das Ergebnis unserer Aussprache wurde als Bericht nach Berlin und chiffriert an den General v. Winterfeldt nach Compiègne gesandt. In dünnen Worten wurde darin der Reichsregierung mitgeteilt, daß die O.H.L., nachdem die Ereignisse in der Heimat dem Heer die Rückensicherung genommen haben, nicht mehr über die Möglichkeit verfüge, die Waffenstillstandsbedingungen abzulehnen oder mit der Waffe eine Verbesserung der Lage zu erzwingen. Die Regierung zog die Folgerungen und nahm die Bedingungen an.

Die Heeresleitung stellte sich bewußt auf den Standpunkt, die Verantwortung für den Waffenstillstand und alle späteren Schritte von sich zu weisen. Sie tat dies, streng juristisch gesehen, nur mit bedingtem Recht, aber es kam mir und meinen Mitarbeitern darauf an, die Waffe blank und den Generalstab für die Zukunft unbelastet zu erhalten. Ich bin aber auch heute noch der Überzeugung, daß wir ohne Revolution im Innern an der Grenze Widerstand hätten leisten können; ob die Nerven der Heimat noch durchgehalten hätten für eine Verteidigung hinter dem Rhein, erscheint mir sehr zweifelhaft; militärisch war sie denkbar. Zum letzten Kampf braucht man eine Heimat, die hinter dem Heer steht; unter dieser Voraussetzung konnten wir versuchen, bessere Bedingungen zu erzwingen.

So wie sich aber in Wirklichkeit die Dinge im November gestaltet hatten, war eine Änderung der Lage durch das Heer nicht mehr herbeizuführen. [...]

Aus: Gerhard A. Ritter und Susanne Miller (Hg.), Die deutsche Revolution 1918-1919. Dokumente, Hamburg 1975, S. 64-67.

Diese Ziele konnten überwiegend nicht umgesetzt werden, vor allem weil die längst in das alte System eingebundene Führung der Mehrheitssozialdemokratie die revolutionär eröffneten, von Historikern allerdings unterschiedlich bewerteten Handlungsspielräume für eine weitergehende Demokratisierung nicht nutzte und die Neuordnung auf die im Januar 1919 gewählte Nationalversammlung vertagte.

Hier konnte sie schließlich in Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Mittelparteien der "Weimarer Koalition", die angesichts der Mehrheitsverhältnisse notwendig wurde, viele ihrer eigenen Ziele nicht mehr durchsetzen. Auch die Gewerkschaften verfolgten mehrheitlich keine revolutionäre antikapitalistische Politik, als sie am 9. November 1918 ihre im Krieg begonnene Kooperation mit den Arbeitgebern durch die Bildung einer gemeinsamen Zentralarbeitsgemeinschaft auf eine neue Grundlage stellten. Diese Entwicklungen führten im weiteren Verlauf der Revolution zu einer Radikalisierung von Teilen der Rätebewegung, deren Aufstände schließlich im Frühjahr 1919 von Militäreinheiten und neu gebildeten Freikorps blutig niedergeschlagen wurden. Anstelle der sozialen Demokratie entstand so eine eher konservativ geprägte Republik.

Die Hinterlassenschaft des Krieges

Immerhin hatte die Revolution von 1918 den Weg frei gemacht für die Etablierung einer demokratischen Republik, die allerdings weiterhin geprägt blieb von den vordemokratischen Strukturen des Kaiserreiches und den Verwerfungen des Krieges. Die Weimarer Republik entstand so als Kind des Krieges und der Niederlage, und sie blieb tiefgehend davon geprägt. Generell war die von den Siegermächten in den Pariser Vorortverhandlungen geschaffene Nachkriegsordnung in vieler Hinsicht unzulänglich und schürte die sowieso aufgeheizten nationalen Konflikte vor allem in Mitteleuropa. In Deutschland stärkten die von allen Parteien abgelehnten Diktatbestimmungen des Versailler Vertrages nicht nur den außenpolitischen Revisionismus. Auch die demokratische Republik wurde in der Kontinuität der Weltkriegsideologie mit ihrer Konfrontation von "westlicher" Gesellschaft und Zivilisation auf der einen, "deutscher" Kultur und "Volksgemeinschaft" auf der anderen Seite, vor allem von der politischen Rechten als von den Siegern aufgezwungene, "undeutsche" Ordnung abgelehnt. Auf der politischen Linken dominierte dagegen vielfach Enttäuschung über die als unzulänglich begriffenen Ergebnisse der Revolution. Die nun immer deutlicher hervortretende Spaltung in eine sozialdemokratische und eine kommunistische Partei schwächte die Arbeiterbewegung weiter. Die Anfangsjahre der Republik blieben so von bürgerkriegsartigen Auseinandersetzungen geprägt, in denen die Gewalt des Krieges ihre innenpolitische Fortsetzung fand. Trotzdem gelang es schließlich, die neue Ordnung erst einmal zu stabilisieren. Und es war Mitte der 1920er Jahre, als die Vorstellung von den "goldenen" 20er Jahren entstand, noch keineswegs ausgemacht, ob sich in Deutschland der demokratische Aufbruch in die Moderne oder seine Gegner würden durchsetzen können.

Ausgewählte Literatur:

Karl-Ludwig Ay, Die Entstehung einer Revolution. Die Volksstimmung in Bayern während des Ersten Weltkrieges, Berlin 1968.

Boris Barth, Dolchstoßlegenden und politische Desintegration. Das Trauma der deutschen Niederlage im Ersten Weltkrieg 1914-1933, Düsseldorf 2003.

Francis L. Carsten, Revolution in Mitteleuropa 1918-1919, Köln 1973.

Jörg Döppler (Hg.), Kriegsende 1918. Ereignis, Wirkung, Nachwirkung, München 1999.

Ulrich Kluge, Die deutsche Revolution 1918/19. Staat, Politik und Gesellschaft zwischen Weltkrieg und Kapp-Putsch, Frankf./M. 1984.

Eberhard Kolb, Der Frieden von Versailles, München 2005.

Klaus Schwabe, Deutsche Revolution und Wilson-Friede. Die amerikanische und deutsch Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik, Düsseldorf 1971.

David Stevenson, With our Backs to the Wall. Victory and Defeat in 1918, London 2011.



Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz veröffentlicht. [by-nc-nd/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/) (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>)

Redaktion

6.5.2013

Herausgeber

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Bonn © 2013
Verantwortlich gemäß § 55 RStV: Thorsten Schilling

Redaktion bpb

Matthias Jung
Gereon Schloßmacher
Bennet Krebs (studentischer Mitarbeiter)

Autoren

Apl. Prof. Dr. Wolfgang Kruse
Dr. Bernd Ulrich

Kooperationspartner

Deutsches Rundfunkarchiv

Wir danken dem DRA für die Bereitstellung der Tondokumente.

Wir danken dem Deutschlandradio für die Bereitstellung der Radiobeiträge.

"Menschenschlachthaus - Der Erste Weltkrieg als totaler Krieg". Deutschlandfunk, Hintergrund Kultur, Sendung vom 06.08.2004. Autoren/Urheber: Wolfgang Kruse/Bernd Ulrich und "Ein vergessener Aufstand - der Januarstreik 1918", Deutschlandfunk, Hintergrund Kultur, Sendung vom 18.01.2008. Autoren/Urheber: Wolfgang Kruse/Bernd Ulrich.

Ein Teil der Karten wurden mit freundlicher Genehmigung des **Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw)** (<http://www.zmsbw.de/>), Potsdam, veröffentlicht.

Online-Dossier

<http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/ersterweltkrieg/>

Impressum

Diensteanbieter
gemäß § 5 Telemediengesetz (TMG)
Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn
redaktion@bpb.de